

OLAF KALTMEIER

REFEUDALISIERUNG UND *RECHTSRUCK*

SOZIALE UNGLEICHHEIT
UND POLITISCHE KULTUR
IN LATEINAMERIKA

BIELEFELD UNIVERSITY PRESS

Olaf Kaltmeier
Refeudalisierung und Rechtsruck

Olaf Kaltmeier, geb. 1970, ist Professor für Iberoamerikanische Geschichte an der Universität Bielefeld und Direktor des Maria Sibylla Merian Center for Advanced Latin American Studies (CALAS) in Guadalajara mit Regionalstandorten in Buenos Aires, Quito und San Jos de Costa Rica. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Latein- und inter-amerikanische Geschichte, Soziale Bewegungen, Ethnizität im historischen Wandel, Umweltgeschichte sowie Macht- und Herrschaftskonstellationen im Kontext der Globalisierung.

Olaf Kaltmeier

Refeudalisierung und Rechtsruck

Soziale Ungleichheit und politische Kultur in Lateinamerika

[transcript]

We acknowledge support for the Article Processing Charge by the Open Access Publication Fund of Bielefeld University.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NoDerivatives 4.0 Lizenz (BY-ND). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell, gestattet aber keine Bearbeitung. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de>)

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen oder Derivate einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

© 2020 Bielefeld University Press

An Imprint of transcript Verlag

<http://www.bielefeld-university-press.de/>

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-4830-0

PDF-ISBN 978-3-8394-4830-4

<https://doi.org/10.14361/9783839448304>

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

1. Globale Refeudalisierung oder lateinamerikanische »Feudal-Manie«?	9
2. Das eine Prozent und die Refeudalisierung der Sozialstruktur	23
2.1 Refeudalisierung der Sozialstruktur in Lateinamerika.....	27
2.2 Die Geldaristokratie in Lateinamerika.....	37
2.3 Von der Klasse zum Stand.....	46
3. Die Refeudalisierung der Ökonomie	57
3.1 Grundherrschaft und Extraktivismus.....	58
3.2 Die neuen Raubritter.....	70
3.3 Raub durch Unterlassen: Von Panama ins Paradies	73
4. Konsum-Identitäten: Zwischen Luxus und neuer Schuldknechtschaft	81
4.1 Konsum, Luxus und Prestige	87
4.2 Eine neue Schuldknechtschaft.....	92
5. Von Zitadellen, Festungen und Mauern	97
5.1 Burgen in der Stadt	99
5.2 Von der Gentrifizierung zum retro-kolonialen Archipel	108
6. Millionäre an die Macht	115
6.1 »The body of money«	123
6.2 Identitätspolitik: Angst - Gewalt - Rache	127

7. Von der Refeudalisierung zum neuen Kommunismus?	139
8. Literatur	147

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Linksregierungen in Lateinamerika, 1995- 2018	33
Abbildung 2: Milliardäre in Lateinamerika und der Karibik, 2014 und 2013	35
Abbildung 3: Millionäre in sieben lateinamerikanischen Ländern, 2014	36
Abbildung 4: Weltweite Morde an Umweltschützern, 2016	65
Abbildung 5: Kirche Santa María Reina de la Familia in der Stadt Cayalá, Guatemala.....	104
Abbildung 6: Modell des San Luis Shopping Center, Quito.	105
Abbildung 7: Anteil von Frauen in lateinamerikanischen Parlamenten, 1980- 2010.	128

1. Globale Refeudalisierung oder lateinamerikanische »Feudal-Manie«?

In den letzten Dekaden war die kleine Silbe »post« das unabdingbare Präfix für die Zeitdiagnostik. Der Boom des »post« reicht von der postindustriellen Gesellschaft über das Ende der großen Erzählungen der Moderne in der Postmoderne bis hin zu Theorieansätzen des Poststrukturalismus, des Postfeminismus und des Postkolonialismus. Trotz aller Differenzen ist diesen »post«-Ansätzen eine paradoxe Grundkonstellation gemein. Einerseits verweisen sie auf einen krisenhaften Umbruch der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung, die nicht mehr in den herkömmlichen Begriffen und Theorien verstanden werden kann. Diese Krise ist so tiefgehend, dass von einem veritablen Epochenumbruch gesprochen werden kann. Das Ende der Moderne ist eingeläutet, ohne dass bislang die genauen Umriss einer nachfolgenden Epoche gezeichnet werden können. Trotz dieser Unklarheit, verweist das temporale Präfix »post«, andererseits, auf einen zukünftigen Erwartungshorizont hin und enthält implizit ein utopisches Versprechen der Zukunft. Es verweist auf etwas, was danach kommt, das noch im Werden begriffen ist.

Eine besondere, durchaus optimistische Konjunktur von »post«-Ansätzen hat es in den 1990er und 2000er Jahren in Lateinamerika gegeben. Mit der Demokratisierungswelle der 1990er Jahre sind die Militärdiktaturen und autoritären System weggefeigt worden. Gleichzeitig sind, beispielsweise mit den indigenen Bewegungen, neue soziale Akteure aufgestiegen, die postkoloniale Ansätze in Richtung plurikultureller Anerkennung bis hin zu gesellschaftlicher Dekoloniali-

sierung vorangetrieben haben. Ende der 1990er Jahre kam es zu einer bemerkenswerten Welle von Linksregierungen in der Region, die mit post-neoliberalen Wirtschaftsmodellen dem Neoliberalismus in Reinform ein Ende setzten. Mit hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten, demokratisch gefestigten Regimen und einer umfassenden Inklusionspolitik wurde die herkömmlich als krisenhaft verschriene Region in Mitten globaler Krisenzeiten (EU-Krise, US-Immobilienkrise) zu einem bemerkenswert stabilen Referenzpunkt.

Mit dem Ende der Mitte-Linksregierungen in Brasilien (2016), Argentinien (2015), Chile (2010 und 2018), Bolivien (2019), dem Rechtsruck in Ecuador (2017) und der politischen Krise in Venezuela und Nicaragua ist diese Phase in den unlängst angebrochenen 2020er Jahren beendet. Der Demokratisierungsschub der letzten Dekaden ist von einem neuen Autoritarismus überrollt worden. Wenngleich der peronistische Wahlerfolg von Alberto Fernández in Argentinien 2019, die Wahl von Andrés Manuel López Obrador 2018 in Mexiko sowie der aufgrund massiver Straßenproteste 2019/2020 in Chile angekündigte Prozess einer neuen Verfassung durchaus auch auf eine Persistenz postneoliberaler Politikansätze verweisen. Hiermit wird deutlich, dass trotz der regionalen lateinamerikanischen Konjunktur national und lokal sehr unterschiedliche Dynamiken festzustellen sind, die hier so weit wie möglich berücksichtigt werden sollen, die aber nicht extensiv ausgeführt werden können. Zentrales Anliegen dieses Buches aber ist es, den in den verschiedensten gesellschaftlichen Feldern – und nicht nur in der Politik – festzustellenden konservativer Backlash näher zu analysieren. Dieser regionale Trend kann zudem durchaus mit globalen Tendenzen wie dem Aufstieg von Donald Trump in den USA sowie dem Rechtspopulismus in großen Teilen Europas in einen breiteren Kontext gestellt werden kann. Mit zweifelhaften, undemokratischen Regimewechseln in Brasilien, Paraguay, Honduras und zuletzt Bolivien, sinkenden Wirtschaftswachstumsraten bei gleichzeitiger steigender sozialer Polarisierung, der ökologischen Krise extraktivistischer Wirtschaftsmodelle und aufkommender politisch-kultureller Strömungen die auf Whiteness und Kolonialität beruhen, sei der aktuelle krisenhafte Umbruch hier nur kurz angedeutet.

Besonders dramatisch ist in diesem Panorama die Machtkonzentration in den Händen einer kleinen gesellschaftlichen Gruppe, die sich sozio-ökonomisch und auch kulturell immer weiter von der Mehrheitsgesellschaft absondert und gleichzeitig zunehmend ökonomische und politische Schaltstellen besetzt. Diese Gruppe, die in den lateinamerikanischen Gesellschaften ein bis maximal zehn Prozent der Bevölkerung ausmacht, soll hier im Folgenden als Geldaristokratie bezeichnet werden. Die Wahl dieser Bezeichnung aus dem semantischen Feld von Feudalismus schließt an Beobachtungen zu einer zunehmenden Refeudalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse weltweit an. So stellte der Elitenforscher Hans-Jürgen Krysmanski in seinem Buch über »Das Imperium der Milliardäre« fest: Der Kapitalismus geht über in einen Transkapitalismus mit neofeudalen Strukturen.« (2015: 9)

Mit dem Begriff der Refeudalisierung wird den bisher gängigen »post«-Konzepten ein impliziter fortschrittsoptimistischer Zahn gezogen. Stattdessen wird darauf hingewiesen, dass es auch in Phasen des Umbruchs Konjunkturen geben kann, die in Form und Inhalt eher einen Bezug auf Vergangenes nahelegen. In diesem Sinne waren auch jüngere »post«-Ansätze schon skeptischer. So argumentierte Colin Crouch in »Postdemokratie«, dass die aktuellen Entwicklungen der Demokratie eher als Rückschritte hin zu einer feudalen, prä-demokratischen Periode zu begreifen sind. (2008: 13) Insofern ist sein post-Begriff skeptisch, da er nicht nur temporal, sondern auch qualitativ argumentiert: »wir bewegen uns *über* Demokratie *hinaus*« (31) und machen damit einen qualitativen Rückschritt der uns auf einer imaginären Entwicklungsleiste in den Feudalismus zurück katapultiert.

Mit dem deutschen Soziologen Sighard Neckel, der eine höchst anregende Skizze von Refeudalisierungstendenzen vorgelegt hat, möchte ich dagegen eine andere, breiter angelegte Perspektive verfolgen: »Als ein paradoxales Modell der Gesellschaftsentwicklung ist der analytische Blickwinkel einer »Refeudalisierung« der kapitalistischen Moderne aufschlussreich für die Untersuchung gesellschaftlichen Wandels insgesamt, ob es sich nun um die Aushöhlung demokratischer Institutionen in der Postdemokratie handelt oder den ökonomischen Neofeudalis-

mus auf den modernen Finanzmärkten.« (2013: 49) An diese gegenwärtige Debatte zu Refeudalisierung – vor allem im globalen Rahmen des kapitalistischen Weltsystems – anschließend, sollen in diesem Buch, angepasst auf den spezifischen regionalen Kontext in Lateinamerika, fünf Dimensionen der Refeudalisierung erörtert werden.

Die erste bezieht sich auf die dramatische Veränderung der sozialen Form der Sozialstruktur, die sich immer mehr von dem demokratischen Versprechen der Gleichheit, oder zumindest der Chancengleichheit (*equidad*), entfernt. So konstatiert Neckel weltweit eine refeudale Transformation der Sozialstruktur und Vertiefung sozialer Ungleichheit, »die in ihren Merkmalen der Polarisierung unvergleichbarer Soziallagen und der ständischen Verfestigung von Herkunft deutliche Anzeichen von Feudalisierung aufweist.« (2013: 49) Gemeint ist hier vor allem die Absetzung einer globalen Geldaristokratie – den berühmten 1 Prozent – von den restlichen 99 Prozent der Weltbevölkerung. Diese Transformation der sozialen Form zeigt sich vor allem auch in Lateinamerika, einer Weltregion die auf Grund der kolonialen Vergangenheit und Gegenwart durch extreme soziale Ungleichheit gekennzeichnet ist.

Zweitens zeigt sich weltweit eine Tendenz zur Refeudalisierung des ökonomischen Feldes. Dies lässt sich an Hand der Organisation wirtschaftlicher Prozesse und des neofeudalen Status der auf den Finanzmärkten vorherrschenden ökonomischen Führungsgruppen festmachen. Jenseits dieser globalen Tendenz, ist in Lateinamerika auf die ungebrochen hohe Bedeutung prä-industrieller, extraktivistischer Wirtschaftssektoren und die eminente Bedeutung der Landkonzentration für die Polarisierung der Sozialstruktur hinzuweisen. Zudem sind ökonomische Refeudalisierungstendenzen gerade auch durch die hohe Bedeutung der Kapitalakkumulation durch Raub gekennzeichnet, die sich oftmals auch an öffentlichen Gütern vergreift.

Drittens werden im Zuge der gegenwärtigen Refeudalisierungstendenzen tiefgreifende Veränderungen in Hinblick auf gesellschaftliche Normen, Wert und Identitäten konstatiert. Für Neckel liegt der Kern der »Refeudalisierung der Werte und der Rechtfertigungsordnung des Finanzmarktkapitalismus in der Erosion des Leistungsprinzips durch leistunglose Einkommen aus ererbten Positionen, Vermögen und Ei-

gentumstiteln sowie jene Refeudalisierung von Anerkennung, die sich bei den *Celebrities* des Medienzeitalters durch die Wirkungsweise von Prominenz vollzieht.« (2013: 49) In der gegenwärtigen Konsumgesellschaft, in der gerade auch die Identitätsbildung über Konsum verläuft (Bauman 2007), wird Luxuskonsum, angetrieben vom »neidvollen Vergleich«, den bereits Thorstein Veblen 1899 in seiner klassischen Arbeit zur »leisure class« als gesellschaftliche Triebfeder von ständischer Distinktion ausgemacht hatte, zu einem zentralen Indikator für geldaristokratische Identitätsbildung. Dementgegen verfallen die unteren Gesellschaftssegmente – angetrieben von den kulturellen Versprechungen der Konsumgesellschaft – in einen Kreditkarten-getriebenen Konsumzwang, der sie in eine neue Form der Schuldknechtschaft treibt.

Viertens ist der zentralste räumliche Ausdruck der gegenwärtigen Refeudalisierungsprozesse der der Mauer. Die soziale Distinktion und Absetzung der Geldaristokratie findet ihren räumlich homologen Ausdruck in der Segregation. Nicht nur die Wohnviertel, sondern auch die Konsum- und Zirkulationsorte der Reichen werden abgetrennt und aus öffentlichen Orten herausgelöst. Zum Teil sind dabei intensive soziale Kämpfe, wie im Fall von Gentrifizierungsprozessen, zu konstatieren. Über die segregierende räumliche Form hinaus ist gerade in Hinblick auf die Verwendung architektonischer Motive ein nostalgischer Rückgriff auf koloniale Ästhetik festzustellen.

Eine fünfte Dimension der Refeudalisierung drückt sich in der zunehmenden Kolonialisierung des politischen Feldes durch die Geldaristokratie aus. Neckel verweist hier vor allem auf Milliardärsinitiativen wie die von Bill Gates angestoßene Einrichtung *Giving Pledge*, die eine Selbstverpflichtung der Milliardäre zu mehr Wohltätigkeit fördert. Neckel sieht hier eine »Refeudalisierung des Wohlfahrtsstaates, der öffentliche Sozialpolitik als Stiftung und Spende reprivatisiert und sozialstaatliche Anrechte in Abhängigkeit von privater Mildtätigkeit verwandelt.« (2013: 49-50) Diese Tendenz ist in Lateinamerika eher geringfügig ausgeprägt und politisch wenig wirksam. Auch zeigt sich in der Region nicht nur eine Tendenz zur Postdemokratie (Crouch 2008), wonach ökonomische Interessengruppen demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse unterhöheln, vielmehr gibt es hier unlängst die

Tendenz, dass Millionäre direkt die politische Macht übernommen haben. Hier zeigt sich eine gefährliche Tendenz der Verdoppelung von ökonomischer und politischer Macht, die Züge eines neuen geldaristokratischen Despotismus in sich trägt.

Neben dieser Erörterung von Dimensionen der aktuellen Refeudalisierungstendenzen, die eher auf Gegenstandsbereiche abzielen, ist auch ein konzeptioneller Zugriff auf Refeudalisierung von Nöten.

Wie Steve Stern in seinem klassischen Debattenüberblick zur Feudalismus-Debatte in Lateinamerika deutlich macht, geht »die feudale ›Diagnose‹ des kolonialen Erbes« (1988: 832) schon auf das 19. Jahrhundert zurück. Die Persistenz feudaler Strukturelemente in den modernen lateinamerikanischen Gesellschaften wird vor allem am Agrarregime und der Fortdauer von Formen der Schuldknechtschaft bis in die 1960er und 1970er Jahre festgemacht. Entsprechend urteilte José Carlos Mariátegui bereits 1928 in seinen »Sieben Versuchen die peruanische Wirklichkeit zu verstehen«: »Die Landadel der Kolonie, Inhaberin der Macht, behielt ihre Feudalrechte über das Land und folglich über die Indianer bei. Alle Bestimmungen, die scheinbar dazu bestimmt waren, ihn zu schützen, konnten nichts gegen den bis heute bestehenden Feudalismus tun.« (2007: 35)

Ein wichtiger Debattenstrang um das Verhältnis von Feudalismus und Kapitalismus ist gerade in der lateinamerikanischen sozialgeschichtlichen und soziologischen Diskussion ab den 1970er Jahren im Zusammenhang mit der Dependenztheorie zu finden. Die Konzeptionalisierung von Feudalismus war hier von marxistischen Theorieansätzen geprägt, die die Ausbeutung von Arbeitskraft in den Mittelpunkt stellten. Eine neue Wendung erhielt die Debatte durch den in Lateinamerika bis heute relevanten Weltsystemansatz, den Immanuel Wallerstein Mitte der 1970er Jahre vorstellte. Wallerstein argumentierte, dass Europa die Krise des Feudalismus durch die Expansion in die Amerikas und den daran anschließenden Aufbau eines kapitalistischen Weltsystems löste. Auf der Grundlage eines weiten Begriffs von Kapitalismus – Ausbeutung von Arbeitskraft für den kapitalistischen Weltmarkt – argumentierten dann die Vertreter des Weltsystemansatzes, dass im 19. und 20. Jahrhundert in Lateiname-

rika nicht mehr von Feudalismus gesprochen werden kann, da diese Ökonomien schon weitgehend in die internationale Arbeitsteilung des kapitalistischen Weltmarkts eingebunden waren.

Dagegen argumentierte Ernesto Laclau, dass zwar eine Einbindung in den Weltmarkt gegeben sei, aber dass dies nichts an der Tatsache ändern würde, dass es in Lateinamerika zeitgleich mehrere unterschiedliche Produktionsweisen, darunter eine feudale, die ihren höchsten Ausdruck im Hacienda-Regime findet, geben würde. Hier ist nun nicht der Ort, diese Debatte vollständig aufzulösen. Anschließend an Laclau ist somit festzuhalten, dass es im Rahmen eines kapitalistischen Weltsystems durchaus mehrere miteinander verflochtene Produktionsweisen geben kann. Diese Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen ist kein Relikt, sondern ist – wie gerade auch die VertreterInnen des Bielefelder Verflechtungsansatzes am Beispiel der Artikulation von Subsistenzproduktion und kapitalistischer Warenproduktion hervorgehoben haben – essenziell für die Funktionsweise des kapitalistischen Weltsystems. (Evers 1987)

Die Erörterung der lateinamerikanischen Feudalismus-Kapitalismus-Debatte ist notwendig, um den aktuellen hier verwendeten Begriff der Refeudalisierung verstehen zu können. Denn Feudalismus ist in Lateinamerika kein unmarkierter Begriff und gerade bei der Verwendung von Begriffen aus einem anderen historischen und auch räumlichen Kontext – im Falle des westeuropäischen Feudalismus' der frühen Neuzeit – in einem neuen Kontext, dem zeitgenössischen Lateinamerika, gibt es eine Spannung zwischen Begriffs- und Sozialgeschichte. Diese Spannung hat Reinhart Koselleck bezeichnenderweise genau am Konzept Feudalismus festgemacht: »Mit der Ausweitung späterer Begriffe auf frühere Zeiten oder umgekehrt mit der Dehnung (wie heute im Sprachgebrauch von Feudalismus üblich) früherer Begriffe auf spätere Phänomene werden – zumindest hypothetisch – minimale Gemeinsamkeiten im Gegenstandsbereich vorausgesetzt.« (1989: 128) Die Frage besteht jedoch, worin genau diese Gemeinsamkeiten im Gegenstandsbereich liegen, wenn Begriffe aus dem semantischen Umfeld des westeuropäischen Feudalismus aktuell wieder in der politischen Debatte und den Feuilletons auftauchen. Hier kann nun

keine begriffsgeschichtliche Untersuchung zum aktuellen Gebrauch von (Re-)Feudalisierung durchgeführt werden. Doch es ist auffällig, dass Begriffe aus dem semantischen Feld von Feudalismus gerade dazu benutzt werden, um neue Ungleichverteilungen und Machtkonzentrationen im globalen Kapitalismus benennen zu können. Zu denken sei an Begriffe wie Kosmokratie, Geldaristokratie, und eben Refeudalisierung. Diese Benennungen folgen keinem festen theoretischen Modell, sondern haben explorativen Charakter und nehmen in geradezu seismographischer Funktion gesellschaftliche Fissuren und Krisen wahr.

Im Gebrauch von Begriffen aus dem semantischen Umfeld von Feudalismus, um die heutige Gesellschaft zu beschreiben, ist jedoch auffällig, dass ein zentraler Diskussionspunkt der sozialgeschichtlichen Feudalismus-Kapitalismus-Debatte, die Frage der Ausbeutung von Arbeitskraft und des Status' von Lohnarbeit kaum thematisiert wird. Zwar stellt sich – durchaus auch in Lateinamerika – in einigen Regionen die Frage der neuen Sklaverei, aber allgemein hat in Zeiten einer globalisierten postindustriellen, finanzmarktgetriebenen Ökonomie die Ausbeutung von Arbeitskraft ihre Zentralstellung als Analysefokus verloren. Weltweit ist sogar eher von einem Überangebot, gerade nichtklassifizierter Arbeitskraft auszugehen. Dies findet in einem steigenden informellen Sektor sowie der Entstehung von »Überflüssigen« (Bauman 2005) seinen Ausdruck, die weit über die Debatte um die »industrielle Reservearmee« hinausreicht. In diesem Kontext wird es nahezu zu einem Privileg, über Lohnarbeit ausgebeutet zu werden. Insofern schließt die hier gewählte Konzeptualisierung von Refeudalisierungsprozessen kaum an die Feudalismus-Kapitalismus-Debatte der 1970er Jahre an.

Ein anderer polit-ökonomischer Zugriff auf Refeudalisierung kann im Anschluss an dependenztheoretische Ansätze, die das Verhältnis von Zentren und Peripherien im kapitalistischen Weltssystem analysieren, ausgemacht werden. Alain Supiot sieht in diesem Sinne eine zentrale juristische Verschiebung weg von einer Herrschaft des Gesetzes, bei dem alle gleich behandelt werden, hin zu einer Herrschaft der Personen. Letztere sieht er in Feudalsystemen und auch in den refeudalisierenden Tendenzen in denen die Macht von personenzentrierten (globa-

len) Netzwerken letztlich die Macht von (nationalstaatlichen) Gesetzen aushebelt. In diesem Sinne macht Supiot in der internationalen Politik einen »Übergang vom Recht zur Bindung« (2013: 141) aus. An diesem Ansatz lassen sich zentrale international wirksame Tendenzen der Refeudalisierung festmachen.

Doch sollen in diesem Buch weniger die globalen Tendenzen und stattdessen eher die regionalen Dynamiken in Lateinamerika in den Blick genommen werden. Hierzu bietet es sich an, mit einem weniger ökonomisch geprägten Begriff der Refeudalisierung zu arbeiten. Einen Ansatz hierzu findet sich in den frühen Arbeiten des Sozialphilosophen Jürgen Habermas über die Veränderung des öffentlichen Raums in Europa. In seiner Analyse der strukturellen Transformation der Öffentlichkeit führte er das Konzept der Refeudalisierung in die kritische Theorie ein. Habermas erforscht hierbei die Beziehung zwischen der Öffentlichkeit und dem Gemeinsamen einerseits und dem Privaten andererseits. Für Habermas wird der Begriff der Öffentlichkeit durch das Prinzip des universellen Zugangs definiert, in den Worten von Habermas: »Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit.« (Habermas 1962: 156) In postindustriellen Gesellschaften identifiziert Habermas eine Dynamik der Schwächung des Öffentlichen aufgrund des Drucks kommerzieller Interessen und ihrer Durchdringung durch Strategien zur Erlangung politischer Legitimität. (Habermas 1962). Mit diesem Ansatz lassen sich gerade die bereits angedeuteten Veränderungen in der Alltagskultur, der sozialen Dynamiken und der politischen Repräsentation in den Blick nehmen.

Mit den soeben skizzierten fünf Dimensionen hat der gegenwärtige Prozess der Refeudalisierung eine Doppelstruktur, die mit dem Begriffspaar von Form und Inhalt beschrieben werden kann. So nehmen verschiedene soziale Formen der aktuellen Konjunktur der Refeudalisierung – beispielsweise in Hinblick auf die pyramidenartige soziale Polarisierung, die Tendenz der ständischen Verfestigung und der sozialen Segregation – genau die Form an, die jenen vordemokratischen Formen des Feudalismus am Vorabend der französischen Revolution, gleicht. Die bisherige soziologische Literatur zu Refeudalisierung im

postmodernen kapitalistischen Weltsystem geht – von Neckel (2010, 2013, 2013a) über Tanner (2015) und Martens (2016) bis hin zu Piketty (2014) – vor allem auf diese Homologie in der sozialen Form ein. In diesem Buch hingegen wird diese Analyseperspektive in Hinblick auf die Refeudalisierung sozialer Formen aufgegriffen und zugleich um die Dimension der Refeudalisierung von Inhalten erweitert. Mit dieser Erweiterung sollen vor allem die kulturell-politischen Ausdrucksformen und Repräsentation integral mit in die Analyse einbezogen werden. So kann beispielsweise die soziale Form der urbanen Segregation mit verschiedenen ästhetischen Inhalten aufgeladen werden. In Lateinamerika ist in diesem Zusammenhang vor allem auch ein Rückbezug auf koloniale Ästhetiken, Motive und Gestaltungen festzustellen. In diesem Sinne wird hier die Refeudalisierung mit den gegenwärtig feststellbaren Wellen der Nostalgie (Boym 2001) und der Retrotopia (Bauman 2018), die sich in Lateinamerika besonders auch in neuen Formen der Retro-Kolonialität (Kaltmeier 2011, 2017) ausdrücken, in den sozialen Formen verbunden.

Ein weiterer Aspekt, der in Hinblick auf die Verwendung des Konzepts der Refeudalisierung zu klären ist, betrifft die geschichtswissenschaftliche Einordnung und letztlich auch die geschichtsphilosophische Grundlegung. Entgegen zeitdiagnostischer Konzepte, die auf eine Zeit danach, auf ein teils undefiniertes, teils weiterentwickeltes »post« verweisen, benennt das »Re« einen zeitlichen Vektor, der auf eine längst überwunden geglaubten Epoche verweist. Dies wird von vielen Theoretikern der Refeudalisierung als durchaus paradoxer Rückschritt verstanden. So hält Tanner fest: »Die postindustrielle und postfordistische Gesellschaft der postmodernen Postdemokratie unterschieden sich vom fordistischen Industriesystem des demokratischen Kapitalismus genau darin, dass sie feudale Elemente aufweist, und dies in einem Ausmaß und einer Intensität, dass die Trias aufgeklärte Öffentlichkeit, Demokratie und Kapitalismus in Richtung eines *nouveau Ancien Regime* abdriftet.« (Tanner 2015: 740)

Dieser Rückschritt kann jedoch nicht als einfache Rückkehr zu früheren Gesellschaftsformationen begriffen werden, wohl aber, wie Supiot deutlich macht, als Wiederkehr feudaler Elemente: »Die von

mehreren Autoren vorgebrachte Vorstellung einer »Refeudalisierung des Rechts« bedeutet also keine Rückkehr ins Mittelalter, sondern das Wiederauftauchen einer Rechtsstruktur, die durch die Geburt des Nationalstaates obsolet geworden war. « (2013: 138) Sighard Neckel formuliert dies so: »Refeudalisierung« ist also nicht als Wiederkunft einer historisch längst vergangenen Epoche zu verstehen und bedeutet nicht die Rückkehr zu alten Zeiten. Refeudalisierung stellt insbesondere keinen Zustand dar, sondern einen Prozess.« (2013a)

Dieser Prozess geht mit gesellschaftlichen Krisen und Umbrüchen einher, die eine nahezu performative Dimension haben können. Marx hatte im Hinblick auf die Krise der Verelendung und gleichzeitigen Explosion der Produktivkräfte noch im *Im 18. Brumaire des Louis Bonaparte* darauf hingewiesen, dass die hier anstehende proletarische Revolution die Last der Vergangenheit abstreift und auf die Zukunft orientiert ist: »Die soziale Revolution des neunzehnten Jahrhunderts kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft.« (1978: 115) Diese in die Zukunft gerichtete Transformation ist für Marx aber keineswegs selbstverständlich. Vielmehr geht er mit Hegel davon aus, dass die »großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen«, und zwar »das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce«. Marx sieht dabei die Tendenz zur nostalgischen Maskerade. In gesellschaftlichen Krisen beschwören die Akteure »ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen.« (1978: 115) Diese Tendenz zeigt sich heute in den global greifenden Heritage und Retro-Moden, die in Lateinamerika mit einer besonderen Aufwertung des (ästhetischen) kolonialen Erbes einhergehen. Damit zeigt sich, dass der Erwartungshorizont gesellschaftlicher Eliten momentan wenig optimistisch auf die Zukunft ausgerichtet ist, vielmehr dient der Rekurs auf die Vergangenheit dazu, die gegenwärtige Besserstellung abzusichern.

Mit einem solchen Verständnis von Refeudalisierung drängt es sich auf, über Zeitlichkeit nachzudenken. Colin Crouch hat mit dem Konzept der »Postdemokratie« eine parabelförmige Verlaufskurve beschrie-

ben. Den Scheitelpunkt der höchsten Entwicklung sieht er in den demokratischen westlichen Sozialstaaten verwirklicht, während nun ein Abwärtstrend zu beobachten ist, der gespiegelt einem Punkt auf der Parabel in Zeiten des Absolutismus ähnelt. Die grundlegende Differenz zwischen den Erfahrungswelten dieser markierten Punkte besteht in der akkumulierten Erfahrung und Erinnerung an die ehemals erreichten demokratischen Werte, insofern tragen wir »die Erbschaft der jüngsten Vergangenheit mit uns herum« (2008: 11) Dieser Punkt leuchtete ein, doch hat der Crouchsche Ansatz auch problematische Anlagen. Erstens stellt Crouch – in schlechter Tradition eurozentristischer Entwicklungs- und Stadienmodelle – die westlichen europäischen Demokratien der Moderne als Höhe- und Referenzpunkte von Demokratie dar. Zweitens suggeriert er eine Mathematisierung von historischen Prozessen, die so kaum Platz für regionale Erklärungsmuster und lokale Dynamiken lässt. Dazu kommt, drittens, eine allzu vereinfachende Parabel, die allein die demokratische Qualität auf der Zeitachse abträgt. Damit bleiben räumliche Differenzen und Interdependenzen à la Zentrum-Peripherie unberücksichtigt. Und viertens erlaubt es dieses Modell kaum weiterführende innovative Konzepte zu erarbeiten, da es einen eindeutigen Referenzpunkt etabliert. Dies zeigt sich besonders emblematisch in dem wenig inspirativen, fast nostalgisch klingenden Abschlusskapitel.

Stattdessen erscheint es mir sinnvoller – analog zu der Verflechtung von Produktionsweisen – über die Verflechtung von Temporalitäten nachzudenken. Gerade in der lateinamerikanischen Gegenwart ist die Präsenz unterschiedlicher Zeiten offenkundig. Dabei ist vor allem auf die Fortdauer und permanente Erneuerung von Kolonialität als *longue durée*-Phänomen hinzuweisen. (Mignolo 2000; Moraña/Dussel/Jáuregui 2008; Quijano 2000). Jedoch ist auch Kolonialität nicht nur als festgefügte Zeitschicht zu begreifen, vielmehr sind historisch unterschiedliche Konjunkturen der Kolonialisierung und auch der Dekolonialisierung nachzuweisen, was ich an einem Ort im ecuadorianischen Hochland von der Kolonialzeit bis heute herausgearbeitet habe. (Kaltmeier 2016)

Für die in diesem Langessay aufgemachte Argumentation ist nun von besonderer Bedeutung, dass die aktuelle Konjunktur der Refeudalisierung globale Ausmaße hat und sich auf das gesamte kapitalistische Weltsystem erstreckt. Gleichzeitig gibt es aber auch regional spezifische Ausformungen. Für Lateinamerika ist dabei die Verschränkung der aktuellen Konjunktur der Refeudalisierung mit Tiefenstrukturen der Kolonialität zentral. In dieser Region kann – wenn wir lokale Unterschiede einmal außer Acht lassen – die globale Konjunktur der Refeudalisierung auch als erneute Konjunktur der Kolonialisierung begriffen werden.

Die in den postkolonialen Studien vorangebrachte Debatte um Kolonialität bedeutet nun keinesfalls ein Zurückfallen in die »*feudalmania*« (Grosfoguel 2008: 307) der 1960er und 1970er Jahre. Dort wurden feudale Strukturen vor allem auf ein übergreifendes universelles Entwicklungsschema bezogen, nachdem gesellschaftliche Entwicklung überall auf der Welt – quasi als Naturgesetz – die gleichen gesellschaftlichen Stadien zu durchlaufen hat. Entsprechend kritisiert Ramón Grosfoguel: »Die Feudalmanie war ein Mittel der »zeitlichen Distanzierung«, um ein Wissen zu produzieren, das die Gleichzeitigkeit zwischen Lateinamerika und den sogenannten entwickelten europäischen Ländern verneinte.«

Es wurde eine räumlich-zeitliche Distanz der Regionen konstruiert, wobei den vermeintlich unterentwickelten Regionen die Perspektive eines »catch-up«, eines Aufholens, in Aussicht gestellt wurde. Das ist jetzt anders. In der gegenwärtigen Vorstellungswelt der Refeudalisierung ist ein utopisches Überwinden der »Rückständigkeit« durch Entwicklung nicht vorgesehen. Statt eines catch-up, eines Aufholens, erfolgt ein cut-off, ein Ausgrenzen.

An dieser Stelle soll nun keine Theorie der Refeudalisierung vorgestellt werden. Aber dieser politische Essay macht an Hand der eingangs genannten fünf Dimensionen der Refeudalisierung deutlich, welches Potential in dieser Analyseperspektive steckt. Besonders fruchtbar hat sich das Konzept darin erwiesen, bisher kaum verbundene kritische Positionen zu den gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisentendenzen unter dem Prisma der Refeudalisierung zusammenzuführen.

Darüber hinaus lädt dieses Buch dazu ein, über historischen Wandel und die Verflechtung von Temporalitäten und Räumen im Gesamtkontext des kapitalistischen Weltsystems nachzudenken. Und letztlich hat dieses Buch auch den Anspruch, Denkanstöße zur Überwindung der mit den Refeudalisierungsprozessen verbundenen Verschärfung sozialer Ungleichheit, kultureller und räumlicher Exklusion, ökologischer Degradation und der Tendenz zum politischen Despotismus zu geben.

2. Das eine Prozent und die Refeudalisierung der Sozialstruktur

Die Hypothese der Refeudalisierung setzt an der extremen Ausweitung sozialer Ungleichheit und der damit verbundenen nachhaltigen Polarisierung der Sozialstruktur an. Dies zeigt sich auf den unterschiedlichen räumlichen Skalen, und dabei vor allem auch an Hand der Reichumsverteilung weltweit. Hier kommt der kapitalismuskritischen Bewegung Occupy Wallstreet das Verdienst zu, auf das oberste eine Prozent der reichsten Menschen hingewiesen zu haben. Die Nichtregierungsorganisation Oxfam hat diese weltweiten sozialen Ungleichheiten in dem Report »An Economy for the 99 %« im Januar 2017 aufgegriffen und in die breitere politische Debatte eingebracht. (Oxfam 2017) Seit 2015 verfügt das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung über mehr Reichtum als der gesamte Rest der Weltbevölkerung. Und um diese nackten Zahlen auf reale Personen aus Fleisch und Blut zu übertragen, kann festgehalten werden, dass die reichsten acht Männer (die Geschlechterzuordnung ist auch aussagekräftig)¹ über genauso viel Reichtum verfügen wie die 3,6 Milliarden Personen, die die Hälfte der Bevölkerung weltweit ausmachen. Gerade in den letzten zwei Dekaden ist die Zahl der Milliardäre signifikant gestiegen. Im Jahre 2015 belief sich die Zahl der Milliardäre auf 2473. (Wealth-X 2016: 2) Dabei hat der durchschnittliche Milliardär 2014 einen Netto Reichtum von 3,1 Milliarden US-Dollar. (Wealth-X 2016: 16)

¹ Gemeint sind: Bill Gates, Amancio Ortega Gaona, Warren E. Buffett, Carlos Slim Helú, Jeff Bezos, Mark Zuckerberg, Lawrence J. Ellison, Michael R. Bloomberg.

Die Entstehung von Hyperreichtum ist ein weltweites Phänomen, das keineswegs auf den geographischen Norden – gebildet aus Nordamerika und Westeuropa – begrenzt ist. Auch im geographischen Süden hat die Zahl der Milliardäre rasant zugenommen. Das gilt in den letzten Jahrzehnten in besonderem Maße für Mittel-, Südamerika und die Karibik. In Lateinamerika hat es 2014 laut Wealth-X die weltweit größte Zuwachsrate an Milliardären gegeben.

Zudem ist der Hyper-Reichtum in Lateinamerika noch stärker ausgeprägt als im Rest der Welt. Die lateinamerikanischen Milliardäre sind im Vergleich mit ihren Standesmitgliedern in anderen Weltregionen überdurchschnittlich reich. Mexiko hat mit 6,2 Milliarden US-Dollar das weltweit höchste Durchschnittsvermögen für Milliardäre, was allerdings vor allem auch auf den Hyperreichtum von Carlos Slim zurückzuführen ist. An zweiter Stelle der Länder der weltweit reichsten Milliardäre liegt dann Brasilien, mit einem durchschnittlichen Reichtum von 5,2 Milliarden US-Dollar – und das trotz des dramatischen Vermögensverlustes von Eike Batista. (Wealth-X 2013) Der deutsch-brasilianische Milliardär, der mit geschätzten 35 Milliarden US-Dollar noch Ende der 2000ern als der 7.-reichste Mann der Welt galt, hatte auf Grund von Kursverlusten zwischen 2012 und 2013 99 Prozent seines Vermögens verloren und muss sich nun mit 200 Millionen US-Dollar begnügen. (Vasella und Beutelsbacher 2013)

Obwohl in den Milliardärsrankings eindeutige Zahlen angegeben werden nach denen das Vermögen bis auf den Pfennig genau aufgerechnet wird, so ist doch vor der trügerischen Exaktheit die die Zahlen, Vergleichstabellen und Tortendiagramme vorgaukeln, zu warnen. Die Zahlen basieren nur auf Schätzungen der Vermögenswerte, die ihre Ungenauigkeiten haben. (Siehe hierzu auch Piketty 2014: 544-561) Im Feld der Reichtumsforschung gibt es erhebliche Mess- und Datenprobleme. Das gilt in besonderem Maße gerade auch für Lateinamerika und die Karibik. Jenseits der in den Milliardärsstatistiken genannten Daten gibt es kaum belastbare Hinweise auf die Vermögenszusammensetzung der oberen zehn Prozent. Wenngleich es zwar durchaus unter den Superreichen die Tendenz zu einer ostentativen Darstellung von Reichtum gibt, so wird doch die genaue Höhe der Vermögenswerte über Steuer-

oasen, undurchsichtige Finanztransaktionen und versteckte Geschäftsanteile oft im Verborgenen gelassen.

Der wichtigste Vermögensanteil von Milliardären besteht in der Regel aus den Beteiligungen an Privatunternehmen und Konglomeraten. Über diese Unternehmen wird, jenseits der wirtschaftlichen Einkünfte, vor allem auch über Lobbying, Sponsoring und direkte Einflussnahme erheblicher Einfluss auf das politische Feld ausgeübt. Ein besonderer Anteil des Vermögens ist das sogenannte liquide Vermögen, auf das die Reichen ad hoc zugreifen können. Wealth-X (2016: 16) geht davon aus, dass dieser Anteil 2015 bei ungefähr 20 Prozent des Gesamtvermögens lag, was im Durchschnitt 600 Millionen US-Dollar entspricht. Diese »Portokasse« eines einzelnen Kosmokraten ist somit größer als das Bruttoinlandsprodukt von Dominika, einem karibischen Inselstaat mit 72.500 Einwohnern. 5 Prozent des Gesamtvermögens entfallen auf Immobilien und Luxusgüter. Wealth-X resümiert: »Der typische Milliardär besitzt vier Immobilien im Wert von durchschnittlich 23,5 Millionen US\$.« (2014: 17) Dabei gelten Luxusgüter und vor allem Immobilien gerade in Zeiten ökonomischer Krisen als sichere Geldanlagen. Auf der anderen Seite werden sie aber auch von den Milliardären selber genutzt, um einem luxuriösen Lebensstil zu frönen. Dies gilt gerade auch für prestigeträchtige Sammlungen von Luxusgütern wie Oldtimern, Sportwagen, Yachten, Privatjets, Kunstgütern oder Juwelen.

Jenseits der Berichte der Boulevard-Presse über die Welt der »Reichen und Schönen« gibt es kaum Studien zur lebensweltlichen Perspektive der oberen ein bis zehn Prozent. Dabei ist eine soziologische Analyse dieser gesellschaftlichen Gruppe, die nicht nur bei sozialstrukturellen Zuordnungen und statistischen Erfassungen stehen bleibt höchst notwendig. Eine Ausnahme stellt die Studie von Hans-Jürgen Krysmanski dar, der herausstellt, dass die Geldaristokratie keine isolierte selbstgenügsame Gruppe darstellt, sondern auf vielfältige Zuarbeit angewiesen ist. Entsprechend schlug Krysmanski das Bild einer »Ringburg« – eine Metapher mit nicht ganz unabsichtlichen feudalen Konnotationen – vor, (2015: 37) nach dem die eigentliche Geldelite von Konzern- und Finanzeliten – vor allem den Spitzenmanagern – umgeben wird, die des Weiteren von politischen Eliten sowie weiteren Funktions- und Wis-

senseliten gestützt und abgesichert wird. In ähnlichem Rückgriff auf feudale Semantiken bezeichnet der Schweizer Soziologe und ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, die Gruppe der Spitzenmanager als neue globale Fürsten, die von zuarbeitenden Vasallen gestützt werden. Dieses Modell ist zuträglich, um auch die verschiedenen Funktionen der unterschiedlichen Fraktionen innerhalb der oberen zehn Prozent zu begreifen. Die Möglichkeiten des sozialen Auf- und Abstiegs, die Identitätsbildungsprozesse und normativen Vorstellungen sowie die alltägliche Lebensweise dieser Gruppen sind in der soziologischen Theoriebildung jedoch noch weitgehend unerschlossen.

Komplementär zu diesen soziologischen Fragen ist auch die historische Frage der Reichtumsakkumulation und -konzentration und der darauf beruhenden Gruppenbildung zu stellen. Gerade die Metaphern der Aristokratie und der Refeudalisierung legen nahe, dass es Reichtumskonzentration ja quasi »schon immer« gegeben habe. Das ist nun nicht von der Hand zu weisen. Allein ein Blick auf die Adelspaläste in den Sitzen der Vizekönigreiche in Lateinamerika oder die Paläste der Millionäre des US-amerikanischen *Gilded Age* zeigt, wie einleuchtend dieses Argument ist. Doch ist dem mit nüchternen statistischen Zahlen entgegenzuhalten, dass die Reichtumskonzentration nach der Krise des Fordismus und dem Kollaps der Sowjetunion und mit dem weltweiten Aufstieg des Neoliberalismus rasant zugenommen hat. In Hinblick auf die USA hat der Ökonom Thomas Piketty gezeigt, dass in den letzten 30 Jahren das Einkommen der unteren 50 Prozent nicht gestiegen ist, während das Einkommen des 1 Prozent der Topverdiener um das 300-fache angewachsen ist. (2014) Ähnliches lässt sich auch in Lateinamerika beobachten. In der Weltregion in der die soziale Schere am weitesten auseinander geht haben die Vermögen der Multimillionäre allein in den letzten fünf Jahren um 21 Prozent pro Jahr zugenommen, ein Wert der sechsmal höher ist als der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in der Region.

Neben der immensen Akkumulation von Reichtum im Segment des obersten 1 Prozent ist vor allem auch die historische Krise der Mittelschicht eine der Ausdrucksformen für die extreme Ungleichver-

teilung von Einkommen und Reichtum. Piketty argumentiert, dass die wahrhaftige soziale Innovation der wohlfahrtsstaatlichen fordistischen Konjunktur in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in der Etablierung einer Mittelschicht besteht. In diesem Klassensegment fanden sich in den westlichen Wohlfahrtsstaaten rund 40 Prozent der Bevölkerung wieder. Doch mit den neoliberalen Schocktherapien der 1980er Jahre, deren politische Durchsetzung mit den Namen von Ronald Reagan, Margaret Thatcher und Augusto Pinochet sowie internationalen Institutionen wie vor allem dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank verbunden sind, kam es vielerorts zu einer Pulverisierung der Mittelschichten. Vor allem das untere Mittelschichtsegment, bestehend aus Industriearbeitern in formalen Beschäftigungsverhältnissen, ist von den Anpassungsprogrammen und der der kapitalistischen globalen Verwertungslogik geschuldeten Standortverlagerungen massiv mit dem sozialen Abstieg konfrontiert worden.

Damit nähert sich die Morphologie der Sozialstruktur in vielen Ländern in Bezug auf soziale Ungleichheit wieder der historischen Periode des Ancien Régime in Westeuropa an. Am Vorabend der Französischen Revolution bestand die ständische Gesellschaft Frankreichs zu 1 bis 2 % aus dem Adel, zu einem Prozent aus dem Klerus, und zu ca. 97 % aus dem Dritten Stand. Dieses oberste 1 % des Ancien Régime konzentrierte 50 bis 60 % des Einkommens auf sich. (Piketty 2014: 313, 330) – dies gleicht auf frappante Weise den Zahlen heutiger Ungleichverteilung in der Weltgesellschaft. Allein in Hinblick auf diese extrem polarisierte Form der Sozialstruktur, bei der das demokratische und bürgerliche Versprechen von Gleichheit aufgegeben wurde, kann von einer markanten Tendenz zur Refeudalisierung gesprochen werden.

2.1 Refeudalisierung der Sozialstruktur in Lateinamerika

In Lateinamerika ist eine markante Tendenz zur Refeudalisierung der Sozialstruktur zu beobachten, die tiefe Wurzeln im kolonialen Erbe hat und durch verschiedene historische Konjunkturen – wie der neoliberalen Wende der 1980er und 1990er – vertieft wurde. In den 1990er Jahren

lag der Gini-Koeffizient² der Einkommensverteilung in Lateinamerika bei 0,522, während er in Westeuropa bei 0,342 und in Asien bei 0,412 lag. Damit ist die Ungleichverteilung von Einkommen in Lateinamerika im Vergleich zu anderen Weltregionen am höchsten. Das reichste Zehntel der Haushalte erzielte 48 % des gesamten Einkommens, während das unterste Zehntel gerade einmal 1,6 % erzielte. (de Ferranti et al. 2004) Obwohl soziale Ungleichheit eine länderübergreifende Konstante in Lateinamerika darstellt, lassen sich regionale Unterschiede erkennen. Während in den 1990er Jahren Länder wie Brasilien, Chile und Kolumbien sich durch die größte soziale Ungleichheit auszeichneten, gehörten Uruguay, Costa Rica und Venezuela zu jenen Ländern Lateinamerikas, in denen die Einkommensverteilung der Haushalte ausgeglichener war. Die Sozialwissenschaftler Alejandro Portes und Kelly Hoffman haben einen der wenigen Versuche unternommen, die Klassenzusammensetzung ausgewählter lateinamerikanischer Gesellschaften genauer zu analysieren. Für sie besteht die herrschende Klasse aus den Segmenten der Kapitalisten, der Führungskräfte und der leitenden Angestellten. Für 2000 kommen sie zu dem Ergebnis, dass die herrschende Klasse einen Anteil von 5,2 % (in Brasilien) und 13,9 % (in Venezuela) der Gesamtbevölkerung ausmacht. Das oberste Segment der herrschenden Klasse, die Kapitalisten, besteht dabei aus 0,85 % (in Panama) bis 2,2 % (in Kolumbien) der Gesamtbevölkerung. Dieses oberste Segment der herrschenden Klasse Lateinamerikas entspricht somit der Gruppe, die wir hier in Anlehnung an die weltweite Debatte zu sozialer Ungleichheit das 1 Prozent genannt haben. Das zweite Segment entspricht hingegen – addiert mit dem genannten einen Prozent – den obersten zehn Prozent. Die Mittelschicht fällt relativ dünn aus, so dass Portes und Hoffman argumentieren können: »Diese Zahlen implizie-

2 Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß zur Messung von Ungleichverteilungen. Er nimmt einen Wert zwischen 0 (bei einer gleichmäßigen Verteilung, d.h. jeder Einzelne der Gruppe hat den gleichen Anteil) und 1 (bei maximaler Ungleichverteilung, d.h. alle Werte z.B. Einkommen oder Landbesitz konzentrieren sich auf nur eine Person).

ren, dass die untergeordneten Klassen, grob definiert, etwa 80 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung ausmachen.« (2003: 51)

Im Folgenden soll nun überblickshaft ausgeführt werden, wie sich diese Tendenz zur Refeudalisierung in Lateinamerika in den letzten Jahren konsolidierte. Zuvor soll jedoch ein kurzer Überblick über die jüngere Wirtschaftsgeschichte und die Entwicklung sozialer Ungleichheit gegeben werden. (vgl. hierzu Kaltmeier 2013, Boris et al. 2008, Thorp 1998) Zunächst einmal war die Region auch in den 1940er Jahren durch die globale Konjunktur fordistischer Regulation geprägt. In Lateinamerika kam es im Zuge der Politik der importsubstituierenden Industrialisierung und dem Ausbau staatlicher Bürokratie zu einem Anwachsen der Mittelschicht, in der sich Beamte, Selbstständige und formale Arbeiter wiederfanden. Als Reaktion auf die Krise des Agro-Export-Modells in Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929 wurden lateinamerikaweit nationale Entwicklungsmodelle implementiert, die eine importsubstituierende Industrialisierung anstoßen sollten. Zu nennen sind hier die Projekte von Juan Perón in Argentinien, Víctor Raúl Haya de la Torre in Peru, Getúlio Vargas in Brasilien sowie von Lázaro Cárdenas in Mexiko. Dieses gesellschaftliche Entwicklungsmodell hatte bis in die 1970er Jahre – mit regionalen Abweichungen – lateinamerikaweit Bestand.

Mit dieser Industrialisierungspolitik ist das Anwachsen einer urbanen Arbeiterklasse festzustellen. Bereits in den 1960er Jahren war der Großteil der ökonomisch aktiven Bevölkerung in Lateinamerika nicht mehr in der Landwirtschaft tätig. Stattdessen stand in der Phase zwischen 1960 und 1980 das Industrieproletariat demographisch und politisch in seinem Zenit. Politisch drückte sich dies in einem zunehmenden Organisationsgrad vor allem in Gewerkschaften aus. Dennoch ist festzuhalten, dass das Industrieproletariat – gerade auch im Vergleich zu den industriellen Entwicklungsprozessen in den USA – relativ klein blieb. Stattdessen ist die Zusammensetzung der Arbeiterklasse historisch durch einen hohen Anteil an informellem urbanem Proletariat gekennzeichnet, das vorwiegend von nicht formellen Arbeitsbeziehungen lebt. (Portes 1985) In den ländlichen Regionen wurden die quasi-feudalen Abhängigkeitsverhältnisse, die

durch Hacienda und andere Formen des Großgrundbesitzes bestimmt waren, im Zuge der Agrarreformen der 1960er und 1970er aufgelöst. Allerdings führten diese Agrarreformen, die nur begrenzte Umverteilung von Land bedeuteten, in den meisten Fällen zu einer Modernisierung der Besitz- und Ausbeutungsstrukturen auf dem Lande, was in einer zunehmenden Semi-Proletarisierung der Bauern, die mit Land-Stadt-(Pendel-)Migration einhergeht, seinen klassenspezifischen Ausdruck fand. Und so galt Lateinamerika bereits seit den 1960er Jahren als die Region mit der weltweit höchsten sozialen Ungleichheit. (Deininger und Squire 1996, Tabelle 5)

Diese ersten Ansätze zur Ausbildung einer Mittelschicht wurden durch die neoliberalen Strukturanpassungen der 1980er Jahre zunichtegemacht, so dass von einer wahren Pulverisierung der Mittelschicht und auch der Arbeiterklasse gesprochen werden kann. (Boris 1998) Ende der 1990er Jahre war nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bereits die Hälfte der ökonomisch erwerbstätigen Bevölkerung in Lateinamerika im informellen Sektor tätig. Dies ist auf die neoliberale Politik der Privatisierung sowie die Förderung des Kleinunternehmertums zurückzuführen. Die Sozialwissenschaftler Alejandro Portes und Kelly Hoffman bilanzieren: »Der Aufstieg des informellen Proletariats findet in fast allen Ländern der Region statt und kann als ein populäres Gegenstück zu dem »erzwungenen Unternehmertum« interpretiert werden, das den ehemaligen Angestellten durch die neue Wirtschaftspolitik aufgezwungen wird. Ein beträchtlicher Anteil der informellen Arbeiterklasse besteht aus Arbeitern auf eigene Rechnung – Verkäufern und anderen Geringqualifizierten, die gezwungen sind, durch die am wenigsten einträglichen Unternehmensformen zu überleben.« (Portes und Hoffman 2003: 50) Spiegelbildlich zu dem Anwachsen des informellen Proletariats hat in den 1990er Jahren der Anteil der staatlich Beschäftigten ebenso abgenommen, wie der Anteil der formal beschäftigten Arbeiter. Ende der 1990er hatte sich die Sozialstruktur dermaßen polarisiert, dass sie der zweigeteilten Gesellschaft der Kolonialzeit glich.

Ein besonders markantes Beispiel für den rasanten sozialen Abstieg der Mittelklasse stellt die Veränderung der Sozialstruktur in Argentinien-

en in Folge der Krise von 2001. Mit dem Ende der Konvertibilität von Dollar und Peso kam es zu einer galoppierenden Inflation und Entwertung von Sparguthaben und einem Rückgang der Wirtschaftskraft um etwa 20 Prozent. Die kleinen und mittleren Unternehmen gerieten in eine tief greifende Krise, so dass viele von ihnen geschlossen werden mussten. (Svampa 2008: 53) In diesem Moment stürzten große Teile der Mittelschicht sozio-ökonomisch in das Prekariat, wenngleich sie noch über ein hohes kulturelles Kapital verfügten. Dieser Abstieg der Mittelklasse in die Unterschicht wurde in der sozialwissenschaftlichen Literatur als »Neue Armut« beschrieben. (del Cueto und Luzzi 2010: 36). Doch gab es nicht nur Opfer der Krise. Die Oligopole im Dienstleistungs- und im Finanzsektor konnten profitieren. Während der Anteil der traditionellen Geschäfte im Zeitraum von 1984 bis 2001 von 57 % auf 17 % sank, erhöhten die Supermärkte ihren Anteil von 27 % auf 53 %. (Svampa 2008: 55)

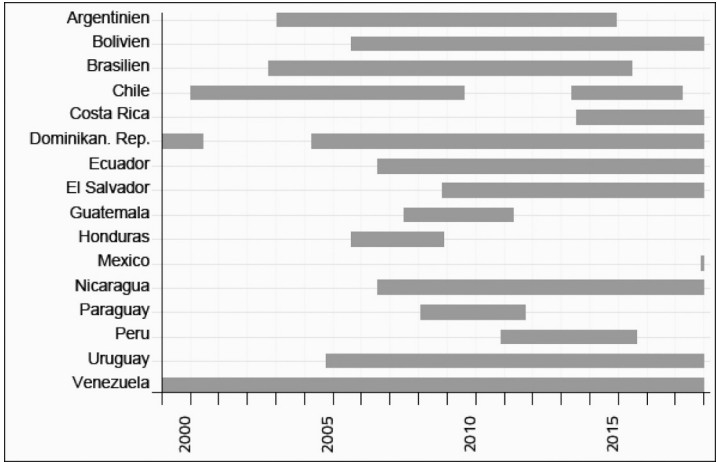
Signifikante Veränderungen in der Sozialstruktur gab es rund um den Millenniumwechsel. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts kam es in nahezu ganz Lateinamerika und der Karibik zu einer erstaunlichen Konjunktur von links-orientierten Regierungen, die eine Abkehr von der neoliberalen Wirtschaftspolitik proklamierten. Höhepunkt diese Konjunktur waren die Mitte der 2000er mit den Regierungen von Hugo Chávez in Venezuela, Ignacio »Lula« da Silva in Brasilien, Rafael Correa in Ecuador, Néstor Kirchner in Argentinien, José »Pepe« Mujica in Uruguay und Evo Morales in Bolivien. Mit diesen Regierungen kam es zu einer aktiveren Sozialpolitik, die gerade bei der Bekämpfung von Armut Erfolge vorweisen konnte. Im Kontext einer günstigen ökonomischen Konjunktur mit hohen Wirtschaftswachstumsraten konnten die Linksregierungen die Sozialausgaben anheben und höhere Mindestlöhne durchsetzen. Dies führte zu einer enormen Aufwärtsmobilität in die Mittelschicht, während die ärmeren Bevölkerungsgruppen von besonderen Unterstützungsmaßnahmen profitierten. Selbst in Chile, das aufgrund der Kontinuität neoliberaler Wirtschaftspolitiken, eher als moderater Vertreter des »pink-tide« gilt, griffen unter der Regierungszeit Michelle Bachelets die sozialpolitischen Programme. Während die soziale Ungleichheit in den 1990er Jahren weiterhin anstieg, und sich ein harter

Armutskern um 20 % der Bevölkerung ausbildete, gelang es dem chilenischen Staat in den 2000ern die Armutsraten signifikant zu senken. Von 2003 auf 2006 verringerte sich die Armutsrate um 5 % von 18,7 auf 13,7 %. 2013 lag die Armutsrate dann nur noch bei 7,8 %. (Larrañaga und Rodríguez 2015: 17), was auf eine zunehmend aktivere auf Umverteilung bedachte Sozialpolitik zurückzuführen ist.

In einer Studie zur Wirksamkeit der heterodoxen Wirtschaftspolitik der Linksregierungen kommen die Sozialwissenschaftler Francesco Bogliacino und Daniel Rojas zu folgendem Schluss. »Was Kausalhypothesen betrifft, so scheinen die Daten die Idee zu unterstützen, dass die neue Linke indirekt auf die gesamte Region einwirkte, da sie eine stärkere Umverteilungspolitik beförderte. Dies deutet darauf hin, dass der *Chavez-Effekt*, um ein mögliches Etikett zu bieten, über die politische Orientierung der verantwortlichen Regierung hinausreichte.« (2017: 31) Und der Politikwissenschaftler Hans-Jürgen Burchardt bilanziert: »Während die globale Finanzkrise die etablierten Industrienationen erschütterte, erlebte Lateinamerika ein Wirtschaftswunder. Nicht wenige Wissenschaftler und internationale Organisationen, die unter dem Stichwort »Ressourcenfluch« jahrzehntelang das Scheitern einer rohstoffbasierten Entwicklung prognostiziert hatten, hoben nun die Potenziale dieses demokratischen Neo-Extraktivismus hervor.« (2016: 7)

Trotz aller Erfolge steht die Nachhaltigkeit der sozialpolitischen Unterstützungsprogramme der Linksregierungen noch auf dem Prüfstand der Geschichte. Es zeichnet sich ab, dass die Verringerung der sozialen Ungleichheit auf der Verringerung der Armutszahlen beruht. Dies konnten die Linksregierungen zum großen Teil aber nur auf Grund von staatlichen Förderprogrammen erreichen, deren Finanzierung auf einer günstigen Wirtschaftskonjunktur basierte. Allerdings gab es kaum signifikante Maßnahmen zur gesellschaftlichen Umverteilung von Reichtum. Finanziert wurden die staatlichen Programme im Zuge des sogenannten Neo-Extraktivismus durch Einnahmen, die aus dem gesteigerten Export von Rohstoffen – von Erdöl und Erdgas über Kupfer und Lithium bis hin zu Soja und Palmöl – erfolgten. Im seit den 2010ern einsetzenden Preisverfall für Rohstoffe und der damit

Abbildung 1: Linksregierungen in Lateinamerika, 1995- 2018



Quelle: Eigene Bearbeitung nach Wikipedia: https://en.wikipedia.org/wiki/Pink_tide

einhergehenden ökonomischen Krise, scheinen nun ganze soziale Segmente, die in den letzten Dekaden aufgestiegen sind, wieder in die Unterschicht abzufallen.

Umgekehrt sind die oberen zehn Prozent kaum vom sozialen Abstieg betroffen. Auch die Periode der Linksregierungen, die die konservativen Presse dazu brachte, das im Kalten Krieg vielfach bemühte Schreckensbild eines gleichmacherischen Kommunismus an die Wand zu malen, stellte für die Geldaristokratie keine Bedrohung dar. Paradoerweise stieg laut einer Erhebung des Finanzdienstleisters Capgemini, der bestimmt nicht linker Umtriebe verdächtigt werden kann, die Anzahl der Milliardäre gerade in der Amtszeit der Linksregierungen massiv an. So ist von 2008 auf 2016 eine Zunahme der Superreichen (oder technokratisch: high-net-worth individuals, HNWI) in Lateinamerika von knapp 420 auf fast 560 festzustellen. (Capgemini 2017)

Wealth-X erklärt diesen Anstieg der Anzahl der Milliardäre in der Region durch demographische Umbrüche, sprich durch Vererbung. Lateinamerika ist die Region in der die Milliardäre das höchste Durchschnittsalter haben, so dass hier bereits in den letzten Jahren Reichtumstransfers an die folgende Generation stattgefunden haben. Auf diese Weise hat sich die Anzahl der Milliardäre erhöht, ohne dass jedoch das Gesamtvermögen zugenommen hätte. (2014: 8-9) Diese Übertragung von Vermögen auf die Folgegeneration weist auf ein Grundproblem vieler lateinamerikanischer Gesellschaften hin, das auch in der Phase der links-orientierten Regierung nicht effektiv angegangen wurde: Die unzureichende oder gar ganz fehlende Erbschaftsteuer. Burchardt benennt die Versäumnisse der Linksregierungen während der wirtschaftlichen Boom-Phase genau: »Auch während der Boomphase wurden keine tief greifenden Umverteilungsmaßnahmen umgesetzt. Das Steuersystem wurde kaum angetastet. Die regionale Besteuerungsquote ist nur halb so hoch wie in Europa, die meisten Steuern sind stark konjunkturabhängig oder wie die Umsatzsteuer regressiv – belasten also besonders die einkommensschwache Bevölkerung. Für die Wirtschaftselite hingegen bleibt Lateinamerika eine Steueroase: Die Vermögensbesteuerung hat sich weiter verringert und trug 2013 gerade einmal 3,5 Prozent zu den Gesamtsteuereinnahmen bei. Insgesamt liegen die steuerlich bedingten Umverteilungseffekte regional unter zehn Prozent (Deutschland: circa 40 Prozent). Einzelne Steuerreformen wie in Argentinien oder Ecuador versandeten oder scheiterten.« (2016: 7)

Doch ist das Erklärungsmodell der Erhöhung der Anzahl der Milliardäre durch Erbe nicht ausreichend, um die zeitgenössischen Entwicklungen in diesem Gesellschaftssegment zu erklären. So ist für den Zeitraum von 2000 bis 2008 für Lateinamerika festzuhalten, dass nicht nur die Anzahl der Milliardäre stieg – was die Erbteilungs-These stützt – sondern auch das verfügbare Vermögen. Während die HNWI in Lateinamerika noch im Jahre 2000 über ein Privatvermögen von 3,2 Billionen US-Dollar verfügten, so waren es 2008 bereits 5,8 Billionen US-Dollar. Weltweit weist Lateinamerika in diesem Zeitraum mit 81 Prozent mit Abstand die höchste Rate des Zuwachses an Milliardärs-

Abbildung 2: Milliardäre in Lateinamerika und der Karibik, 2014 und 2013

Tabelle 1. Milliardäre in Lateinamerika und der Karibik, 2014 und 2013							
Rank		Number of billionaires, 2014	Total wealth US\$ billion, 2014	Number of billionaires, 2013	Total wealth US\$ billion, 2013	Population change %	Wealth change%
	World	2325	7291	2170	6516	7.1%	11.9%
	Latin America	153	511	111	496	37.8%	3.0%
1	Brazil	61	182	50	259	22.0%	-29.7%
2	Mexico	27	169	22	137	22.7%	23.4%
3	Chile	21	49	17	40	23.5%	22.5%
4	Peru	9	15	3	5	200.0%	200.0%
5	Bermuda	7	24	4	13	75.0%	84.6%
6	Argentina	7	13	7	15	0.0%	-13.3%
7	Venezuela	6	10	2	5	200.0%	100.0%
8	Colombia	5	28	2	16	150.0%	75.0%
9	British Virgin Islands	2	3	1	1	100.0%	200.0%
10	Guatemala	2	3				
11	El Salvador	2	2				
	Other	4	10	3	5	33.3%	160.0%

Quelle: Eigene Bearbeitung nach Wealth-X (2014, 82)

Vermögen auf (gefolgt vom Nahen Osten mit 40 Prozent). (Beaverstock 2012: 382)

In Bezug auf die nationale Verteilung der Milliardäre in Lateinamerika gibt es indes signifikante Unterschiede. Nehmen wir als Referenz das Jahr 2014: Brasilien ist mit 61 Milliardären das Land mit den meisten Milliardären, gefolgt von Mexiko mit 27 und Chile mit 21.

Während es in den erstgenannten Ländern tiefe historische Wurzeln bei der Ausbildung einer Geldaristokratie gibt, so unterlagen einzelne Länder der Region auch rasanten historischen Konjunkturen. In den Bermudas beispielsweise erhöhte sich die Anzahl der Milliardäre von 2013 auf 2014 von 4 auf 7. Damit hat diese Insel – nach Liechtenstein – die weltweite höchste räumliche Konzentration von Milliardären. Keiner dieser Milliardäre ist jedoch auf den Bermudas geboren worden. Hier basiert die extreme Konzentration von Reichtum nicht auf endogenen Dynamiken, sondern auf Zuwanderung.

Selbstverständlich beschränkt sich die Konzentration von Reichtum nicht allein auf die Milliardäre. Allein in den sieben lateinamerikani-

Abbildung 3: Millionäre in sieben lateinamerikanischen Ländern, 2014

Tabelle 2. Millionäre in sieben Ländern Lateinamerikas, 2014	
Millionärs-Ranking in Lateinamerika	
Land	Anzahl
Brasilien	191 703
México	164 014
Chile	44 141
Kolumbien	38 216
Argentinien	35 860
Peru	24 057
Paraguay	5 935
Gesamt	503 926

Quelle: Eigene Bearbeitung nach Gamboa und Dextre (2016: 19)

schen Ländern leben mehr als 500.000 Millionäre. Mit Abstand sind in Brasilien, mit fast 200.000 Millionären, und Mexiko (164.000) die meisten Millionäre in Lateinamerika zu finden, gefolgt von Chile, Kolumbien, Argentinien und Peru. Weniger Millionäre finden sich in den zentralen Andenländern wie Ecuador und Bolivien, den Guyanas sowie in dem für sein Sozialsystem bekannten Uruguay.

An dieser Stelle kann nicht genau die regionale Verteilung von Millionären innerhalb der Nationalstaaten nachgezeichnet werden. Mit Verweis auf die sozio-strukturellen Daten einzelner Gemeinden ist jedoch auch hier eine hohe sozialräumliche Polarisierung in Metropolen wie Sao Paulo, Mexiko-Stadt, Rio de Janeiro und Santiago de Chile festzustellen. Kleinräumlicher kann zudem argumentiert werden, dass die Superreichen sich in den schicken Vierteln der lateinamerikanischen Metropolen konzentrieren, wobei die sozialräumliche Polarisierung zunehmend in eine Selbst-Segregation umschlägt, die den wehrhaften Burgen im europäischen Feudalregime nicht unähnlich ist.

2.2 Die Geldaristokratie in Lateinamerika

Viele sozialwissenschaftliche Arbeiten zur sozialen Polarisierung beschränken sich auf die Auswertung von statistischen Daten zu Einkommen und Vermögen. Doch hier wollen wir den nackten Zahlen ein menschliches Antlitz geben. Die Darstellung der persönlichen Vorlieben der »Reichen und Schönen« soll dabei jedoch der Klatschpresse vorbehalten bleiben. Stattdessen geht es vielmehr darum, die historischen Dynamiken der Entstehung der Geldaristokratie in Lateinamerika nachzuzeichnen. Die Muster und Ausformungen sozialer Ungleichheit in Lateinamerika haben tiefe historische Wurzeln. Sie können auf die Kolonialzeit zurückgeführt werden, in der in Folge der spanischen Eroberung im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts eine ethnisch zweigeteilte Gesellschaft entstand. Der »república de españoles« stand eine »república de indios« entgegen. Dabei gingen Rassismus und die Ausbeutung indigener und afro-amerikanischer Arbeitskraft durch eine kleine weiß-kreolische Elite Hand in Hand. (Sokoloff und Engerman 2000: 217-32)

Auch nach der Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Länder in den 1820er Jahren blieb diese ungleiche Sozialstruktur erhalten. Der peruanische Sozialwissenschaftler Aníbal Quijano (2008) hat für dieses *longue durée* Phänomen den Begriff der Kolonialität geprägt. In der kolonialen Situation entsteht eine zweitgeteilte Sozialstruktur, die auf einer rassistisch begründeten gesellschaftlichen Arbeitsteilung beruht. Es entstanden stabile historische Strukturelemente, die bis heute fort-dauern, dabei aber auch durch historische Konjunkturen der Kolonialisierung und der Dekolonialisierung einem permanenten Prozess der Veränderung unterliegen. (Kaltmeier 2016)

Dieses Paradox der »Kontinuität im Wandel« (Frank 1969) gilt auch für die Formierung der Eliten. Die herrschende Klasse in Lateinamerika leitet sich – abgesehen vielleicht von den jüngsten Umbrüchen unter dem indigenen Präsidenten Evo Morales in Bolivien (Espinosa 2013) – weitgehend von den kreolischen Eliten ab. Diese lösten sich zwar von der spanischen Krone ab, vermochten es aber nicht, die koloniale Spaltung der Gesellschaft zu überwinden. In den sozialwissenschaftlichen

Theorien zu Eliten wird darauf verwiesen, dass diese trotz aller Kontinuität einem Wandel unterliegen, der auch zu einem partiellen Austausch von Eliten führen kann. (Rovira 2009) Dieser Wandel ist, so Paul Pierson (2004) jedoch ein »long-term process«, der eng mit politischen und vor allem ökonomischen Krisen verbunden ist. Insofern ist gerade in Hinblick auf Lateinamerika eine historische Genealogie der obersten 10 Prozent wichtig. Auf diese Weise kann die Frage geklärt werden, aus welchen historischen Kontinuitäten sich die Eliten ableiten beziehungsweise welchen Krisen sie ihren Aufstieg zu verdanken haben. Eine solche – gerade auch komparativ angelegte Arbeit – steht für ganz Lateinamerika noch aus. Deshalb beschränke ich mich an dieser Stelle auf eine beispielhafte Skizze einer historischen Genealogie der Milliardäre in Lateinamerika.

Ganz im Sinne der mit der Kolonialitätsthese proklamierten Kontinuität kolonialer Elemente kann eine Fraktion der heutigen Milliardäre auf die neofeudalen kreolischen Eliten des 19. Jahrhunderts zurückgeführt werden. Dabei gibt es jedoch auch – auf Grund unterschiedlicher historischer Dynamiken – regionale Unterschiede. Während Mexiko und Argentinien bereits im 19. Jahrhundert anfällig für Krisen, Caudillos und politisch-räumliche Fragmentierungen waren, so ist in Chile und Brasilien eine hohe Stabilität und horizontale Integration der Eliten festzustellen. (Rovira 2009) Gleichwohl unterliegt auch diese Elite einem historischen Wandel. So werden die alten kolonialen Dynastien zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit Neuankömmlingen aus Frankreich, England und Spanien durchmischt. (Fischer 2011) Die bürgerlichen Neuankömmlinge wurden jedoch in Chile zügig integriert und es entstand, so Alberto Edwards (1928) in seiner klassischen Studie, eine »vermischte Aristokratie«, die sich durch kapitalistisches wirtschaftliches Streben und aristokratische Distinktion von den unteren Schichten auszeichnet.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts etablierte sich in Chile ein weltmarktorientiertes Exportmodell, das mit Zugriff auf Agrarprodukte, Salpeter und Kupfer großen Reichtum in den Händen einer kleinen Elite konzentrierte, die aber immer abhängiger von ausländischen Zwischenhändlern wurde. Gleichzeitig wurden hier kaum Konzessionen

seitens der Elite an die populären Massen gemacht, sodass sich die soziale Distanz einer zweigeteilten Sozialstruktur fortführte und eine enge Verflechtung der Elite gewährleistete. Ein relativ geschlossener Heiratsmarkt verstärkte die Reproduktion der Elite (Vicuña 2001). Fischer bilanziert die Kontinuität innerhalb der chilenischen Wirtschaftselite wie folgt: »Eine Untersuchung der Eigentums- und Kontrollverhältnisse der 42 führenden Industrieunternehmen Chiles zeigt, dass diese vom späten 19. Jahrhundert bis in die 1930er Jahre von denselben Personen, Familien oder Gruppen der Unternehmeroligarchie geführt wurden.« (2011: 51)

Diese Kontinuität der Eliten zeigt sich nahezu beispielhaft an der Familiengeschichte des chilenischen Milliardärs und aktuellen Präsidenten Chiles: Sebastián Piñera. Die Familie Piñera hat eine hohe Anzahl von einflussreichen Unternehmern und Politikern in ihren Reihen und verfügt über enge Verbindungen zu anderen neofeudalen Familien wie die der Chadwick, der Viera-Gallo oder der Aninat. Der Stammvater der Familie, José de Piñera y Lombera wurde in der Hauptstadt des Vizekönigreiches Peru in Lima geboren. Seine Mutter stammte mütterlicherseits von dem inkaischen Herrscher Huayna Capac ab, und wuchs in der limeñer Aristokratie auf. 1827, kurz nach der chilenischen Unabhängigkeit, kam er nach Chile, wo er sich in die dortige politische Elite einheiratete. Seine Frau Magdalena Echenique Rozas ist direkte Nachkommin des Unabhängigkeitshelden Juan Martínez de Rozas und auch verwandt mit den chilenischen Präsidenten Francisco Antonio Pinto, Aníbal Pinto und Manuel Bulnes.

Eine zweite große Milliardärsfamilie in Chile ist die der Matte. Die Geschwister Eliodora, Bernardo und Patricio Matte verfügen vor allem durch ihre Anteile im Bereich der Papier- und Holzindustrie über mehr als 10 Mrd. Dollar. Der Reichtum der Familie geht im Wesentlichen auf Domingo Matte Mesías (1812-1893) zurück, der die Banco Matte y Cía. gründete und als Freund von Präsident Manuel Montt auch in der Politik vertreten war. Eine erhebliche Erweiterung des Familienvermögens gab es unter Arturo Matte Larraín, der von den Privatisierungen unter der Pinochet-Diktatur und der nachfolgenden Oligopolbildung vor allem im Forstsektor profitierte.

Wie sich bereits bei der Familie Matte andeutete, akkumulierten die heutigen Milliardäre einen großen Teil ihres Reichtums vor allem auch im 20. Jahrhundert. Bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 lief die Exportwirtschaft mit hohen Gewinnen für die beteiligten Eliten auf Hochtouren. In Mexiko markierten die Revolution von 1910 und der nachfolgende Cristero-Bürgerkrieg schon einen markanten Elitenwechsel. (Smith 1979) In Argentinien dagegen kam es nach der Weltwirtschaftskrise zunächst kaum zu Veränderungen in der Elite, bis dann Juan Perón das Verhältnis zwischen Elite und populären Massen neu regulierte. (Murmis und Portantiero 2004)

Ein paradigmatisches Beispiel für diese Fraktion der Geldaristokratie, die im frühen 20. Jahrhundert aufstieg, ist die Familie Hochschild. Der 1881 in Deutschland geborene Moritz Hochschild migrierte nach Bolivien und wurde dort zusammen mit Simón Iturri Patiño und Carlos Víctor Aramayo einer der drei »Zinnbarone« – zu beachten ist die feudale Konnotation. Diese Zinnbarone hatten nach Erschöpfung der Silberminen den Bergbausektor übernommen und bildeten dort ein Oligopol, die sogenannte »rosca minera-feudal«. Bis zur Bolivianischen Revolution von 1952 bestimmten sie die ökonomischen und politischen Geschicke des Landes. Nach der Verstaatlichung der Bergwerke ging Hochschild mit einer stattlichen Entschädigungssumme in der Tasche nach Peru, wo er sich weiterhin dem Bergbausektor widmete. Sein Sohn Eduardo Hochschild gilt heute als Chef von dem im Gold- und Silberabbau tätigen Konzern Hochschild Mining als der reichste Mensch in Peru.

Andere Segmente der herrschenden Klasse konnten in den 1940er Jahren große Konglomerate aufbauen. Zu nennen ist die Grupo Votorantim in Brasilien, ein Konglomerat, das von dem portugiesischen Migranten Antônio Pereira Inácio 1912 gegründet wurde. Heute hat es seine Sparten erweitert und unter anderem in Investmentfonds und Biotechnologie diversifiziert. Die Grupo Votorantim wird aktuell von dem Enkel Pereiras, Antônio Ermírio de Moraes, kontrolliert. Ebenso etablierte João Moreira Salles 1933 die Casa Bancária Moreira Salles, die rasch stark expandierte und heute – weiterhin unter Familienkontrolle – als Unibanco (União de Bancos Brasileiros) als einer der größten

Banken Brasiliens gilt. In ähnlicher Weise stieg in Peru das, unter der Kontrolle der Familie Brescia-Cafferata stehende, Konsortium Grupo Breca bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf. Das Konglomerat wird mittlerweile in der dritten Generation von der Familie Brescia-Cafferata geleitet, die als eine der reichsten Familien Perus gilt.

Stellvertretend für die Akkumulation von Reichtum im Agro-Exportsektor können wir die Familie Noboa in Ecuador anführen. Luis Adolfo Noboa Naranjo baute in Ecuador ab den 1940er Jahren ein Bananenimperium auf, das er nach seinem Tod an seine Frau vererbte. Nach langem Rechtsstreit trat dann sein Sohn Alvaro Noboa die Nachfolge des Konglomerats an, das nunmehr aus über 100 Firmen, auch im Banken- und Medienbereich, besteht. Noboa trat unlängst dreimal als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen in Ecuador an.

Ein weiterer Wirtschaftszweig, der im 20. Jahrhundert massiv expandierte, und aus dem heraus zahlreiche Unternehmer in das oberste 1 Prozent ihrer Länder aufstiegen, ist der Sektor der Massenmedien. Das 20. Jahrhundert kann als das Jahrhundert der aufkommenden Massenmedien gelten. Entsprechend haben verschiedene heutige Milliardäre auch in diesem Sektor den Grundstein ihres finanziellen Aufstiegs gelegt. Ein markanter Fall ist Roberto Marinho, der von seinem Vater in den frühen 1930er die brasilianische Tageszeitung *O Globo* übernahm und zu einem gigantischen Medienkonzern ausbaute. Vor allem unter der Militärdiktatur der 1960er Jahre konnte der Konzern in Brasilien nahezu eine Monopolstellung im Medienbereich ausbauen.

Eine weitere Branche, der viele Millionäre in Lateinamerika ihren Aufstieg zu verdanken haben, ist der Massenkonsum, der seinen Ausdruck in Supermarkt-Ketten und anderen Vertriebssystemen von Konsumgütern findet. In den 1960er Jahren konnte der kubanisch-venezolanische Unternehmer Diego Cisneros durch die Investition im TV-Bereich, in Venezuela und den USA, das Konglomerat *Organización Cisneros* ausbauen. Begonnen hatte er als kleiner Unternehmer, der vor allem mit einer Vertriebslizenz des US-amerikanischen Pepsi-Konzerns seinen Reichtum ausbauen konnte. Ähnliche Lizenzverträge waren auch die Grundlage für extremen Reichtum in anderen lateinamerikanischen Ländern. In Chile begründete der deutschstämmige

Milliardär Horst Paulmann seinen Reichtum auf dem Aufbau einer lateinamerikaweiten Supermarkt-Kette mit Filialen in Chile, Argentinien, Kolumbien, Peru und Brasilien. Gerade unter der neoliberalen Wende der 1980er und 1990er konnten die Super-Reichen ihre Unternehmensmacht auf der Grundlage der Privatisierungs- und Deregulierungspolitiken ausbauen. Aktuell sind es dagegen vor allem die zur Jahrtausendwende boomenden extraktivistischen Exportsektoren der Agroindustrie und des Bergbaus, die neuen extremen Reichtum produzierten.

Die Frage, inwiefern lateinamerikanische Eliten eine hohe generationenübergreifende Kontinuität aufweisen, ist komplex. Einerseits kann eine deutliche Kontinuität in der Reproduktion der Geldaristokratie herausgearbeitet werden. Über mehrere Dekaden hinweg prägen dieselben Dynastien die ökonomischen Geschicke der verschiedenen lateinamerikanischen Länder. Nur tiefgreifende, revolutionäre Umbrüche, wie die kubanische Revolution 1959, aber auch die mexikanische Revolution 1910, oder auch die bolivianische Revolution von 1952 sowie die dortige politisch-kulturelle Erneuerung seit 2007 scheinen Umbrüche in der Zusammensetzung der ökonomischen Eliten hervorzurufen. Auch bewirken ökonomische Krisen und grundlegende Transformationen der ökonomischen Modelle Umbrüche in den Eliten, sodass nicht-reformfähige Sektoren absteigen, während es gleichzeitig ein Möglichkeitsfenster für den Aufstieg neuer ökonomischer Sektoren in die Elite gibt. In diesem Zusammenhang sind vor allem Veränderungen auf dem Weltmarkt relevant. Beispiele sind der Boom neuer Agrar-Exportprodukte, wie Bananen in den 1930ern, Erdöl in den 1970ern und Biotreibstoffe seit den 2000ern. Auch die Veränderung der wirtschaftspolitischen Programme ist von hoher Relevanz. Im Zuge der Industrialisierungsbestrebungen nach dem 2. Weltkrieg, der Lateinamerika einen ökonomischen Boom bescherte, bauten sie Unternehmen auf und konnten dann gerade in der Phase neoliberaler Strukturanpassungsprogramme ab Mitte der 1970er ihren Reichtum massiv vergrößern. So profitierte der mexikanische Milliardär Carlos Slim von der Privatisierung der Telekommunikation in Mexiko und machte den Telekommunikationskonzern Telmex zum

Quasi-Monopolanbieter. In Chile baute die Angelini-Gruppe – wie auch die bereits erwähnte Matte-Gruppe – ihr Konglomerat auf der Grundlage der neoliberalen Schocktherapie der Pinochet-Diktatur aus. Im Zuge der neoliberalen Privatisierungswellen fand ein enormer Transfer kollektiven Reichtums an Privatpersonen statt. Viele dieser Transaktionen erfolgten, wie beispielsweise der Verkauf des mexikanischen Telekommunikationskonzerns Telmex an den heutigen Multi-Milliardär Carlos Slim, weit unter dem Marktwert.

Bemerkenswert ist die zum Teil rasante Inkorporation von Migranten in die Geldaristokratie. Ja selbst die kolonialzeitliche Grundsteinlegung der Geldaristokratie beruht auf der Immigration von zum Teil verarmten, niederen aristokratischen Familien aus Kastilien, Navarra und dem Baskenland. In vielen Regionen Lateinamerikas entstand dann in der späten Kolonialzeit ein wahrer Handel bzw. eine gezielte Heiratspolitik, um Adelstitel zu erlangen. (Büschges 1996) Auch im 19. Jahrhundert erfolgte die Integration ausländischer, wirtschaftlich erfolgreicher Migranten in die »nationale« Elite weitgehend problemlos. In Chile gelten die französisch-, englisch-, und spanischstämmigen Familien Edwards, Cousiño, Subercaseaux, Ossa und Urmenta als integraler Bestandteil der nationalen Wirtschaftselite. (Fischer 2011: 34-35)

Diese Tendenz der Integration von Migranten in die Wirtschaftselite setzt sich im 20. Jahrhundert fort. Auch heute noch sind es unter anderem auch Migranten der ersten Generation, also gesellschaftliche Outsider, die in Lateinamerika Milliardäre wurden. Dabei hängen die Migrationsursachen oft ursächlich mit den weltkriegsbedingten Verwerfungen in Europa und im Nahen Osten zusammen. Ein Teil der Migranten floh »im Sog der Katastrophe« des 1. Weltkriegs nach Lateinamerika. (Rinke 2015) Dies gilt beispielsweise für den Vater des mexikanischen Multi-Milliardärs Carlos Slim, der im Alter von 14 Jahren nach Mexiko floh, um dem Wehrdienst im Osmanischen Reich zu entgehen. Der Vater baute in Mexiko ein Kleinunternehmen auf, beteiligte sich erfolgreich an Bodenspekulationen und heiratete in eine reiche libanesische Migrationsfamilie ein und schuf so seinem Sohn eine gute Ausgangsposition. Laut Forbes-Liste galt Carlos Slim 2007, 2010 und 2011 als der reichste Mann der Welt. Ebenso flüchtete der Großvater

der chilenischen Milliardärin Iris Fontbona, die die einflussreiche Luk-sic Gruppe kontrolliert, vor dem 1. Weltkrieg aus Kroatien nach Chile.

Gleichermaßen war der 2. Weltkrieg, und vor allem auch die unmittelbare Nachkriegszeit nach der militärischen Zerschlagung Nazi-Deutschlands, eine wichtige Periode für die heutige Zusammensetzung des obersten einen Prozents der lateinamerikanischen Geldaristokratie. Auf Grund der durch die Shoah bedingten Verwerfungen in Europa siedelte die jüdische Familie des brasilianischen Milliardärs Joseph Safra 1952 nach Brasilien über, wo Safra dann später in die Fußstapfen seines Vaters trat und ein Bankimperium aufbaute.

Aber auch Personen, die mit den faschistischen Achsenmächten kollaboriert bzw. erfolgreiche Geschäfte gemacht hatten, wanderten nach der Zerschlagung des Faschismus nach Lateinamerika aus, wo sie einen rasanten sozio-ökonomischen Aufstieg vollzogen. So wanderte der Vater des chilenischen Milliardärs Anacleto Angelini bereits 1936 als Geschäftsmann mit seinen drei Söhnen von Italien in das von dem faschistischen Italien kolonialisierte Äthiopien aus. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Äthiopien dann mit britischer Unterstützung dekolonialisiert und Haile Selassie kam an die Regierungsmacht, worauf Anacleto Angelini kurze Zeit interniert wurde und die Familie dann wieder nach Italien zurückkehrte. Anacleto Angelini blieb jedoch nicht lange in Italien und wanderte 1948 nach Chile aus.

Weiterhin ist hier der bereits erwähnte deutsch-chilenische Milliardär Horst Paulmann zu nennen, der unlängst in der Mitte Santiago de Chile mit dem Gran Torre Santiago im Costanera Center das höchste Gebäude Lateinamerikas bauen ließ – ohne gültige Baugenehmigung. Sein Vater war schon früh Mitglied der NSDAP und stieg zum Obersturmbannführer der SS auf. In Kassel war er oberster Richter und Chef des Zentralbüros der Gerichte der SS und der Polizei. 1946 ging er – wie viele Nazis – nach Argentinien, wohin ihm seine Frau mit sieben Söhnen folgt. Von dort aus zog ein Teil der Familie, darunter Horst Paulmann, nach Chile weiter.

Allerdings bedeutet nun ein Migrationshintergrund keinesfalls, dass kein Kapital vorhanden wäre. Ganz im Gegenteil brachte ein Teil der Migranten, die sich selbst oder deren Nachkommen sich in den

oberen zehn Prozent wiederfinden, einen bemerkenswerten Kapitalstock mit. Dabei handelte es sich nicht nur um ökonomisches Kapital, sondern – ganz im Sinne Pierre Bourdieus auch um kulturelles und symbolisches Kapital. Bemerkenswert ist, dass ein Teil der heutigen Millionäre bereits in ihrer Herkunftsregion auf einschlägige Karrieren im Finanz- und Handelssektor verweisen können. Der brasilianische Milliardär Joseph Safra, der als einer der reichsten Privatbankiers der Welt gilt, wuchs als jüngstes von neun Kindern in Syrien in einer Familie orientalischer Juden auf, die schon seit dem 19. Jahrhundert in Handel-, Bank-, und Finanzgeschäfte involviert war.

Auch der chilenische Vorzeige-Milliardär Anacleto Angelini nutzte das in Europa akkumulierte Kapital, um noch im Jahr seiner Ankunft in Chile gemeinsam mit anderen Immigranten eine Farbenfabrik zu gründen; es folgte die Gründung des Bauunternehmens. Dann profitierte Angelini vor allem von der Privatisierungswelle unter der Pinochet-Diktatur und wurde mit seinem Konglomerat einer der reichsten Menschen Chiles. (El Mercurio: 2007)

Generell kann trotzdem in den verschiedenen Regionen Lateinamerikas von einer hohen intergenerationalen Konstanz in der Zusammensetzung der Geldaristokratie ausgegangen werden. Gleichzeitig hat es aber immer wieder spiralförmige Prozesse der Integration neuer Segmente in die Geldaristokratie gegeben. Diese Integration beruht auf extremen Reichtum, sodass gerade unter den obersten 1 Prozent der Milliardäre der Neuaufstieg besonders sichtbar ist.

Allein diese kursorische Zusammenstellung von Milliardärsprofilen macht deutlich, dass sich die Akkumulation von extremem Reichtum in Lateinamerika von globalen – und besonders US-amerikanischen – Trends abhebt. Weltweit stehen vor allem die Unternehmer aus dem IT-Bereich in den Milliardär-Rankings ganz oben. Zu nennen sind Bill Gates (Microsoft), Mark Zuckerberg (Facebook), Travis Kalanick (Uber) oder Brian Chesky (Airbnb). Parallel dazu konnten vor allem Finanzspekulationen den extremen Reichtum befördern, man denke an den US-amerikanischen Investor George Soros.

In Lateinamerika dagegen machte der größte Anteil der Milliardäre seinen extremen Reichtum auf der Grundlage von Industrie- und

Handelskonglomeraten. (Wealth-X 2013: 26) Dabei ist gerade auch die Kontrolle über Naturressourcen – Agroexport und Bergbau – von hoher Relevanz. Dieser Aspekt beruht historisch sicherlich auch auf kolonialen Landnahmen und der Etablierung extraktivistischer Modelle. Insofern ist durchaus eine »Aristokratisierung der Bourgeoisie« (Wallerstein 1988) zu beobachten. Ökonomisch beruht sie auf der zunehmenden Bedeutung feudaler Rentier-Aktivitäten, während kapitalistisches Unternehmertum an Bedeutung verliert. Politisch-kulturell drückt sie sich in aristokratischen Lebens- und Konsumstilen aus. Beide Dimensionen der Refeudalisierung werden im separaten Kapiteln in diesem Buch ausgearbeitet. Nun soll aber zunächst noch ein konzeptioneller Blick auf die Refeudalisierung der Sozialstruktur geworfen werden.

2.3 Von der Klasse zum Stand

Die mit der sozialen Polarisierung verbundene Veränderung der Sozialstruktur, die in ihrer quantitativen und zum Teil auch qualitativen Ausformung der feudalen Ständegesellschaft gleicht, stellt auch die soziologische Begriffsbildung vor neue Herausforderungen. Mit der Herausbildung einer Geldaristokratie an der Spitze der sozialen Pyramide findet die Tendenz zur Refeudalisierung sicherlich ihren explizitesten Ausdruck. Wie zuvor argumentiert, hat es in Lateinamerika bereits einen in der späten Kolonialzeit begründeten Aufstieg nicht adeliger und ab dem 19. Jahrhundert auch bürgerlicher Segmente in die obersten 10 Prozent gegeben. Zum Teil kann in Bezug auf die Ausbildung von Lebensstilen und Wirtschaftsformen dann von einer »Aristokratisierung der Bourgeoisie« gesprochen werden. Diese Tendenz drückt sich auch in dem Konzept von Geldadel aus, das auf den im 19. Jahrhundert erfolgenden Aufstieg neureicher Industrieller in den Hochadel verweist.

Die kulturell-identitären Aspekte der ständischen Refeudalisierung der Gesellschaft werden in einem separaten Kapitel aufgearbeitet. An dieser Stelle soll ein vertiefender Blick auf die sozialen Prozesse feudaler Verfestigung geworfen werden. Im Zentrum der Diskussion über die Persistenz der Geldaristokratie steht die Frage der Vererbung

von Reichtum. In den letzten drei Dekaden hat es weltweit eine in Geschwindigkeit und Umfang bislang unbekannte Akkumulation von Reichtum in den Händen von Wenigen gegeben. Damit steht in den nächsten Jahren ein Generationswechsel an, der mit einem immensen Transfer von Reichtum einhergeht. So schreibt UBS »Wir schätzen, dass weniger als 500 Menschen in den nächsten 20 Jahren USD 2,1 Mrd. an ihre Erben übergeben werden. Das entspricht dem BIP Indiens.« (UBS 2016: 7)

Während in der weltweiten Reichtumsforschung eher die jüngere Akkumulation von Reichtum im Vordergrund steht, so haben wir es in Lateinamerika großteils bereits mit über Generationen vererbtem Reichtum zu tun. Diese dynastische Akkumulation von Reichtum geht zum Teil auf den Prozess der kolonialen Landnahme und vor allem auf die nachfolgenden Konjunkturen der Kolonialisierung zurück. Diese historische Kontinuität der Geldaristokratie drückt sich auch in der Genealogie der gegenwärtigen Milliardäre aus. Im weltweiten Durchschnitt haben 2014 20 Prozent der Milliardäre ihren Reichtum ererbt und 32 Prozent ihren Reichtum teilweise ererbt. Damit haben weltweit mehr als die Hälfte der Milliardäre ihren Reichtum aufgrund der Akkumulation vorangehender Generationen erworben. In Lateinamerika aber ist dieser Anteil mit 72 Prozent genau 20 Prozent höher als im weltweiten Durchschnitt.³ Eine Besonderheit der lateinamerikanischen Milliardäre ist somit die hohe Bedeutung des geerbten Vermögens und die daraus folgende Kontinuität von aristokratischen Dynastien. Entsprechend sind die unternehmerischen Anlagen in Lateinamerika geringer ausgeprägt als in anderen Weltregionen, während stattdessen gerade durch Vererbung Ansätze zur ständischen Verfestigung sozialer Klassen stärker ausgeprägt sind. So urteilt Wealth-X bereits 2013: »Von allen Weltregionen hat Lateinamerika hat den niedrigsten Prozentsatz an selbstgemachten Milliardären.« (65) Dies ist ein deutliches Indiz,

3 Nur in Deutschland, dem Land mit den meisten Milliardären in Europa (148 in 2013), ist eine ähnliche Quote zu finden. Hier beruht der Reichtum von 46 % der Milliardäre auf ererbtem Vermögen; und nur 33 % der deutschen Super-Reichen haben ihr Vermögen selbst aufgebaut. (Wealth-X 2013)

welches die Wallersteinsche These der Aristokratisierung der Bourgeoisie belegt.

Sozialwissenschaftliche Studien in ausgewählten Ländern Lateinamerikas in den 2000ern haben entsprechend auf die hohe intergenerationale Persistenz in den obersten Reichtumsquintelen verwiesen. In Brasilien bleiben 43 % der Reichen reich, in Chile 47 %, in Mexiko 58 %. (Torche 2014) In den USA und den Ländern Zentraleuropas liegen diese Werte zwischen 30 und 36 %.

Die hier geschilderten Dynamiken verweisen auf einen historischen Prozess der ständischen Verfestigung, der sich in der jüngsten Phase kapitalistischer Globalisierung zugespitzt hat. Hatte Max Weber soziale Klassenlagen noch dadurch definiert, dass hier ein Wechsel der Klassenlage in der Generationenfolge leicht möglich, ja sogar »typisch« ist, (2006: 300) so ist dies in Hinblick auf die globale Geldaristokratie und deren lateinamerikanische Fraktion kaum mehr der Fall. Das modernisierungstheoretische Versprechen, auf dem Boden einer marktorientierten Wirtschaft sozialen Aufstieg erreichen zu können, hat sich nicht erfüllt. Stattdessen ist – entgegen der marktradikalen Ideologie, die von Neoliberalen in ganz Lateinamerika vertreten wurde – eben keine marktorientierte, offene Gesellschaft entstanden, sondern eine refeudalisierte Gesellschaft mit monopolistischen Appropriationen, die die Geldaristokratie stärkten. Mit Wallersteins neo-marxistischen Ansatz wurde hier zunächst auf die Aristokratisierung der Bourgeoisie hingewiesen, die vom Kapitalisten zum Rentier wurden. Für Weber wäre dieses Kriterium der Reifeudalisierung noch mit einer in sozialen Klassen organisierten Gesellschaft zu vereinbaren. Könnte der Geldadel doch so als privilegierte Besitzklasse begriffen werden. (2006: 301) Zentral für Weber ist jedoch der Aspekt der intergenerationalen Verfestigung und der Herausbildung distinktiver Lebensstile. Für den Stand der Geldaristokratie ist besonders die »geburtsständische Entwicklung« als erbliche Appropriation von Privilegien relevant. (2006: 304) Dabei reichen diese ererbten Privilegien über die reine Vererbung von Reichtum und ökonomischen Monopolstrukturen hinaus. Sie betreffen gerade auch – wie später ausgearbeitet wird – Privilegien im politischen Feld sowie die Ausbildung spezifischer neo-feudaler Lebensstile, was sich vor al-

lem in Konsumgewohnheiten und den Praktiken der Rauman eignung ausdrückt.

Nach diesem Blick auf die ständische Segmentierung im obersten Zehntel der lateinamerikanischen Gesellschaften, sollen nun die unteren Segmente der Sozialstruktur im Zentrum der Analyse stehen. Analog zur Metapher der Geldaristokratie, die das oberste ein bis zehn Prozent umfasst, stellt sich hier die Frage, ob von einem neuen »Dritten Stand« gesprochen werden kann. Eingangs, in der Darstellung der Entwicklung sozio-struktureller Dynamiken in Lateinamerika, wurde bereits für die 1990er Jahre eine Pulverisierung der Mittelschicht und der formal-beschäftigten Arbeiterklasse konstatiert. Mit der Privatisierung von Staatsbetrieben, wirtschaftlicher Deregulierung, De-Industrialisierungsprozessen, neuen Management- und Betriebsführungsmodellen (Outsourcing) gingen formale Beschäftigungsverhältnisse im Bereich der Industriearbeit ebenso zu Ende wie die dazugehörigen gewerkschaftlichen Organisationsprozesse. Damit verschwanden auch die spezifischen Milieus, die das Entstehen von Klassenbewusstsein aus der Alltagserfahrung heraus ermöglichten. Zudem haben die Militärdiktaturen und autoritären Regime die Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften oft gewaltsam zerschlagen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion rief zudem ein ideologisches Vakuum hervor.

Mit den neuen prekären Beschäftigungsverhältnissen im Neoliberalismus verschwammen die Grenzen zwischen formellem und informellem Sektor, zu nennen sind dabei unter anderem Formen der Heimarbeit, Outsourcing und die Etablierung von »Ein-Mann-Unternehmen«, Mehrfachbeschäftigung und Senken der Reallöhne. In Bezug auf die Beziehungen zwischen Klasse und Gender ist eine Feminisierung von Arbeit festzustellen. Vor allem im formellen Proletariat (Industriearbeiter) und Kleinbürgertum erhöhte sich der Anteil von weiblicher Beschäftigung, während der Anteil von Männern im informellen Sektor anstieg. In diesem Sinne ist auf die Bedeutung von Frauenarbeit in der *Maquila*, einfache Montagebetriebe, ebenso hinzuweisen, wie auf deren Bedeutung in der Agrarexportwirtschaft (Schnittblumen, Gemüse, Obst). Entsprechend wurde diese

Annäherung nicht durch eine Verbesserung der Stellung der Frauen verursacht, sondern eher dadurch, dass Männer die »Klassenleiter« herunterfielen. (Kaltmeier 2013) Eine der größten sozialstrukturellen Veränderungen neoliberaler Reformen bis Ende der 1990er war das Auseinanderklaffen der sozialen Schere und die damit einhergehende Krise der Mittelklassen, die sich in Verarmungstendenzen und einer »neuen Armut« ausdrückte. Strukturell ist diese Polarisierung der Sozialstruktur verbunden mit der Schuldenkrise der 1980er Jahre, den nachfolgenden Strukturanpassungsprogrammen, der Reduktion des öffentlichen Sektors und den Arbeitsmarktreformen der 1990er. Die Fraktionen der Mittelklasse, die mit dem Export-Import-Modell, dem Finanzdienstleistungs- und Versicherungswesen sowie dem Immobiliensektor verbunden sind konnten zumeist aufsteigen, während das Gros von ehemaligen Staatsbediensteten, Klein- und Mittelständischen Unternehmen einen Statusverlust hinnehmen mussten oder in die Unterschicht abstiegen. (Portes und Hoffman 2003) Die »neuen Armen« stellen insofern eine »hybride Schicht« dar, da sie kulturell und sozial eine Nähe zu den mittleren und oberen Sektoren aufweisen, sich aber in Hinblick auf Einkommen, Beschäftigungsverhältnisse und soziale Sicherung von diesen unterscheiden und den »strukturell Armen« annähern. Am paradigmatischsten drückten sich diese Prozesse wohl in dem sozialen Absturz der Mittelklassen im Rahmen der Argentinien-Krise zwischen 1998 und 2002 aus. (Svampa 2008) Erst mit der »pink tide« wurden diese Segmente wieder auf Grund der guten ökonomischen Konjunktur und der von den Linksregierungen eingeführten Sozialprogramme in die untere Mittelschicht gespült.

Auch der bäuerliche Sektor ist von Polarisierungsprozessen besonders betroffen. Auf Grund der zunehmenden Landkonzentration stehen Kleinbauern unter massivem Druck ihre Ländereien, auch aufgrund der Anwendung von Gewalt, zu verlassen. Zudem erweist sich die kleinbäuerliche Landwirtschaft vielerorts als nicht mehr rentabel. In einer kürzlich durchgeführten Studie hat Murray (2006) für den Fall des »Kleinen Nordens« in Chile argumentiert, dass es hier nicht angemessen ist, von Neo-Feudalismus zu sprechen. Vielmehr führt der Landverlust von Kleinbauern zu einem Prozess der Entbäuerlichung des länd-

lichen Raums und zu einer Proletarisierung der Bauern. Und hier ist Murray durchaus Recht zu geben, dass dieser Prozess nicht in einem klassischen neo-feudalen Sinne als Refeudalisierung verstanden werden kann, da die Arbeitskraft nach dem »Bauernlegen« nicht über Formen der Leibknechtschaft an einen Großgrundbesitzer gebunden wird.

Wenn allerdings ein Blick auf die Polarisierung der Sozialstruktur geworfen wird, ist dennoch von Tendenzen der Refeudalisierung zu sprechen. Denn auch hier finden sich – gerade in den unteren Segmenten der Sozialpyramide – deutliche Tendenzen der ständischen Verfestigung. Armut vererbt sich. Und im Sinne der intersektionalen Multiplikation von Chancenungleichheit, ist das Armutsrisiko besonders für Angehörige indigener Völker überaus hoch. Zur Jahrtausendwende galt circa zweidrittel der indigenen Bevölkerung Lateinamerikas als arm. (Kaltmeier 2009) Paradoxerweise kam es auch in der Konjunktur der Anerkennung indigener Rechte ab Mitte der 1990er zu keiner signifikanten Armutsreduktion. In Ecuador, einem Vorreiter indigener Rechte, sank zwischen 1998 und 2006 die allgemeine Armutsrate von 44,6 auf 38,2 Prozent – allerdings stieg im gleichen Zeitraum die indigene relative Armut dramatisch von 45,8 auf 69,5 Prozent an, während die Rate der absoluten Armut unter der indigenen Bevölkerung gar von 17,6 auf 43,1 Prozent in die Höhe schnellte. (Jijón 2013: 55). Im Zuge einer proaktiveren Armutsbekämpfung der Linksregierungen sind allerdings auch Erfolge zu verbuchen. So ist in Chile zwar das Armutsrisiko für Indigene höher als für nicht-indigene Chilenen, aber die Armutsraten indigener Bevölkerung konnten von 2009 auf 2013 um 10 Prozent gesenkt werden. (UNDP 2016: 25-32)

Wenn Individuen aus den unteren Gesellschaftssegmenten sozial aufsteigen, wie beispielsweise aufgrund von proaktiven Politiken oder günstigen ökonomischen Konjunkturen, sind sie gleichwohl höchst vulnerabel für den sozialen Abstieg. Insofern kann in Lateinamerika in der Phase der wirtschaftlich boomenden Linksregierungen ein »Fahrstuhl-effekt« konstatiert werden. Alle sozialen Segmente sind gleichermaßen aufgestiegen, ohne dass es eine signifikante Umverteilung zwischen den Segmenten gegeben hätte. Armut hat sich verringert, und die Geldaristokratie konnte ihren Reichtum mehren. Im Zuge der nunmehr ge-

ringeren Gewinnmargen auf dem Weltmarkt aufgrund des Preisverfalls von Rohstoffen, kommt es nun nach dem »Fahrstuhleffekt« nach oben nicht zu einem Fahrstuhleffekt nach unten. Vielmehr zeichnet sich ein Bungee-Effekt ab: Die Geldaristokratie bleibt ohne nennenswerte Verluste an der Spitze, während Mittel- und untere Mittelklasse-Segmente wieder sozio-ökonomisch abstürzen. Dies drückt sich in einer polarisierten Sozialstruktur aus, bei der ein bis zehn Prozent an der Spitze einer Pyramide stehen, deren Grundlage die restlichen 90 bis 99 Prozent der Bevölkerung bilden.

Hier stellt sich erneut die Frage nach dem »Dritten Stand«. Allerdings ist hier auch soziologische Vorsicht geboten. So bilden die unteren Klassen im Weberschen Sinne keinen eigenen Stand aus, da sie kaum als Verband aktiv werden. Vielmehr gleichen die großen Bevölkerungssegmente, die nicht der Geldaristokratie oder der schrumpfenden Mittelschicht zugesprochen werden können, in ihrer sozial amorphen Form dem westeuropäischen »Dritten Stand« am Vorabend der französischen Revolution. Dennoch lassen sich in diesem sozialen Segment auch benennbare Tendenzen der Refeudalisierung ausmachen. Es scheint, dass die Kontrolle und Ausbeutung von einfacher, ungelernter Arbeitskraft in der gegenwärtigen, post-industriellen Phase des Kapitalismus von nachgeordneter Bedeutung ist. In der industriellen Revolution und im nachfolgenden Industriezeitalter gab es einen hohen Bedarf an Arbeitskraft. Selbst die nicht direkt eingebundene Arbeitskraft blieb als »industrielle Reservearmee« im Horizont des Produktionsprozesses der formalen Wirtschaftsläufe. Dies ist nun so nicht mehr der Fall. Stattdessen sind ganze Bevölkerungssegmente vollständig aus dem formalen und dem ökonomisch relevanten informellen Wirtschaftskreisläufen ausgeschlossen. Der Soziologe Zygmunt Bauman spricht in diesem Kontext – ganz ohne Euphemismen – von der gesellschaftlichen Produktion von »menschlichem Abfall« beziehungsweise »überflüssig gemachten Menschen«. (2005) Menschen, die im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung überflüssig gemacht wurden, gab es bereits in den Industrialisierungsprozessen des 19. Jahrhunderts. Doch hier gab es noch freie »Abladeplätze für den menschlichen Abfall der Modernisierung« (Bauman 2005: 13) Die Kolonialisierung wirkte

als Abflussventil, was sich besonders am Beispiel Australiens, einer ehemaligen britischen Strafkolonie, zeigte. Aber auch Lateinamerika wurde ein bevorzugter Abladeplatz für die Bevölkerungssegmente, die in Westeuropa überflüssig gemacht worden waren. Allein zwischen 1850 und 1950 sind circa 11 Millionen Europäer nach Lateinamerika – vornehmlich nach Südbrasilien, Nordargentinien und Südchile – ausgewandert. Doch Ende des 19. Jahrhunderts ist dieser Prozess der Kolonialisierung zu einem Ende gekommen. Für die Überflüssigen gibt es keinen neuen gesellschaftlich anerkannten Ort.

Einer der wirkmächtigsten Schlachtrufe der bürgerlichen Revolutionen war der der Gleichheit aller Menschen. Diese Idee findet ihren markantesten Ausdruck in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948. Im ersten Paragraphen heißt es: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.« Dieses bürgerliche Verständnis der Gleichheit der Rechte und Würde wird in den gegenwärtigen Prozessen der Refeudalisierung massiv untergraben. Statt von prinzipieller Gleichheit, wird zunehmend eine Hierarchie des Menschlichen produziert. In diesem Sinne beobachtet die Philosophin Judith Butler: »Bestimmte Menschenleben werden in hohem Maße vor Verletzung geschützt, und die Nichtachtung ihrer Ansprüche auf Unversehrtheit reicht aus, um Kriegsgewalten zu entfesseln. Andere Menschenleben werden nicht so schnell und entschlossen Unterstützung finden und werden nicht einmal als ›betrauenswert‹ gelten.« (Butler 2005: 49)

Diese gesellschaftliche Produktion von nicht betrauenswertem Leben zeigt sich vielerorts in den Amerikas. Der US-amerikanische Präsident Trump hatte mexikanische Einwanderer schon im Wahlkampf als »Vergewaltiger« und »Verbrecher« denunziert, während er Anfang 2018 die ärmeren Länder Afrikas und einige amerikanische Länder, wie Haiti, aus denen Migranten in die USA kommen, als »shithole-countries« bezeichnet hatte. Doch bleibt die Hierarchisierung von Gesellschaften und Menschen nicht nur rhetorischer Art. Zu nennen ist die strafrechtlich kaum verfolgte Ermordung von Migranten – und vor allem auch Migrantinnen (Stichwort: *feminicidio*) – in den US-amerikanisch-mexi-

kanischen Borderlands, aber auch die Morde im Zusammenhang mit dem Drogenhandel in Mexiko und Kolumbien, oder die Vertreibung und Misshandlung von Kleinbauern und Indigenen in Brasilien, Peru, Kolumbien und Mexiko.

Das zentrale Konzept, das dieses Buch orientiert, ist das der Refeudalisierung. Bewusst wurde hier eine anti-evolutionäre Dimension der Rück- oder Wiederkehr vergangener historischer Elemente gewählt. Mit dem Präfix »Re« wird allerdings darauf hingewiesen, dass sich diese Wiederkehr in einer anderen historischen Situation und einem unterschiedlichen sozialen Kontext vollzieht. In Hinblick auf die Sozialstruktur ist in diesem Zusammenhang vor allem die historische Präsenz der bürgerlichen Mittelklasse oder Mittelschicht zu nennen, einer sozialen Gruppe, die auf Klassenlagen basiert und die es so in der historischen Periode des europäischen Feudalismus nicht gegeben hat. Im Zuge der industriellen Revolution und der bürgerlichen Revolutionen im »Age of Revolution« verloren die standesmäßigen Kriterien von Ehre, Ethik, sowie Selbstdefinition und -distinktion des Adels an Bedeutung und wichen stattdessen bürgerlichen Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Zwillingsbruder dieses bürgerlichen Citoyens war aber auch der kapitalistisch und nutzenorientierte Bourgeois, der auf der Grundlage einer meritokratischen Ethik operiert. Zur analytischen Durchdringung der soziostrukturellen Dynamiken kapitalistischer Gesellschaften setzten sich somit marxistisch und nicht-marxistisch orientierte Klassenmodelle durch. Wie der französische Ökonom Thomas Piketty herausarbeitet, war für die Stabilität der Gesellschaftsformationen jenseits der klassenkämpferischen Zuspitzung auf Bourgeoisie und Proletariat vor allem die Ausbildung einer Mittelschicht als sozialer Puffer von höchster Relevanz. Diese amorphe »Zwischenschicht« verkörperte wie keine andere soziale Klasse die Aspiration und das meritokratische Versprechen auf sozialen Aufstieg. In der Hochphase des Fordismus diagnostizierte der Soziologe Helmut Schelsky gar im Nachkriegsdeutschland der »Wirtschaftswunderzeit« eine »nivellierende Mittelstandsgesellschaft«. Mit dieser Ausrichtung auf die Mittelschicht war – zumindest ideologisch – eine Durchlässigkeit der Klassengrenzen gegeben. Diese Ideologie

der Durchlässigkeit findet ihren vielleicht exponiertesten Ausdruck in dem US-amerikanischen Diktum von »rag to riches«, oder auf Deutsch: vom Tellerwäscher zum Millionär.

Die eingangs aufgeführte extreme Polarisierung der Sozialstruktur widerlegt nun empirisch die in der Mitte des 20. Jahrhunderts proklamierten Ansätze zur Ausweitung der Mittelschicht. Stattdessen gleicht die an der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums ausgerichtete Sozialstruktur gegenwärtiger Gesellschaften jener der feudalen Gesellschaften Europas. Während auf der Ebene des gesellschaftlichen Bewusstseins noch eine – gerade auch emotional verankerte – Ausrichtung auf die Mittelschicht festzustellen ist, hat die extreme Konzentration von Reichtum in den obersten zehn Prozent das Konzept der Mittelschicht nahezu ad absurdum geführt.

Im weltweiten Vergleich wird die Zugehörigkeit zu einem Mittelklassenhaushalt an einem Gesamteinkommen von 6.000 bis 30.000 US-Dollar jährlich festgemacht. Hier ist – wohlgemerkt – nicht eine Einzelperson, sondern ein Haushalt bestehend aus durchschnittlich mindestens 4 Personen gemeint. Ähnlich definiert die Weltbank in einem jüngsten Policy Research Working Paper die Mittelklasse in Lateinamerika. Hier genügt ein tägliches Einkommen von 10 bis 50 Dollar, das heißt zwischen 3.650 und 18.250 US-Dollar jährlich um Angehöriger der Mittelklasse zu sein. (Bussolo, Maliszewska und Murard 2014) Auf der Grundlage diese Minimaldefinition von Mittelklasse, die in Westeuropa zum Teil unter der Grenze des Existenzminimums liegen würde, ist es kaum verwunderlich zu konstatieren: »The Long-Awaited Rise of the Middle Class in Latin America is Finally Happening«. Doch angesichts der globalen Tendenzen der Ungleichverteilung von Reichtum kann diese Arbeit vor allem als ideologisches Konstrukt verstanden werden.

Dazu eine einfache, polemische Rechenüberlegung. 2015 lag das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf für alle Länder der Welt bei 15.800 US-Dollar. Wenn wir dieses durchschnittliche Jahreseinkommen (in dem das Einkommen der Milliardäre ja enthalten ist), nun zu dem durchschnittlichen Reichtum der Milliardäre in Beziehung setzen, können wir erschließen, wie lange ein globaler Durchschnittsverdiener braucht, um ein durchschnittlicher Milliardär zu werden.

Der durchschnittliche Milliardär verfügt über einen Reichtum von 3,1 Milliarden US-Dollar. Um auf dieses Vermögen zu kommen, müsste ein durchschnittlicher Angehöriger der Mittelklasse 200.000 Jahre sein gesamtes Familieneinkommen ansparen. Selbstverständlich ohne davon auch nur einen Cent zu konsumieren.

Jenseits dieser sozialen Quantifizierungen ist die Frage der Gruppenidentität – die Frage, ob sich aus der Klasse an sich, d.h. der Klasse auf dem Papier, auch eine Klasse für sich, ein sozialer Akteur herausbilden kann – zentral. Mit Blick auf die Sozialstruktur mag die Vorstellung von einem Dritten Stand, der die übergroße Mehrheit der Gesellschaft umfasst, zutreffend sein. Zumal sich ein deutliches erkennbares oberstes Segment der Geldaristokratie abgesetzt hat. Aber – wie auch in der europäischen Feudalgesellschaft – setzten sich die 99 Prozent aus sozial und kulturell höchst verschiedenen Gruppen zusammen, so dass ein politisch wirkmächtiger Zusammenschluss derzeit schwer vorstellbar zu sein scheint. Antonio Negri und Michael Hardt haben mit dem Konzept der Multitude einen Vorschlag gemacht, wie sich aus multiplen Singularitäten ein gemeinsam handelndes Netzwerk herausbilden könnte. (2004: 123) Bevor jedoch die politische Dimension der Refeudalisierung näher erörtert wird, sollen zunächst die ökonomischen Grundlagen der gegenwärtigen Tendenzen der Refeudalisierung beleuchtet werden.

3. Die Refeudalisierung der Ökonomie

Die aktuelle Debatte um Refeudalisierung konzentriert sich vor allem auf den sogenannten Turbo-Kapitalismus auf den Finanzmärkten zur Jahrtausendwende. Die Steigerung des Shareholder-Values hat sich vor allem seit den 1990er Jahren als Maxime in den Konzernzentralen durchgesetzt, was zur Zerschlagung und Reorganisation von Unternehmen, zu neuen Konzentrationsprozessen, zu Massenentlassungen und Einschnitten in den sozialpartnerschaftlichen Netzen führte. Deregulierungen und Steuersenkungen für Unternehmen wurden im Zuge neoliberaler Anpassungen oder gar von Schock-Programmen durchgeführt, sodass die Unternehmensgewinne und der Reichtum der Investoren anschwellen wie kaum zuvor in der Geschichte des globalen Kapitalismus. Gerade der Bereich der Informationstechnologie boomte, sodass viele IT-Unternehmer gerade aus dem Silicon-Valley den Sprung auf die Forbes-Liste der Milliardäre schafften. Für die Refeudalisierungsthese ebenso relevant ist aber eine kosmokratische Gruppe, die eng mit dem finanzmarkgetriebenen Kapitalismus verbunden ist. Neckel argumentiert, dass sich hier eine neue Dienstklasse herausgebildet hat, die aus gut bezahlten Fonds-Managern, Investmentbankern, Brokern und Analysten besteht. Diese spekulieren mit fremdem Eigentum auf den internationalen Finanzmärkten und erzielen daraus Renten. Mit diesem Schwerpunkt auf Renten ähnelt der Finanzmarktkapitalismus – so Neckel – der feudalen wirtschaftlichen Formation des vorrevolutionären 18. Jahrhunderts. »Denn wie die Rente des Grundbesitzers auf dem angeeigneten Teil des ländlichen Nettoprodukts beruht, ohne dass dafür eigene Anstrengungen not-

wendig sind, so führt die heutige Finanzialisierung des Kapitalismus dazu, dass Kapitalakkumulation sich ohne Investitionen vollzieht und Besitztitel Erträge garantieren, ohne dass damit ein unternehmerisches Risiko verbunden gewesen wäre. Darin ähneln die »Eigentümer ohne Risiko« viel stärker feudalen Landlords als dem bürgerlichen Unternehmer.« (Neckel 2013: 51)

Trotz der globalen Dynamiken des post-fordistischen finanzmarktgetriebenen Regimes, gibt es regionale Unterschiede. Während in den USA und Kanada über 70 Prozent des gesellschaftlichen Reichtums auf Geldwerten und 30 Prozent auf nicht-finanziellem Vermögen beruht, so kehrt sich dieses Verhältnis in Lateinamerika um (28,7 zu 71,3 Prozent). (Credit Suisse Research Institute 2016: 146) Nach Indien ist Lateinamerika damit die Region, in der nicht-finanzielle Vermögenswerte – darunter gerade auch Land und Immobilien – den höchsten Anteil am Gesamtvermögen von Privatpersonen darstellen. Während also in den USA von einer auf Geldgeschäften (v.a. Spekulationen) beruhenden Refeudalisierung gesprochen werden kann, ist Lateinamerika eher durch Besitz geprägt. In diesem Sinne nimmt die Refeudalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse in Lateinamerika eine andere Form an, als in Westeuropa und den USA. Dies entspricht einer Tendenz der »Aristokratisierung der Bourgeoisie«, die Immanuel Wallerstein (1988) bereits in Westeuropa des 16. bis 18. Jahrhunderts ausgemacht hat. Wallerstein argumentiert, dass der Bourgeois, bei zunehmendem ökonomischen Erfolg versucht, sich gegen die Risiken auf den Märkten und fallende Profitraten abzusichern. Die Bindung von Kapital in Grund und Boden stellt sich dann als kapitalsichernde Alternative dar. Dabei aber vollzieht sich allerdings auch eine Transformation vom Profit hin zur Rente. Der Kapitalist wird zum Aristokraten.

3.1 Grundherrschaft und Extraktivismus

Umgangssprachlich wird Geld in Lateinamerika vielfach mit Metaphern aus dem semantischen Feld von Naturressourcen benannt. Wohl auf Grund des Silberreichtums in der Kolonialzeit ist *plata* (Silber) einer der

gängigsten Ausdrücke in ganz Lateinamerika, aber auch andere Rohstoffe – vor allem Exportprodukte – wie *lana* (Wolle) in Mexiko und Panama, *mango* (Mango) in Argentinien, oder Kartoffel (*papa*) in Nicaragua und El Salvador oder *cañas* (Zuckerrohr) in Kuba werden vielfach benutzt, um Geld zu bezeichnen. Das gibt einen Hinweis auf eine besondere Tendenz in Lateinamerika, die auf der peripheren Stellung im Weltsystem beruht: die Bedeutung von Naturressourcen und Landbesitz. Generell lässt sich argumentieren, dass es in Lateinamerika eine feudal-koloniale Kontinuität gibt, die – mit Ausnahme von Kuba – nicht durch die Agrarreform der sechziger und siebziger Jahre tangiert wurde. Laut den Daten der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) aus dem Jahr 2017 weist die Region die am stärksten ungleiche Landverteilung auf der ganzen Erde auf: Der Gini-Koeffizient – der die Ungleichheit misst – für die Landverteilung in der gesamten Region beträgt 0,79. In Europa liegt er dagegen bei 0,57, in Afrika bei 0,56 und in Asien bei 0,55. In Südamerika, d.h. Lateinamerika abzüglich von Zentralamerika und der Karibik, liegt die Ungleichheit mit einem Gini-Koeffizienten von 0,85 sogar noch weit über dem ohnehin schon hohen regionalen Durchschnitt. Entsprechend liegt der Koeffizient für Zentralamerika bei immerhin noch hohen 0,75 etwas unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Aus einem kürzlich veröffentlichten OXFAM-Bericht geht hervor, dass ein Prozent der Produktionseinheiten in Lateinamerika mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf sich konzentriert. (FAO 2017)

Diese immense Konzentration von landwirtschaftlich nutzbarer Fläche ist eine besondere Facette der Refeudalisierung in Lateinamerika. Zwar ist die Landkonzentration auf Grund von Kolonialität und ihrer beständigen Erneuerung in unterschiedlichen Konjunkturen der Kolonialisierung durchaus historisch bedingt, doch lassen sich gerade auch in den letzten Jahren deutliche Tendenzen von Land-Grabbing und der weiteren Konzentration von Land ausmachen. Diese Tendenz der Kontrolle von Land entspricht deutlich den Grundzügen der feudalen Produktionsweise, die materiell auf der Ausbeutung von Naturressourcen und vor allem auf Agrarwirtschaft beruht. Zwar hat der Agrarsektor in Lateinamerika nur einen Anteil von knapp über

5 Prozent am Bruttosozialprodukt, doch ist dieser Sektor nicht zu unterschätzen.

Dabei ist der Agrarsektor nun keinesfalls als traditioneller Bereich, der keinerlei Änderungen unterliegt, zu begreifen. Vielmehr zeigt sich gerade auch hier eine erstaunliche Entwicklung der Produktivkräfte. Marx war in seinem vom Fortschrittsgedanken durchzogenen historischen Materialismus noch davon ausgegangen, dass die Produktivkräfte des Merkantilismus und der beginnenden industriellen Revolution die engen Ketten der feudalen Produktionsweise sprengen würden. Nun zeigt sich aktuell aber gerade im Agrarbereich eine immense Entwicklung der Produktivkräfte. Während die sogenannte »Grüne Revolution« in den 1970er Jahren noch allein auf der Entwicklung von Agrochemikalien und verbessertem Saatgut beruhte, so ist diese nun verbunden mit der biotechnologischen Revolution. An erster Stelle ist hier die nahezu flächendeckende Verwendung von gentechnisch verändertem Saatgut zu nennen, das auf die Pakete bestimmter Agrochemikalien eingestellt ist.¹ Damit sind extraktivistische Tätigkeiten, wie Bergbau und (Export-)Landwirtschaft, die auf die Metropolen des Weltmarkts ausgerichtet sind, weiterhin Kernelemente der Wirtschaft in Lateinamerika. Hier tritt einer Erneuerung der kolonialen Prägung der Wirtschaftsstruktur in Lateinamerika zu Tage, von der auch die Linksregierungen der 2000er nicht verschont blieben.

In Lateinamerika war es in den 2000ern so verlockend den Entwicklungspfad des Extraktivismus einzuschlagen, dass auch die Linksregierungen diesem Weg der einfachen Ausbeutung von Naturressourcen ohne industrielle Veredelung folgten. Im Zusammenhang mit der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der links-orientierten Regierungen kam vor allem im Umfeld von Umweltbewegungen und

1 An dieser Stelle soll die Diskussion um Gentechnik in der Agrarindustrie nicht vertieft werden. Allerdings möchte ich kurz auf die Gegenargumente eingehen. In ökologischer Hinsicht wird kritisiert, dass die Folgen durch Auskreuzung und Durchwuchs nicht absehbar sind, und die biologische Artenvielfalt durch die Kombination von Gentechnik und Agrochemikalien bedroht ist. Die Rechtslage für mögliche Folgeschäden ist unklar. Zudem entstehen für die Bauern neue Abhängigkeitsverhältnisse und erhebliche Mehrkosten.

postkolonialen Intellektuellen eine kritische Debatte in Hinblick auf den Neo-Extraktivismus auf. Eduardo Gudynas definiert dies wie folgt »Unter diesem neuen Extraktivismus wird ein auf der Aneignung der Natur beruhender Entwicklungsstil beibehalten, der einen kaum diversifizierten produktiven Rahmen schafft und in hohem Maße von einer internationalen Platzierung als Rohstofflieferant abhängig ist. Obwohl der Staat eine aktivere Rolle spielt und durch die Umverteilung einiger Überschüsse, die dieser Extraktivismus produziert, eine größere Legitimität erreicht, kommt es doch wieder zu negativen Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt.« (2009: 188)

Die zentrale Idee des Neo-Extraktivismus bestand darin, dass die progressiven Regierungen weiterhin den extraktivistischen Entwicklungspfad verfolgten und sogar – in einer günstigen weltwirtschaftlichen Konjunktur – vertieften. Die Neuerung bestand nun darin, dass die erzielten Extraeinkünfte nicht privatisiert, sondern für die Finanzierung von Sozialprogrammen eingesetzt wurden. Statt einer individuellen Aneignung von Kapital, erfolgte eine staatliche Politik der Redistribution, die umso effektiver sein konnte, wenn der Staat selbst die Kontrolle über die Naturressourcen ausübt bzw. durch Verstaatlichungen die Kontrolle wieder an sich gerissen hat. Somit bezieht sich Neo-Extraktivismus auf eine bestimmte historische Konstellation von weltweiter Nachfrage nach Ressourcen und progressiven Regierungen mit aktiver Sozialpolitik, die über die direkten oder indirekten Einkünfte aus extraktivistischen Wirtschaftsaktivitäten finanziert wird. Allerdings hat das Konzept mit seiner Verbreitung über NGOs und Bewegungsorganisationen wieder an Schärfe verloren. Einige benutzen es synonym zum jahrhundertealten Extraktivismus, ohne die veränderten Konjunkturen zum kolonialen Extraktivismus der Spanischen Krone zu thematisieren. Auch in der akademischen Diskussion ist unlängst eine Aufweichung des ursprünglichen, auf die progressiven Regierungen bezogenen Konzepts von Neo-Extraktivismus festzustellen. So schreibt beispielsweise Ulrich Brand: »Während das jahrhundertealte Entwicklungsmodell in Lateinamerika als »Extraktivismus« bezeichnet wird, gilt die Phase ab den Jahren 2000/2003 als »Neo-Extraktivismus« – und zwar unabhängig davon, ob es sich um linke, Mitte-links

oder konservativ-neoliberale Regierungen handelt.« (2016: 21) Dieser Ansatz ist insofern problematisch, da konzeptionelle Elemente des ursprünglichen Kontextes – Linksregierungen in Lateinamerika – mittransportiert werden, ohne dass sie dem neuen Gegenstand – die jüngsten konservativen Regierungen unter Temer bzw. Bolsonaro, Macri und Piñera – entsprechen.

Ein wesentlicher problematischer Aspekt ist dabei die Frage gesellschaftlicher Umverteilung. Unter den neuen konservativen Regierungen wird die gesellschaftliche Umverteilung – in Form von Sozialprogrammen, Affirmative Action etc. – wieder zurückgefahren. Damit fällt das zentrale Element der Gudynas-Definition von Neo-Extraktivismus weg. Hand in Hand mit dieser Verschiebung kommt es unter den konservativen Regierungen allgemein auch zu einer allgemeinen Verringerung der Einflussnahme des Staates im ökonomischen und sozialpolitischen Feld. Keine der konservativen, neoliberalen Regierungen strebt eine stärkere Rolle des Staates an, vielmehr werden private Unternehmer – vor allem aus den obersten 10 Prozent – gestärkt. Diese können allerdings schnell aus dem Blick geraten, wenn Neo-Extraktivismus als ein Modell begriffen wird, was vor allem auch die Strukturierung von Staat umfasst. Ein extraktivistischer »nationaler Wettbewerbsstaat«, der die Agro-Industrie fördert, ist ein anderes soziales Modell als ein extraktivistischer Umverteilungsstaat.

Zudem läuft die breite Definition von Neo-Extraktivismus Gefahr, falsche historische Anker zu setzen. Wie schon argumentiert, bezieht sich Neo-Extraktivismus auf den historischen Kontext der lateinamerikanischen Linksregierungen ab 2000. Für die enge Definition macht dies absolut Sinn. Für umfassendere Konjunkturen des Extraktivismus in Lateinamerika ist aber neben den Linksregierungen vor allem die neoliberale Wirtschaftspolitik ab Mitte der 1970er Jahre zu nennen. Gerade in den neoliberalen Schock-Therapien hat im Sinne des neoklassischen Modells der komparativen Kostenvorteile eine selektive Integration in den Weltmarkt stattgefunden, die auf der Ausbeutung von Naturressourcen basiert. Parallel dazu sind Förderprogramme, die auf eine nachholende Industrialisierung setzten heruntergefahren worden.

Dies zeigt die neoliberale Schocktherapie im Chile der Pinochet-Diktatur ab Mitte der 1970er Jahre. Hier hat eine weitgehende Deindustrialisierung stattgefunden und die Wirtschaft wurde gemäß den klassischen ökonomischen Lehrsätzen der komparativen Kostenvorteile und der selektiven Weltmarktintegration in den extraktivistischen Zweigen der Forstwirtschaft, des Obstanbaus und der Fischerei ausgebaut. In anderen Ländern der Region waren – gerade auch unter der Leitung von Weltbank und IWF – ähnliche Strukturanpassungen zu beobachten. In allen betroffenen Ländern kam es dabei – wie bereits im Kapitel zur Refeudalisierung der Sozialstruktur argumentiert – zu einer Stärkung der oberen 10 Prozent der Sozialpyramide.

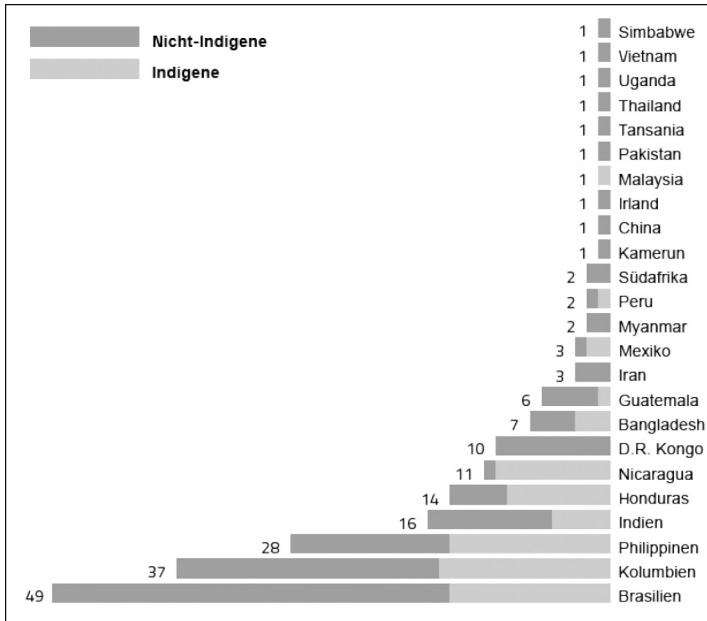
Insofern erscheint es sinnvoll, das Konzept des Neo-Extraktivismus tatsächlich nur für die progressiven Regierungen in Lateinamerika zu verwenden, und auch hier nur da, wo es in der Tat auch zu einer gesellschaftlichen Umverteilung auf der Grundlage der durch Extraktivismus erzielten Gewinne kommt. Denn auch unter den sogenannten progressiven Regierungen gibt es signifikante Unterschiede. Während in einigen Bereichen tatsächlich eine neo-extraktivistische Finanzierung von Sozialprogrammen umgesetzt wird, ergeben sich in anderen Regionen massive Prozesse der Refeudalisierung, die die oberen zehn Prozent besonders fördern. Letzteres gilt sicherlich für den Aufstieg der Sojabarone in Brasilien und Argentinien. Aber auch der Grad neo-extraktivistischer Umverteilung ist unterschiedlich. In Chile hat es unter der Regierung Bachelet durchaus Erfolge in der Armutsbekämpfung und ein Stopp der weiteren Polarisierung der Sozialstruktur gegeben, die allerdings nicht die extreme Polarisierung der neoliberalen Schocktherapie rückgängig machen konnte. In Ecuador profitierte vor allem die Mittelschicht, während es in Bolivien in der Tat zu tiefgreifenden Umverteilungsprogrammen kam, die auch die Sozialstruktur grundlegend veränderten. In den meisten Fällen konnten die Linksregierungen jedoch die auf einfacher Ressourcenausbeutung basierende Wirtschaft nicht umstrukturieren, auch die ökologischen Folgen des Modells der Ausbeutung von Naturressourcen blieben damit ungeklärt. In einigen Regionen trugen zudem – paradoxerweise – gerade die Linksregierungen, zur Refeudalisierung der Gesellschaft bei, indem sie die extrakti-

vistischen Eliten des Landes stärkten. Dieses Paradox konnte bereits in Hinblick auf die Zunahme von Milliardären in der Region festgestellt werden und es zeigt sich auch in der Konzentration des Landbesitzes.

Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass der Neo-Extraktivismus in einer spezifischen ökonomischen Konjunktur seinen Höhepunkt hatte, die von einer hohen Nachfrage nach Ressourcen und ab Ende der 2000er auch von einer Krise der Finanzmärkte charakterisiert war. In diesem Sinne hat die Krise des globalen Finanzmarkts 2007 und 2008 den Landraub und die Konzentration von Grundbesitz extrem beschleunigt, da sich ein neuer Markt für Land gebildet hat, in den auch Finanzakteure spekulativ investierten. Die mexikanische Ökonomin Polette Rivero Villaverde fasst zusammen: »Große Kapitalfonds von Banken wie Goldmann Sachs, mächtige Personen wie George Soros, ehemalige Staatsbeamte, Stiftungen wie die der Universität Harvard, Pensionsfonds von Angestellten aus Ländern wie den USA und Kanada, fanden im Kauf von Land ein Refugium vor sinkenden Zinsen und dem Fall ihrer Gewinnmargen, die durch die Krise verursacht wurden, der wiederum angesichts der hohen Preise der Nahrungsmittel, des Erdöls und der strategischen Mineralien hohe Gewinne aus Spekulationsgeschäften generierte.« (Rivero 2017)

Die derart expandierende Agroindustrie verdrängt mit riesigen Soja-Plantagen – vor allem in Brasilien, Argentinien und Paraguay – die dortigen Kleinbauern. In Kolumbien und Honduras führt die Ausweitung der Plantagen der *Palma africana*, die für die Ölproduktion angebaut wird, zu gewaltsamen Vertreibungen bis hin zu Mord. Nach Daten, die die Nichtregierungsorganisation Global Witness in Zusammenarbeit mit der britischen Tageszeitung *The Guardian* erhoben hat, sind allein im Jahre 2016 zirka 200 Aktivisten, die für Land- und Umweltrechte eintraten, in Lateinamerika, Asien und Afrika ermordet worden. Dabei sticht vor allem die hohe Anzahl der Opfer in Lateinamerika negativ hervor. Allein in Kolumbien wurden 49 Aktivisten ermordet, und in Brasilien 37. Besonders hervorzuheben ist, dass gerade indigene Aktivisten sich besonders häufig unter den Opfern finden. (*The Guardian* 2017)

Abbildung 4: Weltweite Morde an Umweltschützern, 2016



Quelle: Eigene Bearbeitung nach The Guardian (2017): »Land defenders call on un to act against violence by state-funded and corporate groups«.

Zudem ist die hohe Anzahl von Binnenflüchtlingen auf Grund der gewaltsamen Prozesse des Landgrabbing zu nennen. Gemäß den Angaben der Vereinten Nationen hat Kolumbien im März 2018 mit 7,6 Millionen Binnenflüchtlingen die weltweit höchste Anzahl an intern Vertriebenen Personen, noch vor dem Kriegsland Syrien mit 6,6 Millionen Binnenflüchtlingen. (UNHCR 2018)

Dieser Prozess der Enteignung kleinbäuerlicher, indigener und afro-amerikanischer Ländereien durch die agroindustriellen Unternehmer ist einer der sichtbarsten und gewalttätigsten Ausdrücke der Refeudalisierung in Lateinamerika. Die Nichtregierungsorganisation

Grain hat die Aufkäufe von Farmland durch ausländische Investoren für die Zeitspanne von 2006 und 2015 weltweit an Hand der einzelnen betroffenen Länder aufgeführt. (Grain 2016) Rivero Villaverde (2017) hat diese Daten zusammengerechnet und kommt für Lateinamerika auf 3.927.450 Hektar die in 59 Transaktionen von ausländischen Investoren aufgekauft wurden. Brasilien führt die Liste mit 2.727.502 Millionen Hektar an, gefolgt von Argentinien (513.116), Paraguay (208.549), Kolumbien (154.660), Uruguay (144.178), Peru (80.149), Venezuela (60.000), Bolivien (57.845), Jamaika (30.000) und Belize mit 1.600 Hektar. Die Käufer kommen aus den USA, China, Singapur, Japan, Südkorea, Saudi-Arabien, Indien, Dänemark, Luxemburg, Niederlande, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Kanada, Italien, Portugal und anderen Ländern. Aber auch die lateinamerikanische Geldaristokratie, besonders aus Brasilien und Argentinien, beteiligt sich an dem Aufkauf von kleinbäuerlichem Farmland.

Zu nennen ist hier beispielsweise der brasilianische Sojabaron Blairo Maggi, der von seinem Vater die Andre Maggi Group übernommen hat, die als weltweit größter privater Sojaproduzent gilt. Wie im Feudalismus ist auch hier eine enge Verflechtung ökonomischer und politischer Macht festzustellen. 2002 wurde Blairo Maggi zum Gouverneur des Bundesstaates Mato Grosso, der als Kerngebiet der Sojaproduktion gilt, gewählt. Drei Jahre später wurde er dann von der Umweltorganisation Greenpeace mit der zweifelhaften Goldenen Kettensäge (Golden Chainsaw Award) für die stärkste Vernichtung von Urwald in Brasilien ausgezeichnet, da er Naturschutzgebiete abholzte, um Soja-plantagen anzulegen. Begründet wurde die »Auszeichnung« wie folgt: »Nach nur zwei Jahren im Gouverneursamt, hat er Mato Grosso zum Spitzenreiter der Urwaldvernichtung gemacht. 48 Prozent des Kahlschlags im gesamten Amazonas-Regenwald fällt auf seinen Bundesstaat.« (Greenpeace 2005) Von der Übergabe des Preises in einer Schulaula überrascht, weigerte Maggi sich, die Auszeichnung anzunehmen und floh stattdessen klammheimlich durch den Hinterausgang. Unter der konservativen Temer-Regierung war Maggi von 2016 bis Ende 2018 Landwirtschaftsminister.

Jenseits der unmittelbaren ökonomischen Ausbeutbarkeit ist Land ein privilegierter Speicher für Kapital. Der Ökonom David Harvey hat räumliche Elemente, wie auch Agrarland, in ihrer Funktion als temporären *spatial fix* von Kapital begriffen (2001). Kapital wird durch die Anlage in Land zeitlich und räumlich gebunden und kann dann nicht nur als Produktionsfaktor dienen, sondern auch wieder – wenn notwendig – für die Folgegenerationen verflüssigt werden. Deshalb ist die hohe Landkonzentration ein wesentlicher Faktor für die Reproduktion der Elite in Lateinamerika und der fortschreitenden Polarisierung der Sozialstruktur.

Bisher ist die Frage der Refeudalisierung vor allem in politisch-ökonomischer Hinsicht erörtert wurden. Doch auch in Hinblick auf die gesellschaftlichen Naturverhältnisse und insbesondere dem gesellschaftlichen Metabolismus ist eine erstaunliche Tendenz der Refeudalisierung auszumachen, die die energetische Grundlage ökonomischer Produktion betrifft. Der industrielle Kapitalismus basierte energetisch auf der fossilen Revolution seit dem 18. Jahrhundert. Um den gestiegenen Energie-Input der industriellen Produktion befriedigen zu können, waren fossile Brennstoffe wie Steinkohle (seit dem 18. Jahrhundert), Erdöl (seit Beginn des 20. Jahrhunderts) und Erdgas (seit der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts) vonnöten. (Altwater und Mahnkopf 1996: 510-518) Heute sind diese begrenzten, fossilen Brennstoffe erschöpft oder können nur mit erheblichem Aufwand – wie im Falle des Frackings oder der Off-shore-Bohrinseln – gefördert werden. Unstrittig ist, dass sich das fossile Zeitalter des industriellen Kapitalismus seit Ende des 20. Jahrhunderts seinem Ende zuneigt. Die technokratischen Hoffnungen auf ein post-fossiles Nuklearzeitalter haben sich indes nach den Katastrophen von Tschernobyl, Harrisburgh und zuletzt Fukushima zerschlagen.

Angesichts der drohenden Energie-Krise ist es höchst bemerkenswert, dass wir gegenwärtig einen Rückgriff auf die Energiequellen des Zeitalters des europäischen Feudalismus erleben. Letztlich basierte die Energiezufuhr im Feudalismus auf dem solaren Input, der Photosyntheseleistung und der Produktion von energiereicher organischer Substanz. Vor allem Holz, auch als Derivat in Form von Holzkohle, war im

Feudalismus der wichtigste Energieträger. Heute gibt es eine erstaunliche Rückkehr zu biotischen Energien, was seinen vielleicht stärksten Ausdruck in den diversen Biokraftstoffen findet. Diese basieren auf den Ölen von Soja, Palma africana, Mais, Kokos und anderen Ölsaaten. Nachwachsende Brennstoffe werden nicht nur als Biokraftstoffe im Verkehr eingesetzt, sondern finden auch als Pellets Verwendung in der Heizung, wofür sich neben Holz und Kokos auch Getreide eignet. Die Ersetzung von fossilen Brennstoffen durch die nachwachsenden Energiepflanzen ist eine der treibenden Kräfte des zuvor geschilderten Land-Grabbings.

Für die klassische (neo-)marxistische Diskussion von Feudalismus und Kapitalismus in Lateinamerika ist die Frage der Kapitalakkumulation einer der zentralsten Aspekte. Ein Großteil der historisch materialistischen Debatte zu Feudalismus in Europa und Lateinamerika beschränkte sich jedoch vor allem auf den Aspekt der Ausbeutung von Arbeitskraft. Wie bereits ausgeführt, ist die Frage der Akkumulation durch Aneignung des von der Arbeitskraft geschaffenen Mehrwerts ein Kernaspekt der sozialgeschichtlichen Feudalismus-Debatte. Im Gegensatz zur historischen Gesellschaftsformation des Feudalismus ist die Arbeitskraft – früher der Vasall – nicht mehr mit dem »Lehen« verbunden. Stattdessen führen Landkonzentration und die Zersplitterung der Minifundien durch Realerbteilung zur Verarmung der Bauernmassen. In vielen Gegenden Lateinamerikas wird in diesem Zusammenhang gar von einem Prozess der »Entbäuerlichung« gesprochen.

Allerdings ist die Ausbeutung von Arbeitskraft nicht die einzige Möglichkeit der Kapitalakkumulation. Vor allem Rosa Luxemburg hat auf die Bedeutung von Raub und Enteignung im Prozess kapitalistischer Akkumulation hingewiesen. (Luxemburg 1923) Dies scheint mir ein wesentlicher Aspekt zum Verständnis des gegenwärtigen Prozesses der Refeudalisierung zu sein. Insofern kann die Inwertsetzung großer Landflächen – seien es die verbliebenen Urwälder, Nationalparks, indigene Reservate oder kleinbäuerliche Subsistenzflächen – als fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation begriffen werden. Die konkreten Ausdruckformen der Akkumulation durch Enteignung gehen aktuell jedoch weit über die klassische sogenannte ursprüngliche Akkumu-

lation durch Landnahme (bspw. beim Land-Grabbing) hinaus. (Zeller 2004: 11- 15)

An erster Stelle ist hier die Erweiterung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse zu nennen. Von besonderer Relevanz ist dabei die Privatisierung von gemeinschaftlichen Gütern. Gerade im Zuge der neoliberalen Wende in Lateinamerika von Mitte der 1970er Jahre bis Anfang der 2000er hat im Zuge von Strukturanpassungsmaßnahmen ein enormer Transfer gemeinschaftlicher Güter an den Privatsektor stattgefunden. Viele Wirtschaftszweige – vor allem im Energie- und Ressourcensektor – sind privatisiert worden, ebenso ist eine weitgehende Privatisierung und Kapitalisierung der Sozialversicherung, aber auch der Bildungssysteme erfolgt. Mit dem kapitalgedeckten privaten Rentensystem ist damit beispielsweise ein vormals auf solidarischen Umlageverfahren beruhender Bereich der Sozialversicherung neu für den kapitalistischen Verwertungsprozess erschlossen worden. Der Fall der chilenischen AFP, die nunmehr im Rahmen geschrumpfter Gewinne auf den Finanzmärkten, nicht die anvisierten Renten zahlen können, macht die gesellschaftliche Brisanz deutlich. 2016 kam es zu massiven Protesten, die ein Ende des privaten, kapitalgedeckten Rentensystems forderten.

Ein anderes Feld stellt die Ausweitung von Eigentumsrechten auf Güter dar, die vormals als Allmende oder öffentliche Güter begriffen wurden. Hierzu gehört die Patentierung von spezifischen Tier- oder Pflanzenarten und deren Erbgut. Gerade in Lateinamerika ist Biopiraterie ein wesentliches Problem, sodass im brasilianischen Amazonasgebiet bereits eine eigens eingerichtet Polizeieinheit patrouilliert. Auch in Ecuador hat es unlängst mehrere Gesetze zur Regulierung des »bioprospecting« gegeben. (Heeren 2016) Die Aneignung durch Patentierung im Interesse transnationaler Konzerne, ignoriert die gemeinschaftlichen Nutzungsrechte ebenso wie das spezifische Wissen bzw. geistige Eigentum indigener Völker. Alle diese Formen sind – wie ausgeführt – für die Refeudalisierung der ökonomischen Sphäre von eminenter Bedeutung. Sie alle beruhen auf einer mehr oder minder aktiv gedachten Vorstellung von Raub, begriffen als Akt der Enteignung.

3.2 Die neuen Raubritter

Die Akkumulation durch Raub beschränkt sich nicht nur auf die bereits genannten Prozesse, die im Rahmen der kapitalistischen Ökonomie als legal gelten. Vielmehr sind illegale Aktivitäten integraler Bestandteil der gegenwärtigen Refeudalisierungstendenzen. Allein ein erster Blick auf die aktuellen Listen der reichsten Menschen der Erde lässt Kriminelle hervortreten. Bereits 1987 nahm Forbes den kolumbianischen Drogenboss Pablo Escobar Gaviria sowie die ebenfalls aus Kolumbien stammenden Ochoa Brüder, Jorge Luis, Fabio und Juan David, auf die erste von Forbes erstellte Liste der Milliardäre der Welt auf. Im Folgejahr kam zudem der ebenfalls mit dem Medellín-Kartell verbundene Gonzalo Rodriguez Gacha auf die Forbes-Liste. Gegenwärtig wird der Anführer des mexikanischen Sinaloa-Kartells, Joaquín Guzmán, genannt »el chapo«, auf der Liste der reichsten Männer der Welt geführt. Forbes hat seinen Reichtum 2008 wie folgt geschätzt: »Fünfunddreißig Millionen Menschen in den USA benutzen Drogen oder missbrauchen verschreibungspflichtige Medikamente und geben dabei jährlich mehr als 64 Milliarden Dollar aus. Die Drug Enforcement Agency und andere Branchenexperten glauben, dass Guzmán in den letzten acht Jahren ein Drittel bis die Hälfte des mexikanischen Drogengroßhandelsmarktes kontrolliert hat. Im Jahr 2008 transferierten mexikanische und kolumbianische Drogenhändler zwischen 18 und 39 Milliarden Dollar an Erlösen aus Großhandelslieferungen in die USA, so die US-Regierung. Guzmán und sein Unternehmen haben wahrscheinlich 20 % davon eingenommen, was ausreicht, um im Laufe seiner Karriere eine Milliarde Dollar zu akkumulieren und zum ersten Mal einen Platz auf der Liste der Milliardäre zu verdienen.« (Bogan 2009)

Bereits Mitte der 1980er Jahren hatte der Umsatz im weltweiten Drogenhandel sich mit geschätzten 300 bis 500 Milliarden US-Dollar dem von Erdöl angenähert. (Wichmann 1992: 17) Damit nahmen illegalisierte Drogen eine Spitzenstellung in der Weltwirtschaft ein. Die Bedeutung des Handels illegalisierter Drogen für die kapitalistische Weltwirtschaft kann vielleicht am nachdrücklichsten an Hand der globalen Finanzkrise 2007/8 herausgestellt werden. So geht der Direktor

des United Nations Office on Drugs and Crime, Antonio Maria Costa, davon aus, dass das aus dem illegalen Drogenhandel stammende Geld die Bankenwelt vor dem Zusammenbruch gerettet hat, da es das einzige relevante liquide Kapital zu dieser Zeit darstellte. Entsprechend argumentiert Costa, dass der Großteil der geschätzt 352 Milliarden US-Dollar aus den Drogengeldern in das formale ökonomische System transferiert worden sind: »In vielen Fällen war das Geld aus dem Drogenhandel das einzige liquide Anlagekapital. In der zweiten Hälfte des Jahres 2008 war die Liquidität das Hauptproblem des Bankensystems und daher wurde liquides Kapital zu einem wichtigen Faktor [...] Interbankencredite wurden mit Geld finanziert, das aus dem Drogenhandel und anderen illegalen Aktivitäten stammte [...] es gab Anzeichen dafür, dass einige Banken auf diese Weise gerettet wurden.« (Rajeev 2009)

Dieser Punkt macht deutlich, dass die Drogenökonomie zwar illegalisiert ist – und gerade auf Grund der Illegalisierung eine so hohe Gewinnmarge hat – aber, dass sie keinesfalls von den formalen ökonomischen Kreisläufen getrennt ist. Vielmehr handelt es sich um kommunizierende Röhren, wobei Chemiekonzerne in die Produktion, und Banken, Immobiliengesellschaften sowie Auktionshäuser in die Geldwäsche verstrickt sind.

Doch haben die Kartelle ihre Wirtschaftsbereiche über den Drogenhandel hinaus, zunehmend in andere Felder wie Prostitution sowie Menschen- und Organhandel ausgeweitet. Die Erpressung von Schutzgeldern ist ein höchst lukratives Geschäft. Hier wird das moderne Gewaltmonopol des Staates ebenso demontiert, wie das Menschenrecht eines jeden Staatsbürgers auf die Unverletzlichkeit der Person. Die einfachste Form ist die von Raub und Erpressung. Wie Raubritter oder Plackerer, die sich städtischem Handelskapital und landesherrlicher Obrigkeit widersetzen, fallen einzelne bewaffnete Gruppen über Anwohner und Migranten her. Doch jenseits dieses Banditentums führen sich Kartelle in Mexiko und Kolumbien bereits wie neue Lehnsherren auf, die von denen in von ihnen kontrollierten Territorium Abgaben für die Gewährleistung von Sicherheit verlangen. In Aussetzung dieser bürgerlich-demokratischen Rechte, wird stattdessen das feudale Prinzip der Schutzgeldzahlungen an lokale Machthaber eingeführt. Allein in Ko-

lumbien wurde 2009 davon ausgegangen, dass hier »vacunas« (Impfungen), wie Schutzgeldzahlungen an die Mafia in Kolumbien verharmlosend genannt werden, in Höhe von 1 Milliarde US-Dollar an verschiedene Mafia-Gruppen gezahlt wurden. (Wallace 2013)

Zur journalistischen Beschreibung der Geldaristokratie der Unterwelt werden oftmals auch Begriffe aus dem semantischen Umfeld des Feudalismus genommen, wie bspw. Drogenbarone oder im Englischen »drug baron« oder »drug lord«. In der sozialwissenschaftlichen Debatte kristallisierte sich der Typus des »Warlords« heraus. Vor allem im Zusammenhang mit den »Neuen Kriegen« (Kaldor), die nicht mehr zwischenstaatlich, sondern zwischen verschiedenen Akteuren zwecks Ressourcenkontrolle geführt werden, wird der »warlord« eine zentrale Figur. Seit Ende der 1990er Jahre wurde das Konzept besonders in afrikanischen Kontexten verwendet, um regionale, mit Waffen bestückte Akteure zu bezeichnen, die sich unter Bedingungen eines fortschreitenden Staatsverfalls (failed states) ausbreiteten und territoriale Kontrolle zur eigenen Bereicherung ausübten. Vor allem nach 9/11 und den Kriegen in Afghanistan stiegen warlords in der medialen Wahrnehmung zu den »Archetypen des Kriegsfürsten« (Schetter 2013) auf. Erst in den 2000er verdrängte dann der Aufstieg des militanten Islamismus, vor allem in Form von Al Qaeda und dem Islamischen Staat, das Konzept des Warlords. In Lateinamerika wurde das Konzept vor allem im Zusammenhang mit Drogenbanden und Paramilitärs, vor allem in Kolumbien und Mexiko, verwendet. Wichtig ist jedoch, dass Warlords nicht einfach Staatlichkeit aushebeln, vielmehr kolonisieren sie staatliche Strukturen bei gleichzeitiger Ignoranz von Rechtstaatlichkeit. In afrikanischen Kontexten spricht der Anthropologe Gero Erdmann (2002) von »neopatriimonialen Herrschaftssystemen«. In Kolumbien zeigt sich dies vielleicht am deutlichsten bei der engen Kooperation von Militärs und Paramilitärs in den 1990er Jahren, sowie der darauffolgenden Kolonialisierung des kolumbianischen Staates durch Paramilitärs. Die ökonomische Seite dieser Refeudalisierung von Gewalt, drückt sich in Konzepten wie »Gewaltökonomie« (Ruf 2003) und »Gewaltmarkt« (Elwert 1999) aus. Der Entwicklungssoziologe Georg Elwert argumentiert, dass sich durch das Auftreten von Gewaltunternehmern das idealtypische

marktwirtschaftliche System hin zu illegalisierten Märkten verschiebt, wo mit relativ wenig Aufwand aber mit Gewaltandrohung viel Geld umgesetzt werden kann. Besonders relevant sind hier – die bereits genannten Aktivitäten wie Drogen- und Waffenhandel, extraktivistische Aktivitäten (Edelmetalle und Edelsteine) aber auch Raub, Erpressung, Piraterie, Geiselnahme und das Einnehmen von Schutzgeldern und Zöllen. Für diese Aktivitäten sind zumeist keine größeren Investitionen notwendig, da Kontrolle auch über einfache Handfeuerwaffen ausgeübt werden kann. Die Ausbreitung der Maras, bewaffnete Jugendbanden die als Gewaltunternehmer auftauchen, ist hierfür ein treffendes Beispiel. Auch wird hier deutlich, dass die Ausbreitung neo-feudaler Gewaltakteure nicht allein über zweckrationale Modelle erklärt werden kann, sondern eine identitäre Dimension hat, die mit fehlenden Integrationsangeboten der bestehenden Nationalstaaten zusammenhängt. Mit der ökonomischen und auf Gewalt basierenden Refeudalisierung geht eine identitäre Segementierung oder gar eine Tribalisierung der Gesellschaft einher.

3.3 Raub durch Unterlassen: Von Panama ins Paradies

Die Debatte um die Akkumulation durch Enteignung hat sich vor allem auf räuberische Aktivitäten konzentriert, die darauf abzielen, neue Bereiche in den kapitalistischen Akkumulationsprozess einzubeziehen. Weiterhin ist aber auch der Raub durch Unterlassen zu nennen. Hier geht es in erster Linie um jene Vermeidungsstrategien die versuchen, die juristisch und ethisch etablierten Regeln und Normen der gesellschaftlichen Umverteilung von Reichtum außer Kraft zu setzen. Zu nennen sind hier vor allem die organisierten kriminellen Strategien der massiven Steuerhinterziehung.

Die Steuerhinterziehung ist nun nicht einfach als individueller Fehltritt zu bewerten, vielmehr steht hinter den Steuerdelikten des Geldadels ein hochkomplexes organisiertes Netzwerk aus Anwaltskanzleien, Finanzberatern, Banken und Offshore-Steuerparadiesen. Da es um Steuervermeidung geht, ist Anonymität ein hoher Wert in diesem

System, das in seiner Komplexität und in seinem Umfang bislang noch völlig unzureichend erforscht ist. Einen Einblick, der einem Bohrkern in den tiefen Sumpf der Korruption gleicht, bieten unlängst die Panama und die Paradise Papers. Beide basieren auf geleakten Daten, die an kritische Journalisten überspielt wurden. Federführend bei den Recherche-Arbeiten waren die Redakteure der Süddeutschen Zeitung Bastian Obermayer und Frederik Obermaier (2016). Die sogenannten Panama Papers beruhen auf den Daten der Kanzlei Mossack Fonseca mit Sitz in Panama. Die Kanzlei hatte mehr als 14.000 Kunden denen sie bei der Gründung von 214.488 Briefkastenfirmen in 21 internationalen Steueroasen half. Die geleakten Paradise Papers umfassen Daten seit den 1950er Jahren und wurden auf Grund von Recherchen des International Consortium of Investigative Journalists im November 2017 öffentlich gemacht. (ICIJ 2017) Sie beruhen auf Daten – mehr als 13 Millionen Dokumente – der Anwaltskanzlei Appleby und des Treuhandunternehmens Asiatic Trust. Das Geschäftsmodell beruhte auf Geheimhaltung und Anonymität, sodass Kunden zum Teil nur mit Decknamen angesprochen wurden. Die Kanzlei eröffnete für die Geldgeber Scheinfirmen, die zum Teil auch mit eigens eingesetzten Scheindirektoren operierten, die die wahren Eigentümer verschleiern. Über diese Schattenmänner konnten die wahren Eigner dann Finanztransaktionen vornehmen und vor allem über spekulative Geldgeschäfte ihren Reichtum mehren. Am 10. Februar 2017 wurden die Leiter der Kanzlei, Ramón Fonseca und Jürgen Mossack, aufgrund ihrer Verwicklungen in das Korruptionsnetzwerk rund um den brasilianischen Baukonzern Odebrecht² verhaftet. Von der panamaischen Staatsanwaltschaft wird die Kanzlei als »kriminelle Organisation« bezeichnet.

Die Aufdeckung der Panama Papers hat weltweit einen Skandal provoziert. Mit drastischen Folgen, die hier nur ausschnittshaft angedeu-

2 Der brasilianische Odebrecht-Konzern hat in zwölf Ländern, v.a. Lateinamerika, bis zu 785 Millionen US-Dollar an Schmiergeldern gezahlt, um dafür Bauaufträge zu erhalten. Dafür wurde im Unternehmen eigens eine klandestine »Bestechungsabteilung« aufgebaut.

tet werden können. In Island musste der Premierminister, Sigmundur Davíð Gunnlaugsson, wegen verheimlichter Anlagen in Offshore-Steuerparadiesen zurücktreten. Neben seiner Person waren auch der Finanzminister und die Innenministerin seiner Regierung beteiligt. Des Weiteren sind russische Oligarchen, Ölscheichs, und europäische Banken sowie internationale Konzerne wie Apple, Nike und Facebook betroffen. Dabei geraten die Offshore-Steuerparadiese in den Cayman-Inseln, den Bahamas, aber auch in Malta ebenso ins Visier, wie die Länder, die als Knotenpunkte der Finanztransaktionen gelten. In den geleakten Unterlagen der Paradise Papers finden sich Datensätze zu mehr als 120 Politikern, darunter viele Staats- und Regierungschefs und sogar die britische Königin Elisabeth II. sowie der US-amerikanische Handelsminister der Trump-Regierung und Multimillionär Wilbur Ross.

Auch die Unterhaltungsindustrie ist massiv betroffen. Fifa-Bestechungsgeldzahlungen für Übertragungsrechte führten dazu, dass der uruguayische Vizepräsident der Fifa, Eugenio Figueredo, zurücktreten musste und verhaftet wurde. Auch prominente Persönlichkeiten sind Kunden der dubiosen Agenturen. In den Paradise Papers sind der irische Leadsänger der Band U2, Bono, Madonna, sowie die kolumbianische Sängerin Shakira als Kunden aufgeführt. Der argentinische Fußballstar Lionel Messi gründete mit Unterstützung von Mossack Fonseca die Briefkastenfirma Mega Star Entreprises. Doch bereits zwischen 2007 und 2009 hatte er mit einem komplexen Offshore-Geflecht Einnahmen aus seinen Bildrechten vor den spanischen Steuerbehörden verschwiegen. Damals half ihm eine uruguayische Kanzlei, die später auch in Panama aktiv wurde. Er soll 4,1 Millionen Euro an Steuern hinterzogen haben, wofür er 2016 in Barcelona zu 21 Monaten Haft verurteilt wurde. Allerdings musste er die Haftstrafe nicht antreten. (panamapapers.sueddeutsche 2017) Gerade auch Spitzenpolitiker sind in den Panama Papers genannt. Dies ist – wie soeben angedeutet – keine Besonderheit lateinamerikanischer Politiker. Allerdings stellen diese auch keine Ausnahme dar. In Panama selber ist Ramón Fonseca, Mitbegründer der Kanzlei Mossack Fonseca, eng mit der politischen Klasse verbunden. So war er Berater des Präsidenten und Vize-Vorsitzender der Regierungspartei Partido Panameñista.

Brasilien war besonders von dem Korruptionsskandal betroffen. Hier verbanden sich die Ermittlungen um die Panama und Paradise Papers mit den Korruptionfällen rund um den staatlichen Erdölkonzern Petrobras und den Baukonzern Odebrecht. Mit der »Operation Lavo Jato« ermittelte die brasilianische Justiz gegen Geldwäsche, Bestechung und Steuerhinterziehung. Besonders brisant ist, dass unter den Mossack-Fonseca Kunden mehr als 100 Personen sind, gegen die auch im Zuge von Lava Jato ermittelt wurde. Bezeichnenderweise konnte keine direkte Verbindung zu den Präsidenten, die die Arbeiterpartei stellte, Dilma Rousseff und Ignacio Lula da Silva, hergestellt werden. Stattdessen konnten viele Verbindungen zur Partei der Demokratischen Brasilianischen Bewegung (PMDB) von Michel Temer hergestellt werden. Temer hatte Rousseff 2016 in einem sogenannten »kalten Putsch« gestürzt: Paradoxerweise waren Korruptionsvorwürfe gegen die Präsidentin eine der wichtigsten Begründungen für den Sturz Rousseffs.

Einer der Scharfmacher für den Putsch, der radikale evangelische Prediger und Präsident des Abgeordnetenhauses des Kongresses Eduardo Cunha, wurde aufgrund seiner kriminellen Verwicklungen in die Panama Papers mittlerweile seines Amtes enthoben. In den Paradise Papers dagegen nimmt der hier im Text mehrfach erwähnte Blairo Maggi eine prominente Stellung ein. Der aktuelle brasilianische Landwirtschaftsminister ist hier über seine Firma Amaggi and LD Commodities beteiligt. Maggi selber allerdings sagt aus, dass er keine finanziellen Begünstigungen von der Firma erhalten habe. Die genaue Klärung ist noch offen. (ICIJ 2017)

Ebenso ist der brasilianische Finanzminister Henrique de Campos Meirelles in undurchsichtige Finanztransaktionen verstrickt. Er baute auf den Bermudas die Sabedoria Foundation auf, die laut eigener Auskunft nach seinem Tod als Stiftung dem brasilianischen Gesundheitssystem zu Gute kommen soll. Kritiker und Ermittlungsbehörden vermuten indes Steuerhinterziehung und Korruption. Ein ähnliches Charity-Modell verfolgt der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos, der auf Barbados Gesellschaften wie die Global Tuition & Education Insurance Corp. zur Förderung von Bildungsaktivitäten

aufgebaut hat. Diese Gesellschaft ist Shareholder der Global Education Group Colombia S.A. (Chavkin und Díaz-Struck 2017)

In einem anderen Sektor ist der Expräsident Costa Ricas, José María Figueres Olsen, aktiv. Figueres Olson ist Sohn des dreimaligen Präsidenten José Figueres Ferrer. Während Figueres Ferrer noch das Instituto Costarricense de Electricidad (ICE) gegründet hatte, operieren dessen Söhne José María und Mariano über ein Offshore-Unternehmen seit den 1990er Jahren im privaten Energiesektor, unter anderem in Chile und Guatemala.

Auch die konservative Regierung in Argentinien war von den Enthüllungen der Paradise Papers betroffen. Der Finanzminister der Macri-Regierung, Luis Caputo, hatte bei seiner obligatorischen Finanzaufklärung mindestens zwei offshore Anlagen verschwiegen. Der auf den Kaiman-Inseln angesiedelte Altob Global Fund und der in Miami angelegte Firma Noctua Partners LLC hatte Caputo bei seinen Finanzangaben »vergessen«. Caputo ist ein Cousin von Nicolás Caputo, der einen der größten Baukonzerne in Argentinien, besitzt und er gilt als guter Freund des ehemaligen argentinischen Präsidenten.

Die Geheimhaltung und Verschleierung von Vermögensherkünften sowie deren Anlage in Steueroasen und Briefkastenfirmen ist jedoch nicht nur für Steuerhinterzieher zentral. Auch für die Geldwäsche von Einkünften aus illegalen Aktivitäten wie vor allem dem Drogenhandel sind diese Mechanismen höchst bedeutsam. Direkte Verbindungen hatten Mossack-Fonseca zu dem mexikanischen Capo Rafael Caro Quintero, der in den 1980er Jahren das heute zerschlagene Guadalajara Kartell aufgebaut hatte. Im Zuge der Paradise Papers steht die deutsche Privatbank Berenberg in der Kritik. Zu den verschiedenen Kunden gehörte der gebürtige Österreicher Martin Lustgarten, der – laut US-Justiz – Gelder von bis zu 100 Millionen US-Dollar für mexikanische und kolumbianische Drogenkartelle sowie für paramilitärische Gruppierungen gewaschen haben soll.

Über solche Operationen fließt das Drogengeld, wie auch die Einkünfte aus anderen kriminellen Aktivitäten, wieder in die formalen Wirtschaftskreisläufe ein. Die kriminelle informelle Ökonomie ist über ein System kommunizierender Röhren mit der formalen Ökonomie

verbunden. Jedoch hat die sogenannte Schattenökonomie global ein derart großes Ausmaß angenommen, dass die klassische Nationalökonomie mit ihrem Fokus auf das Bruttoinlandsprodukt (in das die Schattenökonomie nur indirekt einfließt) an ihre explanatorischen Grenzen kommt. Um die Refeudalisierung des ökonomischen Feldes durch die Schattenökonomien quantitativ und auch qualitativ fassen zu können, müssten das breite informelle ökonomische Feld – inklusive des »dark economic web« – integral mit in die wirtschaftlichen Kennziffern einbezogen werden.

Das gilt – wie bereits unterstrichen – auch für die formelle politische Ökonomie der Kosmokraten. Dabei wären auch die zentralen Akteure, die in die Geldtransaktionen verwickelt sind, zu benennen. Krysmanski hatte – wie bereits erwähnt – das Bild der »Ringburg« bemüht, um auf das breite Netzwerk der unterstützenden Institutionen, die auf die Bedürfnisse des globalen Geldadels ausgerichtet sind, hinzuweisen. In diesem Sinne stellt Beaverstock fest: »wir haben einen Wandel erlebt, bei dem die Superreichen durch Bank- und Finanzdienstleistungen bedient werden. Die Millionäre, Multi-Millionäre und Milliardäre werden nun von einer neuen privaten Vermögensverwaltungsbranche als ein HNW-Markt klassifiziert, was die sich ändernde soziale Zusammensetzung der Superreichen von »altem« zu »neuem« Geld widerspiegelt.« (Beaverstock 2012: 388) Wichtige Informationen werden von speziell auf den Geldadel ausgerichtete Think Tanks, wie Merrill Lynch Capgemini, bereitgestellt. Teile diese Dokumentationen sind öffentlich und stellen einen wesentlichen Bestandteil des für diese Arbeit verwendeten Quellenfundus' dar.

Während dieses Beratersegment mit dem Anspruch wissenschaftlicher Exaktheit auftritt, stehen andere Berater, wie die Kanzlei Mossack-Fonseca, an der Schnittstelle zwischen formaler Wirtschaft und Schattenökonomie. Unter dem obersten 1 Prozent ist ein erstaunliches kriminelles Potential festzustellen, mit dem Ziel, privaten Gewinn zu mehren und Umverteilung zu verhindern. Das weist – jenseits der hier argumentierten Akkumulation durch Raub – auf kulturelle Einstellungen hin. Bemerkenswert ist die Konsequenz mit der der Vordenker der »leisure class«, Thorstein Veblen, die Akkumulation privaten Reichtums

auf das Grundprinzip des Raubs zurückführt. Raub ist für Veblen einer der bevorzugten Mechanismen der aristokratischen »Leisure class«, um Reichtum zu akkumulieren und einen luxuriösen Lebensstil sicherzustellen. Dies gilt für ihn gerade auch im aufsteigenden Finanzkapitalismus des Golden Age: »Die Beziehung der müßigen (also der wohlhabenden, nicht-arbeitenden) Klasse zum Wirtschaftsprozess ist finanzieller Natur, das heißt, sie ist durch Erwerb und nicht durch Produktion, durch Ausbeutung und nicht durch Nutzen gekennzeichnet.« (1986: 202-3) Diese Feststellung führt uns nun dazu, die kulturellen Einstellungen und Identitätsbildungsprozesse im Kontext von Refeudalisierungsprozessen zu erkunden.

4. Konsum-Identitäten: Zwischen Luxus und neuer Schuldknechtschaft

Wenn schon die sozialstrukturellen Daten und Analysen zur Oberschicht, vor allem in Lateinamerika, mangelhaft sind, so gilt dies umso mehr für eine kultur- beziehungsweise identitätspolitische Auseinandersetzung mit den reichsten zehn Prozent. In der soziologischen Theorie mag man hier zuerst auf die mittlerweile klassische Arbeit von Thorstein Veblen zur »leisure class« verweisen, die dieser an der Wende des 19. und 20. Jahrhunderts angesichts des »Gilded Age« in den USA verfasst hatte. In einer unorthodoxen Mixtur aus sozialdarwinistischen, evolutionistischen und kulturanthropologischen Ansätzen, macht Veblen den »neidvollen Vergleich« als treibendes Prinzip für soziale Differenzierung und Distinktion aus. Dieses Grundprinzip bestimmt Veblen in den verschiedenen Stadien der Entwicklung menschlicher Gesellschaften in jeweils unterschiedlichen Ausdrucksformen. Dabei sind die Ehre und das Prestige, das mit der räuberischen Beute (v.a. Frauenraub) beim Sieg über eine andere Gruppe errungen wird, Grundlagen für die »mit Neid betrachtete Auszeichnung, die dem Reichtum anhaftet« (1986: 44). Raub umfasst dabei gerade die nicht-produktiven Tätigkeiten wie die Jagd und den Krieg, aber auch den Sport. Im geschichtlichen Verlauf ändern sich dann die vorherrschenden prestigeträchtigen Praktiken der Aneignung, vom einfachen Raub über die Aneignung von Arbeitskraft bis hin zu Geldgewinnen durch Spekulationen und den zuvor analysierten Dynamiken der Akkumulation durch Raub. Doch das zugrunde liegende Motiv des neidvollen Vergleichs zwischen Individuen bleibt bestehen, ja es verschärft sich

sogar mit der Einrichtung von Privateigentum und der Entstehung des Kapitalismus.

Selbst in der heutigen Gesellschaft ist die Bewunderung der heroischen Tat präsent. Im Bereich der Schattenökonomie kann hier auf die vor allem in Mexiko populären *Narcocorridos* verwiesen werden. Hierbei handelt es sich um Lieder, die die Heldentaten von Drogenbaronen besingen. Aber auch im Bereich der formalen Ökonomie ist die Heldentat nicht verschwunden. Ein Blick in die heutigen Wirtschaftsmagazine und Blogs macht deutlich, dass diese Bewunderung der heldenhaften ökonomischen Tat noch immer höchst aktuell ist. Self-made-Millionäre oder erfolgreiche Spitzenmanager sind die Helden der Zeit. Geschäftige Start-up-Unternehmer und die Innovatoren der IT-Branche können nicht nur mit einer genialen Idee oder einer marktgängigen App zu Millionen kommen, sondern sie werden auch kulturindustriell zu Helden des 21. Jahrhunderts stilisiert. Man denke hier nur über die Hollywood-Produktion über den Facebook-Gründer Mark Zuckerberg. Die Imagination der heldenhaften Tat oder des Geniestreichs wird auch in den unzähligen »Wer wird Millionär-Shows« im Fernsehen reproduziert. Hier erfolgt der permanente neidvolle Vergleich aus dem Fernsehsessel heraus, verbunden mit der Illusion, jeder könnte es zum Millionär schaffen. Diese Idee durchdringt auch die Alltagskultur. Der Gesellschaftsspielentwickler Brent Beck brachte 2014 bei dem renommierten deutschen Spiele-Vertrieb Schmidt »Big Deal« heraus. Die Spielidee besteht aus kaum verklausulierten raubkapitalistischen Praktiken gepaart mit einer ostentativen Darstellung von Reichtum: »Mache ein Vermögen, indem du möglichst wertvolle Luxusgüter und Geld sammelst – und das immer paarweise. Doch warum sich selbst abmühen? Schnapp dir doch einfach die Sammlungen deiner Mitspieler! Aber aufgepasst – plötzlich können dir selbst die passenden Karten fehlen und das hart erarbeitete Vermögen ist schneller weg als gedacht ... Wer klug sammelt und sich zum rechten Zeitpunkt bei seinen Mitspielern bedient, kommt dem Ziel näher, als Dollar-Millionär das Spiel zu gewinnen.« Und der Verlag ergänzt »Ein lustiges Spiel, bei der man sich seiner Sache(n) nie zu sicher sein sollte.« Die hier angelegte Idee des »Big Deals« im ökonomischen Feld durchdringt die Alltagskultur und penetriert auch andere

gesellschaftliche Felder. In den USA ist mit Präsident Donald Trump die Idee des »Big Deals« und der damit verbundenen Demütigung der Konkurrenz nunmehr auch in das politische Feld hineingetragen worden.

Veblen hat – hergeleitet aus archaischen und patriarchalen Männlichkeitsvorstellungen des Kriegers und Jägers – herausgearbeitet, dass Prestige zunächst vor allem durch eine »heroische Heldentat« erworben wird. In der lateinamerikanischen Geschichte kann unschwer der Conquistador, oft ein verarmter Adeliger (*hidalgo*), als Prototyp des prestigeerlangenden Kriegers identifiziert werden. Die heroische Heldentat ist letztlich – wie auch der Fall der *Conquista* belegt – vor allem mit Raub verbunden. Dieser Umstand ist heute – trotz aller behaupteten und erhofften Zivilisationsprozesse – in den zuvor ausgearbeiteten Akkumulationsprozessen durch Enteignung noch von höchster Relevanz. Veblen geht jedoch von einer historischen Transformation des neidvollen Vergleichs aus: »In dem Maße, in dem die Arbeit den Raum im täglichen Leben und in den Vorstellungen der Menschen verdrängt, ersetzt das Anhäufen von Reichtum allmählich die Trophäe der räuberischen Heldentat, die bisher das konventionelle Symbol von Erfolg und Überlegenheit darstellte.« (1986: 45)

Während die heroische Tat aktuell vor allem ökonomisch überdeterminiert ist, ist der ostentative Konsum, vor allem im Luxussegment, ein distinktives Merkmal der (globalen) »leisure class«. Veblen spricht dieser herrschenden Klasse die produktiven Fähigkeiten ab, vielmehr gründet sie ihren Lebensstil auf der räuberischen Aneignung und pflegt einen zur Schau gestellten Müßiggang. Das heißt, dass die Distinktion auf der demonstrativen Vermeidung jedweder nützlichen Tätigkeit beruht. Ähnlich des *Potlatch*s der First Nations der amerikanischen Nord-West-Küste bekommt diese demonstrative Zurschaustellung die Dynamik eines »Wettlaufs um Ehre und Ansehen«, dessen Motor der »diskriminierende« oder »neidvolle Vergleich« ist. Die eigene Ehre – ausgedrückt in der größtmöglichen Vermeidung produktiver Arbeit – spiegelt sich in der Distinktion, ja Verachtung, der gemeinen Klassen. Dies kann erreicht werden durch die Zurschaustellung von Reichtum und die ostentative Vergeudung in nicht-nützlichen Hobbies, Kleidung,

und Wohnutensilien. Es reicht also nicht aus, Reichtum nur zu besitzen, sondern er muss gesellschaftlich demonstriert werden. Dazu gibt es in (post-)modernen kapitalistischen Gesellschaften laut Veblen zwei Möglichkeiten: ostentatives Nichtstun bzw. Muße und demonstrativer Konsum. (93)

Beide Aspekte sind eng mit feudalen Lebensstilen verbunden. Im Feudalsystem geht die Verachtung körperlicher Arbeit unter anderem auf die Vorstellungen des einflussreichen Kirchenlehrers Thomas von Aquino zurück. Aquino betrachtete körperliche Arbeit als niedrige, die geistige Arbeit aber als edle Arbeit. Mit dieser Unterteilung wurde Aquino auch zum Ideologen und Apologeten der Ständegesellschaft. Letztlich war jedem Menschen seine Stellung in der feudalen Gesellschaft, und damit auch in Hinblick auf Arbeit, qua Geburt gegeben. Nicht-Arbeit war ein Ausdruck einer göttlich gegebenen Höherstellung, die es letztlich zu bewundern galt. Erst mit dem Protestantismus wandelte sich, wenn wir Max Webers Überlegungen folgen wollen, die ethische Bedeutung von Arbeit. Weber postulierte eine enge Verbindung, eine Wahlverwandtschaft, zwischen asketischem Protestantismus und kapitalistischem Streben nach Kapitalakkumulation. Vereinfacht gesagt, wurde das protestantische Streben nach Seelenheil nunmehr säkularisiert. Der wirtschaftliche Erfolg wurde so zum Indikator für einen ethischen Lebensstil. Das zentrale Element, um dies zu erreichen, war die rationale Arbeit: »Nicht Arbeit an sich, sondern rationale Berufsarbeit ist eben das von Gott verlangte.« (Weber 1979: 171) In diesem Sinne wurde der erfolgreich arbeitende Unternehmer im modernen Kapitalismus auch zu einer ethischen Instanz mit gesellschaftlichem Vorbildcharakter. Während so die Kapitalistenklasse meritokratisch legitimiert wurde, konnte umgekehrt auch von den Arbeitern ein ethisch begründeter Fleiß und Gehorsamkeit eingefordert werden.

In den westlichen kapitalistischen Gesellschaften hat sich seit dem 19. Jahrhundert ein auf Leistung basierendes meritokratisches System etabliert. Die soziale Stellung sollte nicht über Ständeordnungen vorgegeben sein, sondern ganz von der individuellen Leistung eines jeden Mitglieds der Gesellschaft abhängig sein. Hierauf gründet das Ideologem vom freien Unternehmergeist, ganz nach dem Motto, dass sich

Leistung lohne. Gerade in neoliberalen Schriften wurde das unternehmerische Selbst immer wieder in den Mittelpunkt gouvernementaler Programme gestellt, die sich an dem Leitbild des ökonomischen Nutzenmaximierers, des homo oeconomicus, orientierten. Diese ethisch-religiöse Transformation von der ständischen Arbeitsteilung hin zur leistungsorientierten Arbeitsethik drückte sich zwar kaum in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung aus, wie vor allem die Proletarisierungsprozesse in der industriellen Revolution in Westeuropa deutlich machen, aber sie blieb bis Ende des 20. Jahrhunderts ein moralisches Grundprinzip westlich-kapitalistischer Gesellschaften.

Für den Soziologen Sighard Neckel ist nun genau der jüngste Übergang vom Industriekapitalismus zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus der Motor der Refeudalisierung, da hierbei die kapitalistische Unternehmerethik im Sinne der Weberschen kapitalistisch-protestantischen Ethik unterminiert wird. Die exorbitanten und blitzhaften »Deals« auf den Finanzmärkten des globalisierten Kapitalismus des 21. Jahrhunderts führten das meritokratische System ad absurdum. Gewinn beruhte nun nicht mehr auf Fleiß, Arbeitssamkeit und rationaler Planung, sondern auf einer risikobreiten Spielernatur. Gleichmaßen waren die möglichen Gewinne so exorbitant hoch, dass sich Quantensprünge auf der Klassenleiter vollziehen lassen konnten. Milliardärsfreundliche Berichte verweisen entsprechend gerne auf die Erfolgsgeschichten von Selfmade-Millionärs. Dabei ist nun weltweit kaum mehr nur der erfolgreiche Unternehmer gemeint, sondern vor allem der smarte Spekulant oder der geniale Erfinder des Informationszeitalters.

Jenseits dieser Newcomer im Kreise der Geldaristokratie gibt es jedoch – gerade in Lateinamerika – auch diejenigen Millionäre, die, wie im Kapitel zur Refeudalisierung der Sozialstruktur herausgearbeitet, ihren Wohlstand über Generationen hinweg nicht nur reproduziert, sondern vervielfacht haben. Auch hier ist der asketisch protestantische Geist des Kapitalismus verfliegen. Stattdessen haben wir es mit einer neuen globalen Geldaristokratie zu tun. Entgegen der rein ostentativen Geldaristokratie, die Thorstein Veblen noch im 19. Jahrhundert ausgemacht hatte, ist die neue globale Geldaristokratie allerdings auch von

kapitalistischen Werten durchdrungen. Und so ist auch die weitere Akkumulation von Kapital im Produktionsprozess auch für die obersten zehn Prozent trotz eines ostentativen Luxuskonsums weiterhin ein gesellschaftlicher Imperativ: »Zwischen 2013 und 2014 ist der Anteil der Milliardäre, die ihr Vermögen vollständig geerbt haben, auf unter 20 % gesunken. Trotz Vermögenstransfers haben die meisten der heutigen Milliardäre ihr Vermögen teilweise oder vollständig selbst geschaffen. Mit anderen Worten: Unternehmertum ist immer noch eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die meisten Menschen den Status eines Milliardärs erreichen. Tatsächlich haben mehr als 48 % der Milliardäre selbst ein Unternehmen gegründet oder mitbegründet.« (Wealth-X 2014: 25)

Aber diese Akkumulation von Kapital über zumeist industrielle Produktion wird – wie bereits im Kapitel über die Refeudalisierung der Ökonomie argumentiert – zunehmend durch rentistische Akkumulationsformen überlagert. »Im vergangenen Jahr hat die Zahl der Milliardäre mit teilweise ererbtem Vermögen sowohl relativ als auch absolut am stärksten zugenommen. Diese Milliardäre, die als ›Erben/Selbstmacher‹ klassifiziert werden, haben den Status eines Milliardärs nur durch eine Kombination aus Erbschaft und harter Arbeit erlangt, entweder durch die Gründung eines eigenen Unternehmens oder durch die Übernahme einer aktiven Rolle in ihrem Familienunternehmen.« (Wealth-X 2014: 25) Auf diese Weise hängt das monetäre Einkommen immer weniger von Fähigkeit und Leistung ab, sondern von Besitz.

Wenngleich sich Lateinamerika durchaus in diese globale Tendenz des kapitalistischen Wertewandels einfügen lässt, so sind doch Besonderheiten zu beachten. Diese sind vor allem in dem kolonialen Ursprung der gegenwärtigen lateinamerikanischen Gesellschaften und dem besonderen Prozess der Eliten-Bildung begründet. Letzter ist – im Vergleich zu Westeuropa – weitaus weniger durch ein meritokratisches Wertebild geprägt. In Lateinamerika ist die gesellschaftliche Arbeitsteilung historisch durch eine rassistische Zweiteilung der Gesellschaft überdeterminiert. Der indigenen und afroamerikanischen Bevölkerung wurde nach der gewaltsamen Eroberung die soziale Position der einfachen (Zwangs-)Arbeit in den Bergwerken, auf den Haciendas

und den Plantagen zugewiesen. Dagegen übernahmen die weißen Eroberer die höher bewerteten Arbeiten, und in Teilen der weißen Elite setzten dann vor allem in der späten Kolonialzeit neue Tendenzen der Feudalisierung ein, was in neuen Adelstiteln seinen Ausdruck fand. Bis heute hat sich in den lateinamerikanischen Eliten ein »aristokratischer Geist« erhalten, auf den die aktuellen Dynamiken der Reifeudalisierung treffen.

4.1 Konsum, Luxus und Prestige

Der ostentative Konsum ist ein zentraler Aspekt, den Thorstein Veblen für die soziale Performanz der Leisure Class herausstellt. Und er ist gerade in der heutigen Zeit von besonderer Bedeutung. Grundsätzlich ist eben weltweit nicht nur eine extreme Polarisierung der Sozialstruktur zu beobachten, sondern auch eine ebensolche Polarisierung im Konsum. Die deutsche Wochenzeitung *Die Zeit* hielt unlängst fest: »Die reichen Konsumenten sind von geringer Zahl, aber überproportional am Kuchen des Einkommens und des Konsums beteiligt. Es gibt Berechnungen aus den USA, nach denen dort die reichsten 22 Prozent der Haushalte 60 Prozent des Konsums tätigen – die ärmsten 20 Prozent aber nur drei Prozent.« (Zeit 2008) Während die Multitude der Ausgeschlossenen sich auf einen »Notwendigkeitsgeschmack« (Bourdieu) beschränken muss, boomt unter den obersten zehn Prozent der Luxuskonsum.

Die Bedeutung von Konsum für soziale Differenzierung kann aktuell nicht unterschätzt werden. Bereits in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg hatte sich von Westeuropa und Nordamerika ausgehend eine globale Konsumgesellschaft ausgebreitet. In apologetischen Schriften wurde der integrative Charakter des Massenkonsums hervorgehoben. Doch in den letzten Jahren lassen sich auch in der Konsumgesellschaft markante Distinktionsprozesse erkennen. Entsprechend kommt der Soziologe Zygmunt Bauman zu dem Schluss: »die auf der Achse der Exzellenz/Unfähigkeit der Konsumleistung gewonnenen oder zugewiesenen Plätze werden zum vorrangigen Schichtungsfaktor und zum Hauptkriterium

der Ein- und Ausgrenzung sowie zur Richtschnur für die Verteilung von sozialer Wertschätzung und Stigmatisierung und zur Teilhabe an der öffentlichen Aufmerksamkeit.« (2007: 53) Konsum ist damit in der globalen postmodernen Gesellschaft nicht nur eine zweckrationale Praxis der Bedürfnisbefriedigung, sondern eine *conditio sine qua non* des gesellschaftlichen Lebens. Identität ist nicht länger nur durch Zugehörigkeit bestimmt, sondern wird als permanentes Projekt über Konsum hergestellt. Dieser Prozess der identitären »self-fabrication« ist allerdings höchst vulnerabel. Für diejenigen, die über keinen Zugang zum Konsum verfügen, ist nicht nur die Identitätsbildung behindert, sondern sie sind auch als Individuen für die Konsumgesellschaft »überflüssig«. In diesem Sinne ist Identitätsbildung durch Konsum kein Faktor der Selbstverwirklichung, sondern ein sozialer Imperativ, der für die Identitätsbildung und die Stellung in der Gesellschaft unabkömmlich ist. Für die Hyperreichen aber stellt somit gerade der Konsum die Möglichkeit dar, über ostentative und vor allem exklusive Lebensstile und die dazu gehörenden Güter, ihren Status in dem Stand der globalen Geldaristokratie zum Ausdruck zu bringen und neofeudale Distinktion zu markieren.

Ein Blick auf die Geschichte des Konsums in Lateinamerika macht deutlich, dass auch nach dem Ende der Kolonialzeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der Geschmack der Eliten auf Europa ausgerichtet war. Gerade Frankreich mit seinem kulturellen Zentrum Paris wurde der unbestrittene Orientierungspunkt für den Luxuskonsum der Oberschichten Lateinamerikas. Selbst der ökonomische und politische Aufstieg der USA konnte Frankreich kaum von seiner kulturellen Zentralposition verdrängen. Im Zuge der forcierten Globalisierungsprozesse ab der Mitte des 20. Jahrhunderts wurde auch der Luxus-Konsum in Lateinamerika kosmopolitischer.

Dabei ist unlängst auch in Lateinamerika ein wahrer Boom im Sektor exklusiver Mode-, Design- und anderer Luxusgüter zu beobachten. Gemäß den Angaben von Euromonitor Internacional hatte Lateinamerika weltweit die höchste Wachstumsrate in diesem Sektor: »mit einem Plus von 24 % bei der Eröffnung von Filialen und einem Plus von 22 % beim registrierten Umsatz. Daher stieg die Anzahl der Filialen und die

damit verbundenen Umsätze. Länder wie Chile, Kolumbien, Brasilien oder Mexiko sind dafür gute Beispiele. Die EI-Daten in dieser Hinsicht zeigen uns, dass der Umsatz dieses Sektors in Chile 2013 um 14 % gestiegen ist. In Brasilien stieg die Nachfrage im selben Jahr zwischen 10 % und 12 % und wird voraussichtlich ein höheres Niveau erreichen. Der bedeutendste Fall ist Mexiko. Der Markt wuchs zwischen 2008 und 2013 um fast 29 %. Bis 2018 wird ein Wachstum von weiteren 34 % erwartet.« (Stecchi 2015)

Dabei haben sich einige lateinamerikanische Städte zu zentralen Orten des Luxuskonsums ausgebildet. Hier sind die wesentlichen internationalen High-End und Luxusmarken der Modeindustrie, der Uhrenmanufaktur und der Juweliere und Parfümprodukte angesiedelt, wie Costa da Silva für Sao Paolo herausgearbeitet hat: »Ketten wie Louis Vuitton, Giorgio Armani, Ermenegildo Zegna, Diesel, Hermes, Chanel, Prada, Gucci, Versace, Montblanc, Rolex, Tiffany & Co, Dior Fendi, Balenciaga, Lanvin, Coach und andere, haben mindestens zwei bis drei Geschäfte in Sao Paulo, die sich in Einkaufshäusern befinden, die nicht weiter als 2 km entfernt sind.« (2015) Der französische Philosoph Gilles Lipovetsky hat in den letzten Jahrzehnten weltweit eine Tendenz zur Explosion des Luxuskonsums ausgemacht, die sicherlich gerade auch zu Festtagen – wie der Weihnachtszeit – in die großen Handelsketten einzieht. Aggressive Werbestrategien der großen Handelsketten sprechen gerade auch die mittleren und unteren Klassensegmente an und befeuern deren Wunsch nach Luxuskonsum.

Entgegen dieser »Massifizierung« des Wunsches nach Luxuskonsums setzen die oberen zehn Prozent auf einen »Neo-Individualismus« bei dem der Luxuskonsum Teil des Lebensstils wird. Lipovetsky, der selber Luxusmarken berät, will entgegen dieser Massifizierung des Wunsches nach Luxus wieder aristokratische Distinktion schaffen. (Zitzmann 2015) Luc Boltanski und Arnard Esquiere haben in diesem Zusammenhang beispielsweise auf die Sammlerleidenschaft von Luxusgütern – Uhren, Oldtimer, Kunstgegenstände – hingewiesen. Auch die Beschäftigung mit anderen exquisiten Hobbies, wie bspw. Yachten, fällt in dieses Distinktionsnormativ, da diese Freizeitbeschäftigungen

so kostenintensiv sind, dass sie von der Mehrheit der 90 Prozent nicht finanziert werden können.

Eine tiefgreifende werttheoretische Überlegung zu diesem Segment der Ökonomie steht noch weitgehend aus. Unlängst kommt aber dem französischen Autorenduo Boltanski und Esquerre das Verdienst zu, erste konzeptionelle Überlegungen zur »Bereicherungsökonomie« angestellt zu haben. (2017, 2017b) Hierzu gehören der boomende Sektor von Luxusgütern, Heritage, Kunst und Kultur. Die Bereicherungsökonomie unterscheidet sich von der industriellen Produktion dadurch, dass »Die Inwertsetzung eines Gegenstandes basiert auf einer – meist in der Vergangenheit verwurzelten – Geschichte und stellt in Aussicht, dass der Preis des durch diese Erzählung angereicherten Gegenstandes im Laufe der Zeit steigt.« (Boltanski und Esquerre 2017: 69)

Den historischen Ursprung dieser Wertform sehen Boltanski und Esquerre in den systematisch aufgebauten Sammlungen im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts in Westeuropa, wenngleich Vorläufer auch in den sogenannten Kuriositäten-Kabinetten des 17. Jahrhunderts zu finden sind. Ganz im Einklang mit der Zeitdiagnose, nach der das Vergangene immer bestimmender wird für die Gegenwart und Zukunft, sieht das Autorenduo den Boom der auf bereichernden Erzählungen basierenden Wertform vor allem im »heritage effect«, der ganz neue »heritage brands« schafft und der in seinem nostalgischen Fieber nahezu einer »heritage mania« (2017: 34) gleicht. Der Hauptverdienst des Konzepts der Bereicherungsökonomie liegt vor allem in seiner materialistisch, polit-ökonomischen Verankerung. Boltanski und Esquerre interessieren sich weniger für die politisch-kulturellen Dynamiken der »Retrotopia« (Bauman 2018), sondern vor allem für die Bedeutung von (Heritage-)Erzählungen für die Werttheorie. Damit erweitern sie die von Marx aufgestellte normale Wertform kapitalistischer industrieller Massenproduktion um die bereits genannte Form der Sammlung, der Trend-Form – bei der die bereichernde Erzählung auf brandaktuellen Bezügen, wie bspw. dem Lifestyle von Celebrities beruht, und letztlich die »asset form«, bei der Güter spekulativ als Geldanlage in Hinblick auf zukünftig erwartete Gewinne erworben werden. (2017: 69-70)

Aus postkolonialer Perspektive ist nun darauf zu verweisen, dass die Form der Sammlung ebenso mit kolonialen Fragen verbunden ist wie Heritage. Gerade die Frage welches Kulturerbe als bewahrenswert gilt, und welches verfallen und vergessen werden lassen kann, ist höchst politisch. (Kaltmeier 2017) In Lateinamerika und der Karibik sticht heraus, dass sich ein Großteil des von der UNESCO anerkannten materiellen Kulturerbes auf koloniale Artefakte und Ensemble bezieht. Insofern ist – wie vor allem Gentrifizierungsprozesse in kolonialen Stadtzentren zeigen – durch das Narrativ des kolonialen Kulturerbes eine »Bereicherung« der betreffenden Artefakte, vor allem von Immobilien, festzustellen, die von Oberschichten ausgenutzt wird. Ähnliches ist in Hinblick auf koloniale Kunstgüter festzustellen.

Über diese werttheoretischen Überlegungen hinaus, die zu einer weiteren Konzentration von Reichtum in den oberen zehn Prozent beitragen, ist die kulturell politische Dimension des kolonialen Heritage-Booms hervorzuheben. In diesem Zusammenhang habe ich in anderen Arbeiten das Konzept der Retro-Kolonialität eingeführt. (Kaltmeier 2011, 2014, 2017) Für die Retro-Kolonialität ist es von entscheidender Bedeutung, die mit dem kolonialen Erbe verbundenen Bezüge zu Gewalt zu beseitigen, um die koloniale Scham, die die Verbraucher am Konsumgenuss hindern könnte, zu bannen. Aus diesem Grund vermeidet die Retro-Kolonialität die Darstellung kolonialer historischer Dynamiken und etabliert so einen ahistorischen Diskurs. Die Retro-Kolonialität gibt nicht vor, die koloniale historische Phase darzustellen, sondern erleichtert die Artikulation mit der Konsumkultur. Insofern veredeln retro-koloniale Narrationen einen Wertgegenstand, indem sie ihm Authentizität und Singularität verleihen. Gleichzeitig bewirken genau diese Aspekte auch eine weitere Distinktion gegenüber populären Kulturen, die auf Exklusivität und kolonial-historisch begründeter Überlegenheitsphantasien beruhen. In einem Kontext, in dem in Lateinamerika in den 1990er Jahren erstmals seit der Kolonialzeit indigene Rechte und Identitäten offiziell anerkannt wurden, birgt die retro-koloniale Aufwertung von kolonialen Imaginarien und der damit verbundenen Höherstellung der weiß-mestizischen Bevölkerungsgruppe der Ober- und Mittelschicht einen gehörigen sozialen Sprengstoff. Die narrati-

ve Veredelung der retro-kolonialen Artefakte, führt zu einer Bereicherungsökonomie, die die soziale Distanz der oberen 1 Prozent zu den 99 Prozent vergrößert, und gleichzeitig den narrativen Rahmen für die Bildung und Verfestigung retro-kolonialer, ständischer, kultureller Identitäten schafft.

4.2 Eine neue Schuldknechtschaft

Ein weitverbreitetes stereotypes Bild Lateinamerikas ist das der Verschuldung. Dieses Bild geht auf die Schuldenkrise der späten 1970er und frühen 1980er Jahre zurück, als sich die lateinamerikanischen Staaten – unter Beratung internationaler Organisationen und der USA – mit billigen Petro-Dollars so hoch verschuldet hatten, dass sie die Schulden und die daraus resultierenden Zinsen beim nachfolgenden Anstieg der Dollar-Kurse nicht mehr bezahlen konnten. Hierbei handelte es sich um klassische externe Staatsschulden. Heute stellt sich das Panorama der Verschuldung in Lateinamerika differenzierter dar. So fällt die staatliche Verschuldung heute im Verhältnis zum BIP des jeweiligen Landes in Lateinamerika im weltweiten Vergleich relativ gering aus. Brasilien liegt Anfang 2018 mit einer Quote von 78,4 Prozent auf dem 40. Platz der höchstverschuldeten Länder der Welt, gefolgt von den USA auf Platz 42. (CIA 2018) Doch die öffentliche Verschuldung ist nur eine Seite der Medaille. Von 2007 an ist in 21 Ländern Lateinamerikas ein so rasanter Anstieg der privaten Verschuldung festzustellen, dass sie bereits ab 2011 den Wert der externen Verschuldung erreicht hat.

Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt sind Brasilien, Guatemala, Nicaragua, Paraguay und Peru die Länder, die die höchsten Raten privater Auslandsverschuldung aufweisen. In Paraguay ist die Privatverschuldung gar dreimal so hoch wie die Staatsverschuldung. Zum Teil können diese hohen Raten auf Public Private Partnerships zurückgeführt werden, zum anderen Teil steigt aber auch die Verschuldung privater Haushalte aufgrund von Konsumkrediten. Lateinamerika gilt weltweit als die Region mit den höchsten Verschuldungsraten durch

Kreditkarten. So stellt Euromonitor International fest: »Drei lateinamerikanische Länder (Kolumbien, Argentinien und Chile) rangierten unter den Top 10 für das schnellste Wachstum der Kreditkartenverschuldung seit 2008. Darüber hinaus befinden sich von den 15 Märkten, die ab 2013 am stärksten auf Kartenkredite angewiesen sind, vier in Lateinamerika (Venezuela, Kolumbien, Argentinien und Brasilien).« (Evans 2014)

In Chile hat die Verschuldung privater Haushalte historische Höchstwerte erreicht, was unter anderem auch auf den leichten Zugang zu Kreditkarten zurückzuführen ist. Laut Euromonitor International nimmt Chile im lateinamerikanischen Vergleich eine Spitzenstellung bei der Verschuldung mit Kreditkarten ein: » Ab 2013 hatten die Chilenen im Vergleich zu allen anderen Märkten der Welt den größten Anteil der gesamten Kreditkartenschulden im Verhältnis zum BIP angehäuft. Tatsächlich hat der durchschnittliche Chilene so viele Kreditkartenschulden, wie man typischerweise bei den Konsumenten der entwickelten Märkte findet. Im Jahr 2013 hatte der durchschnittliche Chilene Kreditschulden im Wert von über 2.100 US-Dollar, womit Chile vor Märkten wie Norwegen, Australien und Großbritannien liegt.« (Evans 2014) Dabei muss allerdings festgehalten werden, dass das durchschnittliche Einkommen in Chile weit unter dem der gerade genannten westlichen Länder liegt.

Die chilenische Verbraucherschutzorganisation CONADECUS geht davon aus, dass mehr als 3 Millionen Chilenen eine Kreditrate nicht haben zahlen können. Dabei ist vor allem eine Überschuldung mit Konsumkrediten festzustellen. Der Soziologe Tomás Moulian hat dies auf eine neoliberale politische Kultur zurückgeführt, die von der alltäglichen Werbung befeuert wird: »Die Werbung verführt, verherrlicht die Produkte, lobt die Möglichkeiten. Die Ideologie erklärt die Moral des Konsums und stellt den Konsum als vollkommenen Akt der Moderne dar, da er Zugang zu Glück, Komfort und Unterhaltung bedeutet.« (1998: 21) Dabei hat die Kreditkarte den immensen Vorteil, dass sie den sofortigen Konsum ermöglicht. Ohne langes Ansparen, ohne Überprüfung der finanziellen Möglichkeiten. Parallel dazu hat sich der Kreditmarkt diversifiziert: 48 Prozent geben an bei Banken verschuldet zu sein und 20 Prozent bei Supermärkten, der Großteil entfällt aber mit

79 Prozent auf die großen Ladenketten. Hier scheint der Wunsch nach der Erfüllung von (kleinen) Luxusbedürfnissen im Zentrum zu stehen. Oft sind multiple Verschuldungen und Umschuldungen festzustellen, die dazu führen, dass ein Großteil der Einkünfte für das Tilgen der Kredite aufgebracht werden muss. Besonders betroffen sind die ärmeren Segmente der Gesellschaft. Nach Umfragen gibt in Chile das unterste Einkommensfünftel 67 Prozent seiner Einkünfte für die Tilgung von Krediten aus. Über 80 Prozent der derart Verschuldeten gehen davon aus, dass sie ihre Kredite nicht mehr zurückbezahlen können. (Conadecus 2011)

Auf Grund der hier sich herausbildenden Abhängigkeitsverhältnisse spricht Conadecus bereits von einer modernen Form der Sklaverei. Präziser scheint es mir, von einer neuen Form der Schuldknechtschaft zu sprechen. Als »peonaje« (oder auch *concertaje* bzw. in Ecuador *huasipungaje*) war die Schuldknechtschaft seit dem 17. Jahrhundert bis Mitte des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika weit verbreitet. Sie basierte auf der Verschuldung von zumeist indigenen Kleinbauern, die dann dauerhaft an die Hacienda gebunden wurden und deren Arbeitskraft ausgebeutet wurde, ohne dass sie sich je aus den Abhängigkeitsverhältnissen befreien konnten. Erst im Zuge der Agrarreformen der 1960er und 70er wurde die Peonaje, als »feudales Relikt« geißelt, dann abgeschafft. Auch bei der Verschuldung über die Konsumkredite kommt es zu einer Form der Schuldknechtschaft. Große Anteile des Einkommens, und damit der Arbeitskraft, werden aufgebracht, die Schulden und die Zinsen zu tilgen. Dabei hat ein beachtlicher Anteil der ärmeren Schuldner kaum die Möglichkeit, je seine Schuld abzutragen und sich aus den Abhängigkeitsverhältnissen zu lösen. Da es sich bei dieser Form der Verschuldung um ein relativ neues Phänomen in Lateinamerika handelt, ist bis jetzt noch weitgehend die erste Generation betroffen, die sich selber verschuldet hat. Nach jetziger Rechtsgrundlage sind jedoch die Nachkommen haftbar und erben so von der vorigen Generation die Schulden. An dieser Stelle zeichnet sich eine Tendenz der ständischen Verfestigung ab, die im 21. Jahrhundert zu Sozialverhältnissen führen, die auf einer neuen Form der Schuldknechtschaft beruhen.

Die Refeudalisierung sozio-ökonomischer Beziehungen ist hier – in einem bislang noch nicht erforschten Ausmaße – im Gang, und die Banken schwingen sich zu den neuen Feudalherren auf. Der von Boltanski und Esquerre diagnostizierten »Bereicherungsökonomie« steht dabei eine Spirale der privatverschuldungsgetriebenen Armutsökonomie entgegen. Es macht gerade Refeudalisierung aus, dass sie auf der Grundlage kapitalistischer und konkreter neoliberaler Werte operiert, dann aber Distinktionsmechanismen einführt, die in eine ständische Verfestigung münden. Diese ständische Verfestigung der oberen ein bis zehn Prozent ist vor allem an der lebensweltlichen Trennung zu den weiteren 90 bis 99 Prozent festzustellen. Es gibt kaum mehr gemeinsam geteilte Räume.

5. Von Zitadellen, Festungen und Mauern

Die erste Raumvorstellung, die das Konzept von Feudalisierung vor dem inneren Auge aufscheinen lässt, ist sicherlich die einer Trutzburg. Mit abweisenden Mauern versehen und hohen Wehrtürmen bestückt, war dieser Burgentyp darauf ausgerichtet, die Bewohner vor den möglichen Angriffen der sie umgebenden Feinde und Barbaren zu schützen. Eine ähnliche Wiederkehr von schützenden Mauern und Überwachungseinrichtungen ist in der gegenwärtigen Konjunktur der Reifeudalisierung gesellschaftlicher Beziehungen und Räume zu beobachten. Dieses gilt für die unterschiedlichsten geographischen Maßstabsebenen von weitläufigen Imperien über Nationalstaaten bis hin zu Stadtteilen und einzelnen Wohnhäusern.

Große Imperien setzten weltweit Mauern ein, um einen materiellen, baulichen Schutz zu gewährleisten und sowohl funktionale als auch symbolische räumliche Trennungen zu vollziehen. Das Römische Reich markierte seine territoriale Expansion durch den Limes, Grenzwege, die zum Teil, wie im Beispiel des Hadrianwalls in Schottland, zu befestigten und bewachten Grenzanlagen ausgebaut wurden. Die chinesischen Imperien begannen bereits im 7. Jahrhundert vor Christus, einen Schutzwall gegen die Invasionen und Überfälle der nomadischen Bewohner der eurasischen Steppe aufzubauen. Vor allem in der Ming-Dynastie (1368-1644) wurde die chinesische Mauer, die als größtes Bauwerk der Menschheit gilt, erweitert und ausgebaut. Auch im 20. Jahrhundert hat die Grenzmarkierung durch Mauern – verwiesen sei auf die Berliner Mauer (1961-1989) oder die Abtrennung des palästinensischen Sektors von Jerusalem – eine ungebrochene Konjunktur.

Der »Fall der Mauer« in Berlin 1989 galt Ende des 20. Jahrhunderts nicht nur als Anfang vom Ende des Kommunismus sowjetischer Prägung, vielmehr wurden hiermit Imaginarien einer grenzlosen, globalisierten Welt befeuert. Dies fand in Konzepten wie dem »global village« oder einer »Weltzivilgesellschaft« seinen Ausdruck. Es verbreitete sich die Vorstellung von der Möglichkeit einer weltweiten kosmopolitischen Integration, die vor allem über Freihandel befördert werden sollte. Entgegen dieser optimistischen Vorstellung fortschreitender weltweiter Integration und der Ausweitung von Demokratie im globalen Kapitalismus, sind gegenwärtig neue geopolitische Grenzbeziehungen festzustellen. Angesichts der zunehmenden Debatte um afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Migration nach Europa werden die Europäische Union bzw. die Mitgliedsländer des Schengen-Abkommens zunehmend als »Festung Europa« bezeichnet. Pikanterweise kommt der Begriff der »Festung Europa« aus der Nazi-Propaganda, und bezog sich auf die Maßnahmen der besetzten Gebiete Nazi-Deutschlands, die zum Schutz gegenüber den Alliierten eingerichtet wurden. Zunächst haben kritische Migranten- und Flüchtlingsorganisationen das Bild der neuen Festung Europa entgegen der oftmals selbstformulierten Imagination eines weltoffenen Europas angeführt. Mittlerweile wird das Konzept von rechtsextremen Aktivisten, unter anderem aus der Identitären Bewegung, übernommen, um die »Abwehr« von Flüchtlingen zu propagieren. Wärmebildkameras, Wach-Patrouillen von Polizei und Militär, die private Grenzschutzagentur Frontex, stacheldrahtbewehrte Sperranlagen, der Bau von Mauern und Zäunen an den Außengrenzen in Griechenland und Spanien, die Einrichtung von Auffanglagern, all dies sind die bereits real existierenden Aspekte einer verschärften Abschottungspolitik. Zeitgenössische Historiker und Soziologen haben vorgeschlagen, das 20. Jahrhundert als das »Jahrhundert der Lager« zu begreifen. Die einen, wie Zygmunt Bauman, verweisen dabei auf die unheilvolle Verquickung von Modernität und Gewalt, während andere Autoren, wie Kotek und Rigoulot, in historischer Vereinfachung das nationalsozialistische Vernichtungssystem mit kommunistischen Systemen gleichsetzen und auf den darin inhärenten Totalitarismus abzielen. Heute verliert dieser zweite Ansatz

in dem Maße an Erklärungskraft, wie auch demokratische Systeme immer neue Lager hervorbringen. Insofern bestätigt sich die These des politischen Philosophen Giorgio Agamben, nach der das Lager das biopolitische Paradigma der westlichen Moderne sei. Dieses zeichnet sich gerade dadurch aus, dass das formale Gesetz ausgesetzt wird und die Insassen nicht als Bürger, sondern als »Personen« behandelt und auf das »nackte Leben« reduziert werden. Vor diesem Hintergrund sind die Auffanglager für Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen, und die willkürlichen Kontrollen an jedem anderen öffentlichen Ort zu begreifen.

Eine analoge Tendenz zur Abschottung zeigt sich an der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze. Nicht nur seit Donald Trumps vollmundigen Ankündigungen, ist die Militarisierung der Grenzregion sowie der Ausbau der Grenzmauer ein Bestandteil US-amerikanischer Migrationspolitik. Dabei ist die Mauer keine Erfindung von Trump. Der Mauerbau wurde 1994 unter der demokratischen Clinton-Regierung mit der Operation Gatekeeper begonnen, und mit dem Illegal Immigration Reform and Immigration Responsibility Act 1996 weitergeführt. Zehn Jahre später baute der republikanische Präsident George W. Bush die Mauer mit dem *Secure Fence Act* aus. Diese Politik wurde auch von Barack Obama weitergeführt. Diese Ausführungen machen deutlich, dass die Abgrenzungspolitik der USA gen Süden seit Mitte der 1990er Jahre stetig ausgebaut wurde – unabhängig von der politischen Couleur der jeweiligen Präsidenten.

5.1 Burgen in der Stadt

Die refeudale Wiederkehr der Mauern und Festungen schlägt sich nicht nur entlang von Ländergrenzen nieder, vielmehr ist sie auch in kleinen räumlichen Einheiten zu beobachten. In Perus Hauptstadt Lima trennt eine über 10 km lange und drei-meter hohe Mauer, auf der Stacheldrahtrollen thronen, das Reichenviertel San Juan de Miraflores von dem Armenviertel Surco. Aus Angst vor Diebstahl und Raub ließen die

Bewohner der Reichenviertel die sogenannte »Mauer der Schande« zur sozialen Abgrenzung bauen. (Boana und Desmason 2016)

Angesichts der Fortdauer von Kolonialität ist es kaum verwunderlich, dass eine solche Mauer gerade in Lima entstand. Lima war in der Kolonialzeit die Hauptstadt des Vize-Königreichs Peru, und verstand sich als »Stadt der Könige«, einen Namen, den die Stadt noch heute führt. In der Folgezeit waren die urbanen Imaginarien von einer Zweiteilung der Stadt in spanisch-stämmige »Patrizier« und indigene »Plebejer« geprägt. Eine Vorstellung, die als koloniale Nostalgie noch bis heute wirkt. (Kaltmeier 2014, Nugent 1992). Die Stadtforscherin Maaria Seppänen beschreibt die hohe soziale ethnische Segregation wie folgt: »Die Plebejer sollen dort bleiben, wo sie hingehören«; sie müssen »ihren Platz« im Raum und in der sozialen Hierarchie »(aner-)kennen« und »sich entsprechend verhalten« (2003: 115). Wenn die Kolonisierten dieser Vorstellung nicht entsprechen, wie dies bei Straßenverkäufern im historischen Zentrum der Fall ist, werden sie zu Objekten, auf die sich Angst, Gewalt und Rassenhass richten.

Dies ist nur ein, wenngleich sehr markantes, Beispiel für die anhaltenden Tendenzen zur Abschottung der reichen Bevölkerung innerhalb des Stadtraums, die zugleich den Stadtraum privatisiert und öffentliche Durchgänge und Passagen schließt. Sighard Neckel bekräftigt in seiner Analyse zeitgenössischer Refeudalisierungstrends, dass die Dichotomisierung der Sozialstruktur ein Schlüsselaspekt ist. Die soziale Distanz zwischen den kosmokratischen Eliten und den Ausgeschlossenen, die der Stadtsoziologe Loïc Wacquant (2007) auch als »urban outcasts« bezeichnet hat, wächst in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Diese Distanz im sozialen Raum hat auch Auswirkungen auf den entsprechenden physischen Raum – einen von Bourdieu verwendeten Begriff. Einerseits stellen wir mit dem Wachstum von Slums, Favelas und anderen Armutsvierteln eine erzwungene Segregation fest (Wacquant 2007); auf der anderen Seite sehen wir neue Formen der Selbstsegregation von Eliten wie die Gated Communities oder die Bunkerarchitektur. Der Urbanist Peter Marcuse (1997) benutzte den Begriff Zitadelle, um diese Selbstsegregation der Elite zu charakterisieren, indem er auf die städtischen Verteidigungsformen der europäischen Feudalzeit anspielt.

Einen ersten Ausdruck findet diese Zitadellen-Form in den zentral geplanten und entwickelten, geschlossenen Wohnkomplexen der Gated Communities. Während sich dieser Wohnsiedlungstyp in den USA in den 1970er Jahren im Zusammenhang mit dem Urban Sprawl und dem Leitbild der autogerechten Stadt entwickelte, setzte er sich in Lateinamerika vor allem in den 1990er Jahren durch. Ein Bericht der Vereinten Nationen hält 2009 fest: »lateinamerikanische und karibische Städte wie Buenos Aires, Mexico-Stadt, Havanna, Kingston, Lima, Naussau, Port Au Prince, São Paulo und Santiago haben einen dramatischen Anstieg der Anzahl der errichteten Gated Communities zu verzeichnen. Allein in Buenos Aires wurden in den 1990er Jahren rund 450 Barrios Cerrados für rund eine halbe Million Einwohner gebaut.« (Irázabal 2009: 33)

Für die sich derart abschottenden Bevölkerungssegmente sind zum einen der Schutz vor Kriminalität, aber zum anderen auch der Wunsch nach sozial-räumlicher Abgrenzung gegenüber als »minderwertig« erachteten Bevölkerungsgruppen wichtige Motive. Entsprechend definiert der Stadtsoziologe Peter Marcuse die refeudale Zitadelle als ein »räumlich konzentriertes Gebiet, in dem sich die Mitglieder einer bestimmten Gruppe, die durch ihre Position der Überlegenheit in Bezug auf Macht, Reichtum oder Status gegenüber ihren Nachbarn definiert ist, versammelt, um diese Position zu schützen oder zu stärken.« (1997: 247) Analog zur geopolitischen Abschottung der »Festung Europa« sprechen Blakely und Snyder (1999) in ihrer klassischen Arbeit zu Gated Communities in den USA von der geopolitischen Imagination der »Festung Amerika«.

Für Brasilien haben Stadtsoziologen argumentiert, dass die Gated Communities ganz nach dem Prinzip der Festungsanlagen der Kolonialherrschaft funktionieren. Es geht darum, »den Eintritt der Unerwünschten unmöglich zu machen; die Existenz von strategischen Reichtümern zu verbergen und die Überwachung des Feindes zu erleichtern.« (Dunker, 2015) In diesem Sinne sind Gated Communities in Brasilien mehr als nur eine Wohnortpräferenz, vielmehr drücken sie einen Lebensstil aus, der auf der »Produktion getrennter Welten« beruht. Das Grundprinzip der Gated Communities besteht gerade

darin, öffentliche Räume, die gemeinsam von verschiedenen sozialen Gruppen frequentiert werden, zu verhindern. Damit bilden sie eine inselartige Enklavenstruktur aus, in deren Inneren soziale Homogenität herrscht, während das öffentliche Leben eingeschränkt wird. (Estrada Mejía und Guerrón Montero 2016)

Doch nicht nur in der räumlichen Struktur drückt sich in den durch Mauern und private Sicherheitsdienste geschützten Gated Communities eine Tendenz zur Refeudalisierung aus. Auch in der äußeren Form greifen die Gated Communities häufig auf feudal-koloniale Elemente zurück. So fassen Raquel Clement und Jill Grant ihre Ergebnisse in Hinblick auf das Aussehen von Gated Communities auf der Karibik-Insel Barbados wie folgt zusammen: »Gating in Barbados spiegelt einen Entwicklungsprozess wider, der die traditionellen urbanen Formen in globalisiertes neo-koloniales Stadtdesign verwandelt.« (Clement und Grant 2012) Gleichermäßen hat Ulises Zarazúa in den Gated Communities, *cotos* genannt, der mexikanischen Metropole Guadalajara eine durchgängige Verwendung von Motiven die auf das iberische kolonial-feudale Erbe positiv Bezug nehmen, festgestellt.

Dabei ist allerdings eine besondere Operation im Umgang mit Kolonialität festzustellen. Um Kolonialität und Feudalität vermarktbar machen zu können, muss diese von den historischen Bedeutungsinhalten, die mit Gewalt, Zwangsarbeit, Ausbeutung und Rassismus verbunden sind, getrennt werden. Diese inhaltliche Entleerung des Signifikanten »Kolonialität« im Kontext von postmodernen Retromoden habe ich an anderer Stelle als Retro-Kolonialität analysiert. (Kaltmeier 2011, 2014, 2015, 2015a)

Ein derart sinnentleerter Signifikant kann nun als Themenkonzept unter anderem in der Stadtplanung eingesetzt werden. Ein zentraler Aspekt beim Design der von professionellen Developern vorangetriebenen Projekten ist das aus dem Disney-Konzern entlehnte »imaging«, d.h. die Verbindung einer thematischen Erzählung (theming) mit dazugehörigen Bildwelten (image) und deren materielle Umsetzung (engineering) (Gottdiener 1995, 2001). Dies zeigt sich auch bei anderen Bauprojekten, wie Shopping Centern. Hier ist das 2008 fertiggestellte San Luis Shopping Center im Valle de los Chillos in Qui-

to, Ecuador, von besonderem Interesse. (Kaltmeier 2011) Das gesamte Shopping Center wurde entlang eines kolonial-ruralen Narrativs wie eine Hacienda gestaltet. Entsprechend lobt die Jury des 32nd Design and International Development Award 2008 of the International Council of Shopping Centers (ICSC): »Architektonisch erhält das Einkaufszentrum die Fassaden der andinen Haciendas mit breiten Wänden, schweren Decken, handgeschmiedetem Eisen und tausenden von Details, die zur spanischen Kolonialzeit gehören. [...] Es wird das erste Projekt in Südamerika sein, das Geschichte, Geschäft und Lebensstil miteinander verbindet. Vor zweihundert Jahren war das Los Chilllos Tal das Herz einer blühenden Gegend mit wunderschönen Haciendas. [...] Heutzutage wird dieser Teil unserer Geschichte durch den Bau eines erstaunlichen Einkaufszentrums bewahrt, das von der Gemeinde als das Herz des Tals betrachtet wird: San Luis Shopping.« (2008)

Ein weiteres herausragendes Beispiel für ein konsequentes koloniales Theming in zeitgenössischen Megabauprojekten ist die Entwicklung der Ciudad Cayalá in der Peripherie von Guatemala-Stadt.¹ Nach der Gründung der Gruppe Cayalá 1982 begannen die Bauaktivitäten. Nach dem Bau mehrerer miteinander verbundener Gated Communities wurde ab 2003 der Entwicklungsplan einer eigenständigen, integralen Stadt – der Ciudad Cayalá- angegangen. Kernstück des neuen Urbanismus ist der Bau eines Shopping Centers 2011 sowie weiterer Wohnungen, Büroräume und sogar einer Kirche. Hinzu kommen Basisversorgungen im Bereich Gesundheit sowie zahlreiche Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. (Ciudad Cayalá 2018) Selbst eine großangelegte Kirche im Kolonialstil fehlt nicht. Das gesamte Projekt umfasst eine Fläche von 352 ha, und ist somit größer als der New Yorker Central Park. Dieser Wohnbereich zielt – mit Wohnungen ab 260.000 US-Dollar – auf die obere Mittelklasse. In der letzten Bauphase sind zudem luxuriöse Wohnungen für die obersten zehn Prozent geschaffen worden. Die gesamte Planung besticht durch einen kolonialen Stil, was sich in weißgetünchten Wänden, Stuckverzierungen, Bogengängen etc. ausdrückt. Damit

1 Ich danke Heinrich Schäfer für den Hinweis auf dieses interessante Bauprojekt.

ist das gesamte Bauprojekt von einer tiefen retro-kolonialen Nostalgie durchzogen. Die kolonialen Zitate sind offensichtlich, jedoch wird in der Selbstdarstellung, wie beim Internetauftritt oder der Facebook-Seite der Developer, in retro-kolonialer Manier die explizite Nennung des Kolonialen vermieden. Doch nostalgisch wird die vergangene historische Ordnung beschworen und über Architektur kulturelle Dominanz zum Ausdruck gebracht: »Die Kirche Santa María Reina de la Familia zielt darauf ab, die größtmögliche Schönheit in der Konstruktion zu erreichen und die Ordnung einer inzwischen verlorenen Sprache der Architektur wiederherzustellen. Damit setzt sie die Geschichte einer jahrtausendealten Tradition in der Kunst der Architektur fort.« (Ciudad Cayalá)

Abbildung 5: Kirche Santa María Reina de la Familia in der Stadt Cayalá, Guatemala.



Quelle: Ciudad Cayalá (2018)

Die Wahl der kolonialen Narration ist keinesfalls zufällig, sondern abhängig von der Akzeptanz des »theming« durch die anvisierte Zielgruppe. In Ecuador ist der politisch-kulturelle Kontext durch die multi-kulturellen Anerkennungspolitiken der Mitte der 1990er bestimmt, die

das Land zunächst als pluriethnisch und 2006 sogar als plurinational definierten. Spiegelbildlich zur Aufwertung indigener Völker, auch für die Narration der Nation, ergab sich eine Krise der weißen Mittel- und Oberschichtsidealitäten. Insofern erweist sich der nostalgische Rückgriff auf feudale und koloniale Narrative als erfolgreiche Marketing-Strategie, die Sicherheit, Authentizität und soziale Distinktion vermittelt. Allerdings kann das retro-koloniale Leitmotiv das Unrecht kolonialer Herrschaft nicht vollständig übertünchen. Noch bis zur zweiten Agrarreform von 1973 gab es in Ecuador Haciendas, die auf dem Prinzip der Leibeigenschaft basierten und deren indigene Landarbeiter der rassistischen Willkür der Hacendados unterworfen waren. (Kaltmeier 2011) Das heisst auch 2008 – bei Einrichtung der Hacienda – gab es noch immer Zeitzeugen, die unter der Hacienda gelitten und die Traumatisierungen erfahren haben. (Kaltmeier 2008)

Abbildung 6: Modell des San Luís Shopping Center, Quito.



Foto: Olaf Kaltmeier

Ähnliche Verweise auf (post-)koloniale Gewalt, die sich auch in Räume eingeschrieben hat, sind auch in Guatemala zu finden. Stefanie Kron argumentiert zur Beziehung von Raum und kolonialer Gewalt:

»Die historische Bedeutung von Raum in Guatemala ist schnell umrissen: Guatemala gehört zu den wenigen Ländern Lateinamerikas mit einer indigen-ruralen Bevölkerungsmehrheit von etwa 70 Prozent. Hinzu kommt die große materielle, soziale und symbolische Dimension des Landbesitzes. Mit beiden Faktoren verbunden ist eine starke ethnisch-räumliche hierarchische Fragmentierung der Gesellschaft, die mit scharfen sozialen Grenzlinien verbunden sind.« (2004: 102) Hieraus ergibt sich in der politischen Kultur Guatemalas ein postkolonialen »Apartheidsregime« (Le Bot 1995: 309), das gerade im Kontext der Aufstandsbekämpfungsprogramme der guatemalteki-schen Militärregierungen der frühen 1980er Jahre in einem rassistisch motivierten Genozid gipfelte. Für die Konfliktphase zwischen 1960 und 1996 gehen internationale Stellen von 160.000 Ermordeten und 40.000 Verschwundenen – vor allem Maya – aus. Nach der formalen Beendigung des Konflikts und dem von den Vereinten Nationen begleiteten Wahrheitsbericht, vollzog sich in den 1990er Jahren eine Wende in der politischen Kultur, die als »Mayanisierung der Gesellschaft« (Bastos 2014: 78) beschrieben wurde. Im Zuge der Anerkennungspolitiken wurde Indigenität – vor allem der Rückgriff auf die Kultur der Maya – immer wichtiger für die nationale Identitätsbildung. Vor diesem Hintergrund wandten sich Teile der ladinischen, weißen Oberschicht – ähnlich wie ihre Gegenüber in Ecuador – wieder nostalgisch konservativen, retro-kolonialen Imaginarien zu.

Retro-Kolonialität und post-rurale Feudalität sind – wie die Beispiele aus Ecuador und Guatemala deutlich machen – eng mit der Ober- und Mittelschicht, die sich vor allem aus ehemaligen Landbesitzern, der Staatsbürokratie der 1970er Jahre und, seit den 1990ern, aus dem entstehenden Finanzsektor zusammengesetzt. Wie in anderen lateinamerikanischen Ländern auch, beispielsweise in Argentinien, dienen die Anspielungen auf rurale, aristokratische Imaginarien als Unterscheidungsmerkmal gegenüber anderen sich bildenden sozialen Schichten und als Form der »kulturellen Mimese« des Lebensstils der traditionellen ruralen Eliten. (Svampa 2008). Im Rahmen der Identitätspolitiken weißer und mestizischer Mittel- und Oberschichtsgruppierungen in Ecuador und Guatemala wird diese Retro-Kolonialität zu einem Mo-

aus sozialer, kultureller und räumlicher Distinktion gegenüber der indigenen Bevölkerung. Damit wird auch deutlich, dass selbst die retrokoloniale Sinnentleerung nicht vollständig erfolgt, sondern immer noch eine Spur der ursprünglichen historischen Bedeutung präsent bleibt. Nicht zuletzt spielen dabei auch konservative religiöse Positionierungen – auch entgegen der Befreiungstheologie oder der interkulturellen Theologie – eine wesentliche Rolle. Vor der Kirche in Ciudad Cayalá wurde eine überlebensgroße Statue von Johannes Paul II. platziert. Wie kein anderer hoher Kirchenvater steht dieser Papst für eine anti-kommunistische, erzkonservative Ausrichtung der katholischen Kirche, was sich in der Zurückweisung der Befreiungstheologie und in der Einsetzung von zahlreichen mit Opus Dei verbundenen Bischöfen in Lateinamerika ausdrückte.

Diese Retro-Kolonialisierung ist jedoch nicht nur auf die identitätspolitischen Dynamiken in der Region zurückzuführen. Vielmehr verbinden sich diese Dynamiken mit den global geführten Debatten um Kulturerbe sowie dessen kulturindustrielle Ausdrucksformen als Heritage-Tourismus. Die lokalen retro-kolonialen Identitätskonstruktionen werden in diesem Sinne durch die transnationalen Agenten im Feld des Kulturerbes begünstigt und anerkannt. Dieser letztgenannte Aspekt ist von höchster Bedeutung, da die kolonialnostalgische Identitätskonstruktion nunmehr nicht allein einer rückwärtsgewandten, traditionellen kreolischen Elite entspricht, sondern im Einklang mit den jüngsten kulturellen Globalisierungsprozessen steht. Die nostalgische Identität bekommt durch die Institutionen des Kulturerbes und internationale Touristen, die auf der Suche nach Vergangenheit und Authentizität sind, eine kosmopolitische Anerkennung. In diesem Sinne handelt es sich nicht um Identitäten, die zurück in die Zukunft blicken, sondern um solche, die die nostalgische Erfindung mit Kulturindustrie und globalen postmodernen Prozessen verbinden.

Gerade mit der Krisenhaftigkeit der aktuellen Transnationalisierungsprozesse, die sich nicht nur in Form sozio-ökonomischer Marginalisierung zeigt sondern auch mit der Auflösung, Verflüssigung und Hybridisierung von Identitäten verbunden ist (Bauman 2000, 2007, Sennett 2000), kann Nostalgie als gegenläufige Dynamik der

selbstreflexiven Verstetigung von Identität in Raum und Zeit (Trigg 2006) aufgefasst werden, die in ihrer identitätspolitischen Wirkmächtigkeit bisher kaum erfasst worden ist. Als spezifische Form der Vergangenheitspolitik geht es bei dem Einsatz von Nostalgie als Ressource im Heritage-Feld gerade nicht um die Erinnerung und historische Aufarbeitung, sondern um eine Harmonisierung von Geschichte, bei der Konflikte und Antagonismen nicht benannt werden. In historischen Stadtzentren in den Amerikas wird so paradoxerweise über die Inszenierung des kolonialen Erbes Kolonialität ausgeblendet.

5.2 Von der Gentrifizierung zum retro-kolonialen Archipel

Die Refeudalisierungstendenzen im urbanen Raum bleiben nicht auf den Modus der Abschottung beschränkt. Vielmehr zeigen sich auch refeudalisierende Praktiken, die auf eine proaktive Aneignung des städtischen Raums abzielen. Um die Aneignungsprozesse zentraler Stadtbereiche zu beschreiben, haben die Urbanisten mit Gentrifizierung bewusst ein Konzept gewählt, das auf den Feudalismus anspielt. Der Begriff leitet sich von »Gentry« ab, einer englischen Gesellschaftsschicht zwischen Hoch- und unterem Adel. Gentrifizierung beschreibt Prozesse der städtischen Transformation, bei denen die ursprüngliche Bevölkerung eines verfallenen und verarmten städtischen Gebiets schrittweise von einer höheren Kaufkraft der oberen Mittelklasse verdrängt wird. In Europa werden Künstler, Bohemiens und alternative Sektoren als erste Stufe der Gentrifizierer (first-stage gentrifier) angesehen. Nach ihrem Eingriff in heruntergekommene historische Bezirke gewinnen diese Sektoren an Attraktivität, was sich dann in den Immobilieneinkommen widerspiegelt. Diese Dynamik befördert die Spekulation und führt in der Regel zumeist zur Verdrängung der ärmeren ursprünglichen Bewohner des Viertels.

In Städten mit kolonialen historischen Zentren wie Quito oder Lima war die strategische Verwendung von Kulturerbe der Schlüssel für die Einleitung der Restauration beziehungsweise der »Wiedereroberung« des historischen Zentrums, in dem sich seit den 1960er

Jahren ländlich-indigenen Migranten niedergelassen hatten. Im Gegensatz zu den westeuropäischen und US-amerikanischen urbanen Gentrifizierungsprozessen können wir hier die Bohème nicht als first-stage gentrifier identifizieren. Mein Argument ist vielmehr, dass der Staat, bzw. die Stadtregierung, in Zusammenarbeit mit Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich des Kulturerbes die Rolle des first-stage gentrifiers eingenommen hat. Das historische Zentrum der ecuadorianischen Hauptstadt Quito war der erste städtische Komplex, der von der UNESCO 1978 zum »Weltkulturerbe« erklärt wurde. Nach den Schäden, die durch das Erdbeben von 1987 verursacht wurden, begann ein massiver Prozess der Restauration, der sich zunächst auf die Sanierung herausragender Monumente, insbesondere Kirchen und Klöster, konzentrierte.

Dabei zielte die Stadt auf die Entwicklung des Tourismus ab. Insbesondere sollten ausländische Touristen mit hoher Kaufkraft angezogen werden. In der Broschüre »Invest in Quito« schreibt die Stadtverwaltung von Quito: »Allgemein gesehen und angesichts des Potenzials des restaurierten historischen Zentrums von Quito kann man in dieser Stadt einen wichtigen Nischenmarkt für den Luxustourismus höchster Kategorie sehen.« (MDMQ 2010: 30) Diese Kundschaft entspricht im Rahmen der Neofeudalismus-Analyse der kosmokratischen Elite, die die Gewinner des neoliberalen Kapitalismus darstellen. Die Stadtverwaltung als *first-stage gentrifier* – beraten von Expertengruppen der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) und USAID – schafft günstige Bedingungen für die Investition von Großkapital in der Altstadt und als Hauptgeldgeber der ersten Phase der Restauration trägt die Stadt das größte Risiko.

Eine Schlüsseloperation für die Aufwertung des historischen Zentrums war die Vertreibung des informellen Handels im Jahr 2001. Mehr als 10.000 informelle Verkäufer und Einzelhändler, die ihre Waren auf einer Fläche von 6,4 Hektar in den Straßen und Gassen des historischen Zentrums verkauften, wurden vertrieben.

In Folge springen auch nostalgische Bewohner Quitos auf die Welle der Gentrifizierung auf, wie Modesto Ponce Maldonado in seinem Roman »Der Palast des Teufels« beschreibt: »Häuser, die die alten

Oberschichten, die vor fünfzig Jahren die Altstadt verließen, um im Norden zu leben, bewohnt hatten, werden nun von Nostalgikern und Buchliebhabern besetzt, um der nun fast fünf mal hundert Jahre alten Stadt zum alten Glanz zu verhelfen. Damit soll dem Tourismus zu Siegeszug geholfen werden und die Löcher im Sack des Bruttosozialprodukts gestopft werden.« (2005: 280). Dieser Prozess der Gentrifizierung wird – wie der Historiker Eduardo Kingman beschreibt – »durch eine veritable Gouvernamentalisierung und Biopolitik der städtischen Bevölkerung begleitet, der es um die Kontrolle der »gefährlichen« Sektoren wie fliegende Händler, Straßenverkäufer, Bettler und Prostituierte geht.« (Kingman 2004) Durch direkten Zwang, Verhandlungen und den strukturellen Zwang der Bodenrente werden die subalternen Sektoren verdrängt. Im Jahr 1974 hatte das historische Zentrum von Quito noch 90.000 Einwohner. Im Jahr 2001 sank die Einwohnerzahl auf 51.000. Zudem wurde der Lebensstandard der verbliebenen subalternen Bevölkerung nicht verbessert. In einer Studie der Internationalen Entwicklungsbank weist Pedro Jaramillo darauf hin, dass – aller Investitionen zur Stadterneuerung zum Trotz – immer noch 84,4 Prozent der Gesamtbevölkerung des historischen Zentrums unterhalb der Armutsgrenze leben. (2010: 34) Dennoch gilt die Wiederinstandsetzung des historischen Stadtzentrums von Quito als *best-practice*-Beispiel. Gerade auch die Umsiedlung der Straßenverkäufer auf der emblematischen Plaza San Francisco wird als positives Beispiel für Umsiedlungsmaßnahmen gelobt, da – beispielsweise im Gegensatz zu Lima – nur eine begrenzte Anwendung von Gewalt erfolgte. Aber die Stadt beschränkt sich nicht allein auf die Wiedergewinnung insulärer monumentaler Stätten des Kulturerbes, vielmehr stellt sich Kulturerbe als Dispositiv für eine dynamische und fortschreitende Modernisierung und Gentrifizierung der Stadt dar.

Ein emblematisches Beispiel hierfür ist die »Rückeroberung« der Straße La Ronda in 2006. La Ronda galt zuvor als Brutstätte von Prostitution und Kleinkriminalität. In den 1990ern war sie für die in die Altstadt strömenden Touristen wie auch für die quiteñer Mittel- und Oberschicht ein »no-go-area«. Heute dagegen ist sie eine vielbeworbene Attraktion, die mit landestypischem Essen, Kulturveranstaltungen

und Souvenirläden täglich Hunderte von Touristen anzieht. Die Stadtverwaltung hat in der Straße Informationstafeln aufgestellt, die die Geschichte und kulturelle Einzigartigkeit von La Ronda als Straße der Bohème in Quito herausheben. Allerdings gibt es keinen Verweis auf die Vergangenheit als Bordell der Stadt. Auf diese Weise wird eine retrokoloniale Stadtlandschaft produziert, die eine eingeschränkte und regulierte Geschichtsnarration präsentiert und das koloniale Erbe in Szene setzt. Dabei wird der Beitrag populärer Kultur, vor allem der der Unterschicht, für die Stadtgeschichte unterdrückt und letztlich die urbane Polyphonie durch einen retrokolonialen Einheitsdiskurs ersetzt. Es entsteht das Paradox, dass die Wiedergewinnung von Kulturerbe durch Restauration somit letztlich der lebendigen Stadtkultur ein Ende setzt. Die Straße wird zum Themenpark.

Am Ende der Amtszeit des Bürgermeisters Paco Moncayo ist ein Großteil des Stadtgebiets mit historischen Monumenten zurückgewonnen und restauriert worden. La Ronda wurde zur südlichen Grenze der Restauration der historischen Innenstadt. Eine Innenstadt, die mit Polizeikräften und privaten Sicherheitsdiensten einer derart strikten Überwachung unterliegt, (Martínez 2009: 103) dass sie eher einem privatwirtschaftlichen Mall oder Vergnügungspark denn einem öffentlichen Raum gleicht.

Zusammenführend kann festgehalten werden, dass die in verschiedenen Formen der Zitadellen in der Stadt nicht einfach als insuläre Räume zu begreifen sind. Vielmehr sind die diversen »Inseln« – von der Gated Community, über das Shopping Center und das internationale Museum bis hin zum gentrifizierten Stadtzentrum – miteinander über gut ausgebaute Verkehrswege verbunden. Insofern ist hier von einer urbanen Landschaft zu sprechen, die wie ein fraktales Archipel strukturiert ist. In selbstähnlicher Wiederholung gleicht sich die retrokoloniale Formensprache der verschiedenen räumlichen Knotenpunkte. Auch auf der Ebene der funktionalen Formen gibt es insofern fraktale Reproduktionen, als dass Shopping Center, Flughäfen, und andere Orte des kosmopolitischen Geldadels weltweit gleichartig aufgebaut sind. Für die Orientierung ist das gewählte architektonische Leitmotiv sekundär. Beim Eintritt in ein Shopping Center, weiss der kosmopoliti-

sche Konsument, was ihn wo erwartet. So gibt es die Eckgeschäfte, die gleichen Luxusgeschäfte und den Food-Corner, in dem transnationale Ketten vertreten sind.

Jenseits der Verwendung kolonialer Motive für die architektonische Gestaltung liegt der eigentliche Kern der Refeudalisierung von Raum in diesem neuen globalen Archipel, das eine trennende und verbindende Neustrukturierung von Raum umfasst.

Der verbindende Charakter liegt darin, dass die neuen zentralen Orte der Kosmokraten weltweit in einem exklusiven Netzwerk miteinander verbunden sind. Informationstechnologie macht von jedem Punkt im Netz mit jedem anderen Punkt im Netz eine Kommunikation in Echtzeit möglich. Geld, Waren und auch Menschen können in diesem weltweiten Netz in rasanter Geschwindigkeit zirkulieren. Die sogenannten »global cities« stellen dabei die zentralen Knotenpunkte dar, über die die Steuerung der globalen Netzwerkesellschaft (Castells) erfolgt.

Doch parallel zu diesen global miteinander verbundenen beziehungsweise verflochtenen Räumen sind neue räumliche Trennungen zu beobachten. Dieser sozial desintegrierende Trennungsprozess zeigt sich auch gerade in den Metropolen der weltweiten Netzwerkesellschaft. Dazu Manuel Castells: »Aber das Wichtigste an den Mega-Städten ist, dass sie extern an globale Netzwerke und an Segmente in ihren eigenen Ländern angeschlossen sind, während sie intern Menschen vor Ort abkoppeln, die entweder funktional unnötig sind oder sozialen Sprengstoff darstellen.« (2001: 459-460) Wie auch das Archipel der Super-Reichen sich global bis in jeden lokalen Winkel erstreckt, so gilt dies in gleichem Maße für die abgekoppelten Ortssegmente. Dem Archipel, das sich wie ein Gitternetz über den Globus legt, stehen die abgekoppelten Orte entgegen, die von der weltweiten Vernetzung weitgehend ausgeschlossen sind.

Gerade in den urbanen Metropolen zeigen sich die sozialräumlichen Fissuren und Brüche besonders markant. 2003 legte UN-Habitat mit »The Challenge of Slum« einen Bericht vor, demnach die Menschheitsgeschichte an einem Wendpunkt steht. Nunmehr leben mehr Menschen in Städten, als auf dem Land. Und die große Mehrheit die-

ser Stadtbewohner lebt in Slums. (Davis 2007) Die räumliche Trennung durch die »Mauer der Schande« zeigt – ebenso wie das räumliche Nebeneinander von Favelas und reichen Gated Communities in brasilianischen Metropolen – welche kleinflächigen Muster sozialräumliche Segregation in den hyperfragmentierten Stadträumen annehmen kann.

Zwar mag es durchaus eingeschränkte soziale Beziehungen zwischen diesen räumlichen Segmenten und deren Bewohnern geben. So sind die urbanen Armen zum Teil als Reinigungskräfte, Haushälter, Gärtner etc. in den Reichenvierteln tätig. Doch ergibt sich keine festere soziale Beziehung. Während in der Feudalzeit eine hierarchische Beziehung zwischen Feudalherren und den Leibeigenen etabliert wurde, die auch als soziale Form in Redistributionsbeziehungen münden konnte, so sind heute die standesübergreifenden sozialen Beziehungen minimiert. Im Vergleich von marginalisierten und sozial (oft auch ethnisch) segregierten Stadtvierteln hat der Soziologie Loïc Wacquant in diesem Kontext die Begriffe von »urban outcasts« und deren räumliche Verortung im »Hyper-Ghetto« eingeführt. Anders als im Ghetto der 1950er und 60er, in dem es noch kommunitäre Sozialbeziehungen gab, besteht das Hyper-Ghetto durch die ubiquitäre Verbreitung von Gewalt und die Auflösung sozialer kollektiver Beziehungen auch innerhalb der Ghettos.

Umgekehrt befördert auch die – von den *crónicas rojas* der Massenmedien befeuerte – Produktion von urbanen Imaginarien der Angst die soziale Konstruktion von einerseits no-go areas in der Stadt und andererseits die Selbstabschottung der Reichen in abgesicherten Zitadellen. (Zarazua 2011)

Mit der sozialen Fragmentierung der Stadt kommt räumlich das Ende der modernen Vorstellung einer klassenübergreifenden sozial integrierten Gesellschaft zum Ausdruck. Es gibt eine Homologie zwischen dem auf vielfacher Segregation beruhenden Habitat, den sich im Habitus kristallisierenden Lebensstilen und der extremen Polarisierung des sozialen Raums. Die Refeudalisierungsdynamiken beerdigen die Idee der klassenübergreifenden Gesellschaft. Statt öffentlicher Räume, die klassenübergreifende Begegnungen möglich machen,

bewegen sich die unterschiedlichen Stände in eigenen, abgetrennten und kontrollierten Räumen. Statt einer arbeitsteiligen integrierten Gesellschaft, haben wir es mehr und mehr mit einer refeudalisierten, extrem hierarchisierten segmentären Gesellschaftsform zu tun.

6. Millionäre an die Macht

In der globalen, höchst segregierten Netzwerkgesellschaft verändern sich die Muster politischer Zugehörigkeit. Während weltweit sicherlich noch für den Großteil der Weltbevölkerung die an Nationalstaaten gebundene Staatsbürgerschaft – in ihren Varianten von *ius sanguinis* (wie in Deutschland) und *ius solis* (wie in den Amerikas) – bestimmend für politische Zugehörigkeit ist, so zeigen sich unter Kosmokraten Auflösungstendenzen dieses Prinzips. Unter dem obersten einen Prozent scheint ein eigenes, exklusives Verständnis von *global citizenship* zu entstehen, das nicht mehr mit klassischen bürgerlichen Werten und dem Gefühl nationaler Zugehörigkeit verbunden ist. Stattdessen geht es zuallererst um die individuelle oder dynastische Besitzstandswahrung. Dies findet seinen Ausdruck in den derzeitigen Programmen des »Citizenship by investment«. Im Kern geht es darum, dass Steueroasen Milliardären – vermittelt über spezielle Finanzdienstleister – die Staatsbürgerschaft zum Kauf anbieten. Dabei wird die Staatsbürgerschaft für die gesamte Familie und die zukünftigen Nachkommen zu niedrigsten Steuersätzen angeboten. Zumeist gibt es keine Einkommens- und Erbschaftssteuer sowie keine Besteuerung von Reichtum. Eine Residenzpflicht ist oft nicht gefordert, aber mit den neuen Pässen können die meisten relevanten Länder der Welt, darunter die Schengen-Länder der EU visa-frei bereist werden. In Lateinamerika bieten gerade die Inselstaaten der östlichen Karibik, wie Antigua und Barbados, Grenada, St. Kitts und Nevis oder Dominica – aber auch einige europäische Länder – ihre Staatsbürgerschaft zum Kauf an. Oftmals reicht eine Einmalzahlung von 100.000 US-Dollar um die Staatsbür-

gerschaft zu erlangen. Diese Programme erklären den bereits in dem Kapitel über die Refeudalisierung der Sozialstruktur erörterten Anstieg von Milliardenären auf den Britischen Jungferinseln, den Kaimaninseln und Barbados. Diese Tendenz ist in zweierlei Hinsicht höchst problematisch. Zum einen wird das Schicksalsprinzip der sogenannten »birthright lottery« für die Geldaristokratie ausgehebelt. Das 1 Prozent setzte sich durch die Möglichkeit des Kaufs von Staatsbürgerschaft von den etablierten und international anerkannten politischen Gemeinschaften ab. Diese Absetzung hat, zweitens, ganz materielle Auswirkungen. Der akkumulierte Reichtum beruht zumeist in nicht unerheblichem Maße auf öffentlichen Leistungen der Herkunftsländer – man denke an das Bildungssystem, von dem nicht nur die Geldaristokratie, sondern vor allem auch deren Funktionselite profitiert, sonstige Sozial- und Gesundheitssysteme, Infrastruktur sowie die Aufrechterhaltung öffentlicher und auch internationaler Sicherheit. Durch den Erwerb einer anderen, steuerfreien Staatsbürgerschaft entziehen sich Teile der Kosmokratie den distributiven Solidarsystemen und privatisieren die Erlöse. In diesem Sinne ist die Diskussion um Staatsbürgerschaft – jenseits des massenmedialen Blicks auf Migranten aus dem Globalen Süden und die Frage von »dem Recht des Blutes« oder »dem Recht des Bodens« – dringend um die Problematik des »Recht des Geldes« zu erweitern.

Während dieser Teil der globalen Geldaristokratie vor allem auf private Besitzstandswahrung ausgerichtet ist, so gibt es eine andere Fraktion dieses privilegierten Standes, der aktiv in die Politik der Heimatländer einwirkt. Entsprechend ist die Verstrickung ökonomischer Macht in das politische Feld ein besonderes Kennzeichen der gegenwärtigen Refeudalisierungstendenzen. Im Habermasschen Sinne kann von einer massiven Kolonialisierung des politischen Raums durch ökonomische Interessen ausgegangen werden. Diese politische Tendenz der Refeudalisierung untergräbt die Leitprinzipien demokratischer Systeme, wonach die politische Macht vom Volke ausgeht, welches diese Macht entweder direkt oder aber über repräsentative Verfahren ausübt. Dabei werden alle Staatsbürger, sofern sie die Volljährigkeit erlangt haben, als gleich betrachtet. Aktuell ist jedoch – wie Colin Crouch in »Postdemokratie« argumentiert – nicht ein einfacher

Rückfall in den Feudalismus zu konstatieren, vielmehr werden die bestehenden formaldemokratischen Strukturen kolonialisiert: »Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind [...], entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen immer weiter in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert.« (2008: 13) Crouch sieht hier vor allem auch eine Veränderung in der politischen Kommunikation, die von Werbestrategien, Spin-Doktoren und Lobbygruppen bestimmt wird. In seiner ersten Skizzierung globaler Refeudalisierungstendenzen weist Sighard Neckel auf die Refeudalisierung des Wohlfahrtsstaates hin. Diese drückt sich darin aus, dass die öffentliche Sozialpolitik zunehmend durch die Leistungen privater Stiftungen und Spenden ersetzt wird. Soziale Rechte, die zuvor von den staatlichen Sozialsystemen erfüllt wurden, werden nunmehr privatisiert. Die Bedürftigen werden ihrer Rechte beraubt und müssen sich in die Abhängigkeit von privater Mildtätigkeit begeben.

Diese vor allem in angelsächsischen Bereich ausgeprägte Charity-Welle ist nun in Lateinamerika von weitaus geringerer Bedeutung. Stattdessen zeigt sich hier unlängst eine andere, weitaus direktere Form der Refeudalisierung: Die Geldaristokratie übernimmt selbst die politische Macht. Mit dem abklingenden Zyklus der Linksregierungen in Lateinamerika manifestiert sich in den 2010ern ein massiver Rechtsruck in der Region in dessen Zuge Vertreter der Geldaristokratie in die Regierungen Einzug halten und zum Teil – wie in Argentinien mit Mauricio Macri und in Chile mit Sebastián Piñera – direkt das höchste politische Amt übernehmen. Hierbei handelt es sich nun – wie auch bei den in den vorigen Kapiteln analysierten Refeudalisierungsprozessen – keineswegs um eine genuin lateinamerikanische Dynamik. Die Präsidentschaft des Milliardärs Donald Trump in den USA verweist auf den globalen Charakter dieser Refeudalisierungstendenz. Und dieser Fall macht auch die politische Verquickung von ständischen Interessen auf die – formal dem Gemeinwohl verpflichtete – Staatspolitik deutlich. Zu nennen sei nur die Umverteilung von »unten« nach »oben« in der

Ende 2017 beschlossenen Steuerreform, die nicht zuletzt Trump selber und seiner Familie üppige Steuernachlässe beschert.

Wie der Aufstieg Trumps vor allem als ultra-konservative Reaktion auf die liberale und vor allem multikulturell ausgerichtete Obama-Präsidentschaft zu verstehen ist, so kann auch der politische Aufstieg der konservativen Millionäre in Lateinamerika als Reaktion auf die Linksregierungen begriffen werden. Für die Geldaristokratie konnte eine dauerhafte Besetzung der politischen Macht durch Vertreter der »unteren Stände«, die zudem noch die Spuren afro-amerikanischer oder indigener ethnischer Marker tragen, nicht geduldet werden.

Als einer der ersten Millionärspräsidenten, die sich gegen den regionalen Linkstrend in Lateinamerika stellten, gilt Sebastián Piñera in Chile. Er wurde 2010 der erste konservative Präsident in Chile nach dem formalen Ende der Militärdiktatur 1990. Bei seinem Amtsantritt wurde sein Gesamtvermögen auf 2,2 Milliarden US-Dollar geschätzt. Dabei hielt er hohe Anteile an der Fluglinie LAN-Chile, war Besitzer eines TV-Kanals, hielt Anteile an den privaten Pensionsfonds und Immobilienunternehmen. Zudem war er in Chile Vertreter für die Visa und Master Card sowie für Apple. Größere Akzente konnte er in seiner Amtszeit allerdings nicht setzen, und im Zuge der Studierendenproteste von 2011, die sich vor allem gegen das privatisierte und klassesystemische Bildungssystem richteten, verlor er rasant an politischer Legitimität. Piñera wurde abgewählt und 2014 übernahm die sozialdemokratisch ausgerichtete Michelle Bachelet wieder die Präsidentschaft. Nach einem rasanten Legitimationsverlust der Bachelet-Regierung im Besonderen und der politischen Klasse im Allgemeinen gewann Piñera dann 2017 die Präsidentschaftswahlen und trat seine zweite Amtszeit im März 2018 an. Trotz dieser Rechtswende in Chile sind grundlegende Kursänderungen, vor allem in der Wirtschaftspolitik kaum zu erwarten. Denn in Chile wurde die Kontinuität des neoliberalen Wirtschaftssystems auch unter den sozialdemokratisch ausgerichteten Regierungen gewahrt. Entsprechend hatte Piñera schon in seiner ersten Regierungszeit kaum einschneidende Änderungen vornehmen können. Allein die massiven Protestwellen 2019/2020 haben einen bemerkens-

werten politischen Prozess angestoßen, der zu einer Überarbeitung der aus der Pinochet-Diktatur stammenden Verfassung zum Ziel hat.

In Argentinien führte 2015 die Wahl des Milliardärs Mauricio Macri zum Präsidenten zu einem tiefgreifenden Bruch mit einer zwölf Jahre währenden Phase des »Kirchnerismo«. Unter Néstor Kirchner, der von 2005 bis 2007 argentinischer Präsident war, wurde Argentinien zu einem Eckpfeiler der Linkswende in Lateinamerika. Unter seiner Frau Cristina Fernández de Kirchner wurde die postneoliberale Politik in zwei Regierungszeiten 2007-2011 und 2011 bis 2015 fortgeführt. Mit Mauricio Macri hat nun eine rasante Kehrtwende hin zu neoliberalen Politiken stattgefunden, die gerade auch (transnationale) Unternehmen und die obersten zehn Prozent befördert. Mauricio Macri selber, ist Sohn des Millionärs Franco Macri, der sein Vermögen vor allem in der Bauindustrie aufgebaut hat, ist in die Geldaristokratie Argentinien hineingeboren worden. Die Gruppe Macri, oder Gesellschaft Macri (SOCMA) ist eines der wichtigsten Konsortien in Argentinien. Neben der Bauindustrie gehören zu dem Konglomerat Unternehmen aus den Bereichen der Automobilindustrie, Post (die unter Carlos Menem privatisierte argentinische Post), Bergbau, Entsorgungsunternehmen und der Lebensmittelindustrie, die über Argentinien hinaus auch in Brasilien, Panama und Uruguay angesiedelt sind. Es bleibt abzuwarten, inwiefern der peronistisch-kirchneristische Kandidat Alberto Ángel Fernández, der sich bei den Wahlen 2019 durchsetzen konnte, an die links-sozialdemokratische Politik der Kirchner-Regierungen anschließen kann.

In Paraguay ersetzte der Milliardär Horacio Cartes 2013 die Linksregierung unter dem befreiungstheologisch geprägten Präsidenten Fernando Lugo. Im Rückblick kann die Absetzung von Fernando Lugo in einem politischen Prozess, bestätigt durch die Abgeordnetenkammer des Parlaments, als Blaupause für den »kalten Putsch« gegen Dilma Rousseff in Brasilien gesehen werden. Die Abgeordnetenkammer, in der Lugo nicht die Mehrheit hatte, setzte den gewählten Präsidenten in einem international nicht anerkannten Verfahren ab. Als Sanktion wurde Paraguay aus dem Mercosur und dem Unasur ausgeschlossen. Der neue, konservative Präsident Federico Franco übte sich in Nepo-

tismus, indem er freizügig Ämter an Familienangehörige vergab. 2013 musste er auf Grund des steigenden politischen Drucks die Präsidentschaft an Horacio Cartes übergeben. Während Lugo die Rolle des Staates in der Wirtschaft – gerade auch gegen Lobbygruppen aus dem Agrobusiness – wieder gestärkt hatte, betreibt Cartes eine neoliberal inspirierte Umgestaltung des Staatsapparates. Neoliberale Technokraten mit einer Ausbildung in den USA und konservativer Grundausrichtung drängten in den Staatsapparat, der nach dem Vorbild eines Unternehmens umgestaltet wurde. Dabei kann Cartes auf die Erfahrungen mit seinem Industriekonglomerat, der Cartes-Gruppe, zurückgreifen. Dieses setzt sich aus Tabakindustrie, Agroindustrie, Banken, Unternehmen im Transportsektor und Brauereien zusammen, und gilt als eines der größten Industriekonglomerate Paraguays.

Ähnlich wie in Paraguay erfolgte die Refeudalisierung des politischen Feldes in Brasilien durch einen sogenannten »kalten Putsch«. 2016 brach die PMDB die bestehende Regierungskoalition mit der Arbeiterpartei und entzog der Präsidentin Dilma Rousseff das Vertrauen. Die Opposition – in Kooperation mit dem der PMDB angehörigen Vize-Präsidenten Michel Temer – stellte ein Misstrauensvotum gegen Rousseff, das zuerst im Abgeordnetenhaus und dann im Senat eine Mehrheit erzielte. Rousseff wurde Korruption und die Manipulation des Staatshaushalts vorgeworfen – bis heute gibt es jedoch keine rechtliche Verurteilung. Vielmehr liegen öffentlich gemachte Geheimabsprachen vor, die Nahe liegen, dass gerade umgekehrt die Korruptionsbekämpfungsprogramme, die von Rousseff initiiert wurden, durch die Absetzung Rousseffs gestoppt werden sollten, da sie vor allem Abgeordnete der PMDB, unter anderem Temer höchstpersönlich, sowie die Spitzenmanager des in Korruptionsskandale verstrickten staatlichen Erdölkonzerns stark belasteten.

In Bolivien hatte Evo Morales sich durch die Justiz und die Organisation Amerikanischer Staaten eine 4. Präsidentschaftskandidatur bestätigen lassen und sich damit über ein Referendum, dass eine erneute Kandidatur ablehnte, hinweggesetzt. Bei den Präsidentschaftswahlen im November 2019 konnte Morales weit über 45 % der Stimmen erzielen, jedoch kam es zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen um einen 10% Ab-

stand zu dem zweitplatzierten Hauptkonkurrenten Carlos Mesa. Über die sozialen Medien verbreiteten sich in Windeseile Vorwürfe der Wahlmanipulation, und auch die OAS wiesen auf Unregelmäßigkeiten hin, während zwei weitere internationale Studien keine Hinweise auf eine systematische Manipulation sehen. Dessen ungeachtet kam es in Bolivien zu Massenprotesten beider Lager in dessen Verlauf die Militärs sich auf die Seite der Regierungskritiker schlugen und der Militärchef den Präsidenten am 10. November zum Rücktritt aufforderte. Einen Tag später ging Morales, der bereits am Vortag Neuwahlen angekündigt hatte, ins Exil nach Mexiko. Unter Ablehnung der MAS-Mehrheit im Parlament trat die konservative Jeanine Áñez Chávez das Amt der Interimspräsidentin an. Ihr Kabinetts setzt sich – u.a. beeinflusst von dem rechtsextremen Politiker und Millionär Luis Camacho – vor allem aus Vertretern der weißen Wirtschaftselite aus Santa Cruz zusammen.

In Ecuador hingegen konnte sich die Rechte mit ihrem Zugpferd, dem Multi-Millionär Guillermo Lasso, nicht an den Wahlurnen (oder über Putsch) gegen die bürgerlich-sozialdemokratisch ausgerichtete Regierung von Alianza País unter der Führung von Präsident Rafael Correa durchsetzen. 2013 erlitt Lasso eine krachende Niederlage gegen den amtierenden Präsidenten Rafael Correa, der das Doppelte der Stimmen Lassos erhielt. Und 2017 musste sich Lasso dem Nachfolger Correas, der nicht für eine weitere Amtszeit antreten durfte, geschlagen geben. Doch wandte sich der von Correa ausgewählte Nachfolger, Lenín Moreno, zunehmend soweit von seinem Gönner ab, dass eine veritable Männerfeindschaft entstand. Parallel dazu näherte sich Moreno politisch immer mehr den rechts-konservativen Positionen der Wirtschaftselite an.

Wenngleich Donald Trump sicherlich die Tendenz der Kolonialisierung des politischen Feldes durch ökonomische Interessen paradigmatisch zum Ausdruck bringt, so ist er hierfür dennoch nicht der Pionier. Im internationalen Rahmen ist in diesem Zusammenhang vor allem auf die Präsidentschaft von Silvio Berlusconi in Italien zu verweisen, der über sein Medienimperium auch die politische Kommunikation massiv veränderte. Trump und Berlusconi machen deutlich, dass die jüngsten Refeudalisierungsprozesse im politischen Feld in Latein-

amerika kein Ausdruck vermeintlich rückständiger, autoritär geprägter politischer Kulturen ist, sondern Bestandteil eines globalen Prozesses der Refeudalisierung.

Die Tendenzen zur Refeudalisierung des politischen Feldes zeigen sich in Zentral- und Südamerika schon deutlich seit Ende der 1990er Jahre in der Hochphase neoliberaler Politiken. Im Folgenden sollen einige besonders emblematische Fälle benannt werden. Der Unternehmer und Manager u.a. für Coca-Cola, Vicente Fox war für die konservative PAN von 2000 bis 2006 mexikanischer Präsident. Seine Präsidentschaft wurde zunächst von weiten Teilen der Gesellschaft als Abkehr von der Einparteienherrschaft der PRI begrüßt. Doch durch steigende Steuern auf Grundnahrungsmittel und Güter des alltäglichen Lebens rief er Proteste hervor. In Panama war von 2009-2014 der Großunternehmer Ricardo Martinelli Präsident. Er ist vor allem bekannt als Besitzer der größten Supermarktkette des Landes, Súper 99. Zudem ist er Anteilseigner verschiedener panamaischer Unternehmen, unter anderem der Tageszeitung *Diario por la Democracia S.A.* sowie von *Televisora Nacional de Panamá*. Damit hatte Martinelli ein berlusconisches Potential der politischen Kommunikation.

Bisher wurde hier argumentiert, dass dieser Aufstieg der Geldaristokratie in die höchsten politischen Ämter des Staates im Kontext einer rezenten globalen Konjunktur der Refeudalisierung zu sehen ist. An dieser Stelle muss diese Argumentation mit einer historischen Hilfshypothese gestützt werden. So gilt für Lateinamerika, dass die diagnostizierte globale Konjunktur der Refeudalisierung des politischen Feldes mit einer strukturellen, letztlich auf den Prozess der Kolonisation zurückführbaren Dominanz der Elite in der politischen Kultur in Lateinamerika verflochten ist.

So haben die lateinamerikanischen Revolutionen in den 1820er Jahren zwar zu einer Loslösung von den europäischen Kolonialmächten und in Hispano-Amerika zur Etablierung formaldemokratischer Republiken geführt, doch gab es – mit Ausnahme der sogenannten Sklavenrevolution in Haiti – keine soziale Revolution, in deren Folge es eine Veränderung in der Zusammensetzung der Elite gegeben hätte. Insofern durchziehen die engen Verflechtungen zwischen ökonomischen

Eliten und politischer Macht die lateinamerikanische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Doch gerade im ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhundert sind mit dem Metallarbeiter Lula da Silva, dem indigenen Coca-Bauern Evo Morales, dem Busfahrer Nicolás Maduro und dem farbigen Soldaten Hugo Chávez Persönlichkeiten mit einem popularen Hintergrund im politischen Feld bis in das Präsidentenamt aufgestiegen. Nach dem legitimatorischen Rückbezug auf die einfache Bevölkerung, wie er in dem aufkeimenden Populismus der 1940er Jahre aufkam, drängten nun Akteure aus den unteren Bevölkerungsgruppen an die politische Macht und verkörperten die Hoffnung auf eine reale Demokratisierung. In diesem Sinne stellt die massive Rückkehr der Geldaristokratie an die direkten Hebel der politischen Macht, einen markanten Rückschritt in Hinblick auf die Demokratisierungsbestrebungen dar.

6.1 »The body of money«

Ein Exkurs in die Geschichte der politischen Philosophie verdeutlicht die weitreichenden Implikationen dieser Refeudalisierungstendenz für die politische Repräsentation. In seiner mittlerweile klassischen Studie zur politischen Theologie hat der Historiker Ernst Kantorowicz für die Epoche des Mittelalters in Westeuropa ausgehend vom 11. Jahrhundert bis in das 17. Jahrhundert hinein die Theorie der »zwei Körper des Königs« aufgestellt. Demnach besteht die Figur des Königs aus einem leiblichen, sterblichen Körper und einem unsterblichen politischen Körper. Diese Doppelgestalt des königlichen Körpers kommt beispielhaft in den ritualisierten Worten beim Thronwechsel zum Ausdruck: »*Le roi est mort, vive le roi.*« Die Vorstellung eines unsterblichen politischen Körpers des Königs ist dabei im europäischen Mittelalter eng mit religiösen Vorstellungen verbunden, demnach der König auch als irdischer Statthalter von Gottes Gnaden eingesetzt wird. Dieser doppelte Körper des Königs wurde dann mit Attributen der Totalität, wie Omnipräsenz, Allwissenheit, und Unsterblichkeit versehen. Damit galt der Körper des Königs als politische Repräsentation des politischen Gemeinwesens. Eine tref-

fende bildliche Darstellung dieser totalen Repräsentation von Gemeinschaft ist auf dem Kupferstich, der die Originalausgabe von Thomas Hobbes' »Leviathan« zielt, zu finden.

Im Zuge der französischen Revolution kommt es zu einer tief greifenden Veränderung in den Modellen politischer Repräsentation. Mit dem Ende der Monarchie wird der politische Körper enthauptet. Die Gesamtheit der Gesellschaft ist nunmehr schwer über eine einzelne Person darstellbar. Der politische Philosoph Claude Lefort arbeitet heraus, wie nunmehr Wissen, Recht und Macht anfechtbar und zwischen verschiedenen Interessenslagen in der Zivilgesellschaft ausgehandelt werden müssen. Um aber dem Bedürfnis nach der politischen Repräsentierbarkeit der politischen Gemeinschaft nachkommen zu können, verweist Lefort – in Anspielung auf Kantorowicz – auf das Prinzip des »body of nobody«. Hiernach kann politische Macht in demokratischen Gesellschaften nicht mehr überhistorisch festgelegt werden, da sie ja gerade den permanenten Aushandlungsprozessen in der Zivilgesellschaft unterliegt. Es kann immer nur eine temporäre Fixierung von politischer Macht geben, die symbolisch in dem Körper einer natürlichen Person fixiert ist, die aber laut demokratischer Formel ein Jedermann sein kann.

Mit den beschriebenen Tendenzen der Refeudalisierung der Sozialstruktur und des politischen Feldes sehen wir heute allerdings eine Verschiebung und eine Tendenz zur Verfestigung in diesem offenen Modell demokratischer politischer Repräsentation. Denn nun ist es eben nicht der Körper eines Jedermanns, der die symbolische Stelle politischer Macht füllen kann. Vielmehr ist es der Gruppe der Geldaristokratie vorbehalten, die politische Macht zu übernehmen. Es handelt sich hier um einen – von Habermas bereits als Gefahr angedeuteten – Prozess der Kolonialisierung der Öffentlichkeit und letztlich auch des politischen Feldes durch ökonomische Interessen. Anders als dies Lefort noch für die westlichen demokratischen Gesellschaften beschrieben hatte, findet die politische Aushandlung nun immer weniger in der Sphäre der Zivilgesellschaft statt. Stattdessen determinieren die ökonomischen Interessen die weiteren gesellschaftlichen Felder. Für die politische Repräsentation heißt dies, dass der »body of nobody« durch den »body of money« ersetzt wird.

Lefort macht eine der Demokratie inhärente Tendenz zum Totalitarismus aus, die darauf beruht, dass derjenige, der die politische Macht temporär besetzt, oftmals versucht, eine überindividuelle ideologische Fixierung zu etablieren. Im 20. Jahrhundert sieht Lefort vor allem die Beispiele des Faschismus und des Stalinismus als besonders relevant an. Hier erfolgt der Versuch der Fixierung politischer Repräsentation im Rückgriff auf politische Ideologien. Dies ist in den gegenwärtigen Refeudalisierungstendenzen anders. Die Fixierung der politischen Macht der Geldaristokratie erfolgt durch den Rückbezug auf ein Außen, nämlich die ökonomische Potenz. Letztere wird dabei kaum mehr als politische Ideologie verstanden, sondern als quasi-naturgesetzlich begründete Ontologie die in der »Natur des Menschen« als homo oeconomicus verankert ist. Damit ist das Modell des »body of money« nicht nur Ausdruck einer Veränderung der personellen Zusammensetzung der politischen Funktionsträger, sondern es ist eingebettet in eine umfassende Tendenz der ökonomischen Kolonialisierung des Politischen. Die Essentialisierung kapitalistischer Ökonomie ist vor allem im Zuge der neoliberalen Konjunktur hegemonial geworden. Mit ausgearbeiteten Regierungstechniken einer neoliberalen Gouvernamentalität haben ökonomistische, zweckrationale Logiken gerade auch die politischen Institutionen kolonialisiert. Zunehmend unterliegen staatliche Institutionen dem Druck, sich nach privatwirtschaftlichen Kriterien umzugestalten. Der Konzern dient als Blaupause für die Behörde.

Mit der Referenz auf ein quasi-naturgegebenes Außen – sprich die ökonomischen, zweckrationalen und nutzenmaximierenden anthropologischen Konstanten und die sich daraus ergebenden ökonomischen Logiken – erfährt die politische Repräsentation eine Fixierung, die der des europäischen Mittelalters gleicht. Es besteht die Gefahr der Naturalisierung der politischen Macht des Geldes. Lateinamerikanische Befreiungstheologen aus dem Umfeld des kritischen Think Tanks DEI haben in diesem Zusammenhang auf die theologisch und politisch höchst problematische Sakralisierung des Marktes hingewiesen. Der kapitalistische Markt, der über den Menschen steht, mutiert zur säkularen Ersatzreligion. Entsprechend kommentierte der politische Philosoph

Giorgio Agamben den anti-aufklärerischen Regress wie folgt: »Gott ist nicht tot! Gott mutierte zum Geld!« (Agamben 2012).

Wenngleich die Verdoppelung ökonomischer Macht in politische durch die Sakralisierung des Marktes eine gewisse Selbstevidenz aufweist, sind dennoch flankierende Maßnahmen zur Herstellung politischer Legitimität notwendig. Dazu wird – so argumentiert Crouch – auf postdemokratische Elemente zurückgegriffen, die vor allem darauf beruhen, dass soziale Gruppen zu Objekten massenmedialer Manipulation werden und sich nicht mehr als politisches Subjekt konstituieren. (2008: 79ff.) Mit der informationstechnologischen Expansion und der Ausweitung kulturindustrieller Techniken auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens (Mato 2008) wird politische Legitimität – ganz im Sinne Guy Debords – zunehmend durch mediale Spektakel simuliert. In diesem Sinne ist die Kontrolle von Massenmedien durch Geldaristokraten, die im politischen Feld aufsteigen, zentral. Der Aufstieg Berlusconi gründet sich gerade auch auf seinem Medienimperium. Und entsprechend haben auch lateinamerikanischen Präsidenten, wie bereits erwähnt, große Anteile an Massenmedien.

Zudem erfolgt die Simulation populistischer Züge vor allem auch über die Verbindung zu anderen populären gesellschaftlichen Instanzen, vor allem dem Fußball. Mauricio Macri ist eng mit dem beliebten argentinischen Spitzenclub Boca Juniors verbunden, dessen Präsident er von 1995 bis 2007 war. Sebastián Piñera ist Anteilseigner des chilenischen Clubs Colo-Colo und in Paraguay war Horacio Cortes während seiner Präsidentschaft Präsident des Club Libertad.

Neben diesen postdemokratischen Strategien der Herstellung von politischer Legitimation und gesellschaftlicher Hegemonie, ist in den letzten Jahren ein besorgniserregender Rückgriff auf prädemokratische Mechanismen der Ausübung von Zwang und politischer Gewalt festzustellen. Während nach der »Welle der Demokratisierung« der frühen 1990er Jahre Militärdiktaturen und autoritäre Regime in der Region zu Ende gingen und demokratischen Regierungen Platz machten, sind allein in den letzten Jahren vier zweifelhafte Regimewechsel zu beobachten.

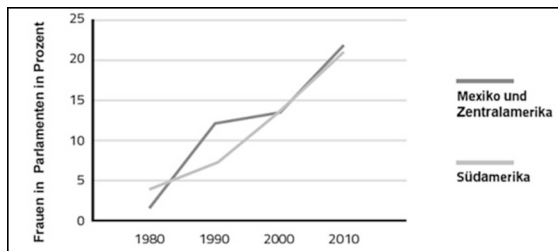
So putschte das Militär in Honduras mit Unterstützung der USA 2009 gegen den gewählten Präsidenten José Manuel Zelaya. In Paraguay und Brasilien fanden, wie geschildert, unter internationalem Protest sogenannte »kalte Putsch« statt, bei denen die gewählten Präsidenten unter zweifelhaften Vorwänden von ihren politischen Gegnern abgesetzt wurden. In Bolivien erfolgte der Rücktritt Evo Morales', dem Wahlbetrug vorgeworfen wurde, 2019 unter direktem Druck der Militärs. Die Absetzung von Dilma Rousseff markiert hier zudem einen regionalen Wendepunkt, da sich hier der Anfang vom Ende des Zyklus' der Linksregierungen in Lateinamerika manifestiert.

6.2 Identitätspolitik: Angst – Gewalt – Rache

Seit den 1990er Jahren ist Lateinamerika durch eine erstaunliche demokratische Öffnung des politischen Feldes für vormals höchst marginalisierte oder gar exkludierte Gruppen gekennzeichnet. Gerade indigene Bewegungen, die seit dem 19. Jahrhundert nahezu vollständig aus dem politischen Raum gedrängt worden waren, konnten sich mit heterodoxen politischen Programmen etablieren. Sie trieben anti-neoliberale ökonomische Positionen voran und konnten weitreichende multikulturelle Anerkennungspolitiken durchsetzen. Mit der multikulturellen Anerkennungspolitik konnte auch die zumeist rassistisch diskriminierte und sozio-ökonomisch benachteiligte afro-amerikanische Minderheit ihre politische Sichtbarkeit und Präsenz erhöhen. Parallel dazu kamen Teile der verbliebenen Arbeiterklasse an zentrale Schaltstellen der politischen Macht, die herkömmlich von den traditionellen Eliten besetzt wurde. Gleichmaßen war in der Region auch ein bemerkenswerter Schritt in Richtung Geschlechtergleichstellung im politischen Feld festzustellen, der bis in die höchsten Ämter reichte. So wurden die Staatsoberhäupter Argentiniens (Cristina Fernández de Kirchner), Chiles (Michelle Bachelet) und Brasiliens (Dilma Rousseff) im Volksmund einfach als »las presidentas« (»die Präsidentinnen«) bezeichnet. Während diese *presidentas* der Konjunktur der Linksregierungen zugerechnet werden können, gab es zeitgleich auch mit Laura Chinchilla Miranda in Costa

Rica (2010-2014) und mit Mireya Moscoso (1999-2004) in Panama konservative Frauen an der politischen Macht. Die steigende politische Partizipation von Frauen zeigt sich auch in den Parlamenten. In Bolivien lag der Anteil weiblicher Abgeordneter beispielsweise bei über 50 Prozent. Insgesamt war Lateinamerika 2013 die Weltregion, die mit 25 Prozent die höchste Präsenz von Frauen in Parlamenten weltweit aufweist. Diese hohe Partizipation ist eng mit dem Aufstieg der Linksregierungen verbunden. So lag der Anteil von Frauen in Parlamenten in Südamerika noch 1990 bei nur 6 Prozent um dann bis 2010 auf über 20 Prozent anzusteigen.

Abbildung 7: Anteil von Frauen in lateinamerikanischen Parlamenten, 1980- 2010.



Quelle: Htun und Piscopo (2014)

Diese Konjunktur demokratischer Öffnung des politischen Feldes, die in den 1990er Jahren einsetzte und unter den Linksregierungen in der ersten Dekade der 2000er ihren Höhepunkt fand, droht nun mit den neuen Rechtsregierungen mit Geldaristokraten an der Spitze abzurechnen. Stattdessen ist eine Rückkehr des »weißen Mannes« festzustellen, der nostalgisch auf alte Privilegien pocht und, wie es die Tea Party-Bewegung in den USA formulierte, ausruft: »I want my country back!«. Diese Rückkehr meint vor allem die Abschaffung von Inklusionsmaßnahmen der Affirmative Action und des Gender-Mainstreaming und wendet sich gegen afro-amerikanische

und indigene Gruppen ebenso wie gegen feministische Anliegen oder gar LGBT-Rechte.

In den USA hat Donald Trump mit einem auf diesen Anliegen aufbauendem Programm die Präsidentschaftswahl 2017 gewonnen. In Lateinamerika ist in diesem Kontext vor allem die Regierung von Michel Temer zu nennen, der sich 2016 durch einen kalten Putsch an die Macht gebracht hatte. Unter den Mitgliedern seines ersten Kabinetts war kein Afro-Brasilianer, kein Indigener und erstmals seit Ende der Militärdiktatur auch keine Frau zu finden. Die Inter-American Commission on Human Rights kritisierte diese Zusammensetzung scharf: »Die Benennung eines Ministerkabinetts, dem keine Frauen oder Personen afrikanischer Herkunft angehören, lässt mehr als die Hälfte der Bevölkerung von den höchsten Regierungsämtern ausgeschlossen.« (Planas 2016) Und dabei hat die ICHR noch deutlich untertrieben. Denn 2015 waren nur 43.709.136 von insgesamt 204.855.655 BrasilianerInnen weiße Männer. Damit repräsentiert das Kabinett nur 21,3 Prozent der Bevölkerung, wobei die Klassenpositionierung hier nicht eingerechnet ist. (IPEA) Unter Jair Bolsonaro wurde diese Politik fortgeführt und vertieft.

Die Wiederkehr von Whiteness manifestiert sich auch in anderen Formen. In Bolivien forderte die separatistische *Nación Camba*, die sich aus rechtsextremen, vornehmlich weißen jugendlichen Militanten der *Union Juvenil Cruceñista* speist, die Unabhängigkeit der Provinz Santa Cruz von der Plurinationalen Republik Bolivien. Ideologische Grundlage der Bewegung war ein in der politischen Kultur verankerter regionalistischer Diskurs, der gerade auch auf rassistischen Einstellungen der weißen regionalen Elite gegen die indigene Bevölkerungsmehrheit des Andenhochlands beruht. Nach dem Putsch in Bolivien wurde Luis Fernando Camacho, ehemals Leiter der *Union Juvenil Cruceñista*, einer der Wortführer der Übergangsregierung. Camacho stammt aus einer oligarchischen Millionärsfamilie in Santa Cruz, die durch die Nationalisierungspolitik der Morales-Regierung im Energiesektor hohe Einbußen hat hinnehmen müssen. Nach der dekolonialen Wende unter der MAS-Regierung tritt Camacho für ein weißes, katholisches, homophobes und extrem konservatives Bolivien ein. Mitglieder der gestürzten

MAS-Regierung werden nicht nur der Korruption beschuldigt, ein Vorwurf, der massiv gegen die PT-Regierung in Brasilien eingesetzt wurde, sondern auch als Terroristen verfolgt. Zwischenzeitlich diskutierte die Übergangsregierung über ein generelles Verbot indigener Kleidung im Parlament. Im Übergangskabinett von Jeannine Áñez ist kein Repräsentant indigener Organisationen vertreten. Mit Blick auf die für den 3. Mai 2020 angesetzten Neuwahlen warnte die selbsternannte Interimspräsidentin Áñez mit unverhohlenem Rassismus vor einer »Rückkehr der Wilden«.

Aber auch die Linksregierungen waren vor der Rhetorik von Whiteness und dem darauf begründeten Gefühl rassistischer Überlegenheit nicht gefeit. In Ecuador bezeichnete der links-sozialdemokratische Präsident Rafael Correa die indigene Bewegung des Landes mit Rückgriff auf aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammende Konzepte von Fortschritt, Zivilisation und Whitening als »Barbaren« und »Hindernis für den Fortschritt der Nation.« (Kaltmeier 2016) In ähnlicher Weise bezeichnet die chilenische Regierung die Mapuche-Gemeinden, die gegen Forstkonzerne um Landrechte kämpfen, als inneren Feind und »Terroristen« gegen die das aus der Zeit der Pinochet-Diktatur stammende Anti-Terror Gesetz eingesetzt wird.

Diese Beispiele machen deutlich, wie sehr Whiteness in Kolonialität verankert ist. Es ist ein Konzept, das selber oftmals unklar – »unmarked« – bleibt, um sich aber umso deutlicher gegenüber einem kolonialen Anderen, der farbig markiert wird, abzusetzen. Diese markierte Differenz wird dann mit moralischen und kulturellen Kriterien der Minderwertigkeit im Verhältnis zur eigenen angenommenen Überlegenheit mit Wertungen versehen. Dabei ist Whiteness eng mit der Klassenposition verbunden. So ist Weißsein in Ecuador, wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern mit einem hohen Anteil indigener Bevölkerung, ein Indikator für sozialen Status. Sich selbst als »Weiß« zu bezeichnen bedeutet oftmals gleichzeitig, sich der Mittelklasse oder Elite zuzuordnen und von einer als farbig bzw. indigen markierten Unterschicht abzugrenzen. Diese Operation funktioniert auch in Brasilien. So gilt der phänotypisch farbige Sohn libanesischer Migranten Michel Temer als »Weiß« und wird genauso wie ein europäisch-stämmiger

weißer Brasilianer behandelt. In diesem Sinne stellt Cynthia Levine-Rasky fest: »Geld macht weiß.« Wenn irgendein Satz die Verbindung von Weißsein und Modernität in Lateinamerika zusammenfasst, dann dieser. Es ist ein Klischee, das in der gesamten Region formuliert und neu formuliert wurde, eine Binsenweisheit, die von der sozialen Erfahrung abhängt, dass Reichtum mit Weißsein verbunden ist und dass man sich bei der Erlangung des ersteren mit dem letzteren in Einklang bringen kann (und umgekehrt).« (2002: 73) In diesem Sinne hat die rhetorische Verwendung von Whiteness einen hochgradig strategischen Charakter, kann sie doch dazu benutzt werden, um die eigene Position im identitätspolitischen Feld zu verbessern. Dabei ist Weißsein ein Kapital in das auch über Bildung, Kleidung, Namensgebung, Wohnort etc. investiert werden kann, auch um die inter-generationale Mobilität zu verbessern. Seit Jahrhunderten können Investitionen in Whiteness in Lateinamerika als sichere Kapitalanlage mit hohen Renditewerten gesehen werden. Denn aufgrund der kolonialen Prägung der lateinamerikanischen Gesellschaften sind weiße Identitäten bis zur Konjunktur multikultureller Anerkennungspolitiken und der damit verbundenen Neubestimmung vieler lateinamerikanischer Staaten als plurikulturell oder gar plurinational kaum infrage gestellt worden.

Erst mit der multikulturellen Wende Mitte der 1990er entstand die für die weißen Eliten die Gefahr der Entwertung des identitätspolitischen Kapitals von Whiteness. Da Whiteness selber unmarkiert war und vor allem auf der Distinktion von dem kolonialen Anderen beruhte, war in dieser Phase keine einfache Rückkehr zu Whiteness möglich. Stattdessen bildete sich ein nostalgischer Diskurs der Identitätssuche heraus – wie am Beispiel der Retro-Kolonialität gezeigt – der tief von Angst geprägt war. In diesem Sinne analysierte auch Charles M. Blow in der *New York Times* den politischen Diskurs von Donald Trump: »Er appelliert an etwas Tieferes, an etwas Gemeineres: Die Angst. Sein ganzer Wahlkampf-Slogan ›Make America Great Again‹ ist in der Tat ein umgekehrtes Eingeständnis von Verlust - verlorenes Primat, verlorene Privilegien, verlorenes Prestige.« (Blow 2016)

Dabei haben wir es mit einer paradoxen gegenläufigen Situation zu tun. Denn – wie im Kapitel zur Refeudalisierung der Sozialstruktur

erläutert – haben weiße Eliten einerseits ihre sozio-ökonomische Position bis hin zur ständischen Verfestigung stärken können. Und auch die weiße Mittelschicht hat in Lateinamerika – anders als in den USA – durchaus von dem Zyklus der Linksregierungen profitiert. Andererseits haben sie im politischen Feld sowie allgemein in der politischen Kultur ihre bis dato unangefochtene privilegierte Stellung verloren. Es ist gerade dieser Machtverlust, der Angst vor Privilegienverlust hervorruft und der gleichzeitig in Gewaltphantasien und politische Aggression münden kann.

Dabei kann Whiteness gerade aufgrund der undefinierten »empty signifier«, als Knotenpunkt zur Artikulation von Angst, Unsicherheit und Identitätsverlust dienen, der gegen Andere – Indigene, Afro-Amerikaner, Kommunisten, Feministinnen etc. – gerichtet wird. In diesem Sinne wird eine diskursive Äquivalenzkette aufgebaut, wonach der männliche, heterosexuelle Weiße konservative Werte wie Patriarchat – Nation – Überlegenheit – Sicherheit – Ordnung verkörpert. Diese Äquivalenzkette ist dabei diametral gegen andere Signifikanten wie Multikulturalismus – Gender – Queerness – Political Correctness – Kommunismus – Chaos gerichtet. Mit dieser Operation verlässt Whiteness eine rein defensive Position, und beginnt einen Diskurs von Rückeroberung und Rache zu artikulieren. Dabei ist es erstaunlich und erschreckend wie Angst in Rache- und Gewaltphantasien münden kann. In diesem Sinne hat Gonzalo Portocarrero (2007) in den 1990er Jahren, zur Zeit des Konflikts zwischen Guerilla und Staat, die Träume von weißen Mittel- und Oberschichtskindern in Lima analysiert. Er fand heraus, dass Kinder von blutiger Rache und Gewalt gegen vermeintliche Terroristen träumten, die fast immer als Indigene imaginiert wurden.

Diese Gewaltvorstellungen der weißen Mittel- und Oberschichten sind historisch oft auch umgesetzt worden. Die Anwendung von Gewalt, wie Vergewaltigungen und Lynchpraktiken, ist tief im kolonialen Legat verwurzelt. Ferner ist das Motiv der Rache sicherlich auch in den Gewaltorgien der Militärdiktaturen, die sich gegen die Partizipation der populären Bevölkerungsschichten im politischen Feld wenden, zu finden. In diesem Sinne sind ebenfalls Elemente diskursiver und nicht-

diskursiver Gewalt in der heutigen Phase des konservativen Backlashs in Lateinamerika zu finden, die sich gegen drei Zielgruppen richten, die hier nur angedeutet werden können.

Als erste – nahezu historische – Zielgruppe der Rache des »wütenden weißen Mannes« ist der ethnisch-konstruierte Andere zu nennen. Dazu gehört die xenophobe Abwehr von den Migranten, die als rassistisch minderwertig angesehen werden. Dabei sind die rassistisch-ethnischen Kriterien jedoch im Fluss. Während die USA sich gegen Migranten aus Mittel- und Lateinamerika mit rassistischen Begründungsmustern abschottet, so werden in Lateinamerika – wie unlängst in Brasilien – schwarze Migranten aus Haiti zur Zielscheibe. Zudem werden die Rechte der indigenen Bevölkerung, die von den Anerkennungspolitiken profitiert hatte, nun wieder beschnitten. So hat Jair Bolsonaro in Brasilien den Schutz indigener Territorien teilweise aufgehoben, um das Land der Agroindustrie zugänglich zu machen.

Eine zweite Zielgruppe der »angry white men« sind Frauen, bzw. auf gender-mainstreaming und Anerkennung von sexuellen Rechten gerichtete Gruppen. In Brasilien ist mit der illegalen Absetzung der gewählten Präsidentin Rousseff auch das Ministerium für Frauen, Gleichstellung der Rassen und Menschenrechte aufgelöst worden. Und allein in den ersten fünf Monaten von Temers Amtszeit sind vier Projekte zur Abschaffung des Rechts auf Abtreibung und zur Kriminalisierung von Abtreibung auf den Weg gebracht worden. (Bioli 2016: 565) In koordinierten Aktionen drängten konservative Gruppen, die oft von radikalen protestantischen Kirchen getragen werden, auf die Abschaffung der »Gender-Ideologie« in den schulischen Lehrplänen. Dabei wird »Gender-Ideologie« – so Flávia Biroli (2016) – als Gegenteil von der »natürlichen Familie« und »natürlichen Geschlechterrollen« verstanden.

Diese identitätspolitischen Positionierungen gehen einher mit einem rasanten Fall politische-ethischer Tabus, was sich unter anderem in öffentlich geäußerten Gewaltphantasien und hate-speeches gegen Frauen ausdrückt. So äußerte der konservative Abgeordnete und jetzige Präsident Brasiliens Jair Bolsonaro 2014 Vergewaltigungsphantasien und Vorstellungen männlicher Überlegenheit gegenüber der Ab-

geordneten Maria Do Rosário. Eine besondere Zielscheibe von hate-speech wurde aber Dilma Rousseff. Auf Plakaten, die sie mit einem tollwütigen Hund gleichsetzen, hieß es beispielsweise: »Hüte dich vor der Bestie! Sie war in der Guerilla, plante terroristische Aktionen, setzte den Kommunismus in Brasilien mit Waffen durch und wurde zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie verteidigt die Abtreibung und will die »Mutter Brasiliens« sein. Glaubst du das?« Hinzu kamen vulgäre sexistische Darstellungen Rousseffs auf Plakaten, Aufklebern und Flugblättern der rechten Bewegung.¹ (Biroli 2016) Die brasilianische Anti-Gender-Bewegung hat weitgehende Auswirkungen auch auf das akademische Feld. Neben den bereits benannten Kürzungen und programmatischen Änderungen in Bildungsprogrammen werden auch einzelne Wissenschaftler direkt diffamiert. Ein von Judith Butler in Sao Paulo im November 2017 mitorganisierte Konferenz (bezeichnenderweise zu »The Ends of Democracy«) rief heftigen Protest auf. Die Demonstranten forderten unter anderem: »Verbrennt die Hexe!« Butler selbst hat den Vorfall so rationalisiert: »Die Leute, die gegen mich sind, glauben, dass Gender eine »teuflische Ideologie« sei«, und sie ergänzt: »Ein Großteil der Unterstützung auf der rechten Seite basiert auf starken traditionellen Werten, antifeministisch, anti-(LGBTQ+)« (Johnson 2017) Insofern zeigt sich gerade im Bereich der Gender-Politik die kulturell-politische Dimension gegenwärtiger Refeudalisierungstendenzen, die demokratische und akademische Debatten untergraben und ein Klima der neuen »Hexenjagd« schaffen.

Eine dritte Zielscheibe stellen die popularen Sektoren dar. In diesem Sinne ist schwerlich von einem Populismus der neuen Rechtsregierungen zu sprechen, stattdessen werden gerade die popularen Sektoren abgestraft, die die Linksregierungen unterstützt hatten. Die Universidad Católica Argentina schätzt, dass die Anzahl der Armen im Land nach dem Amtsantritt Mauricio Macris allein im ersten Quartal 2016 um 1,4 Millionen gestiegen ist. Immer mehr kleine und mittlere Unternehmen geraten in Schwierigkeiten, weil die Preise steigen und die Kaufkraft

1 Ich verzichte hier bewusst auf die Abbildung der beleidigenden und sexistischen Bilder. Verwiesen sei aber auf die Analyse von Biroli (2016).

der Argentinier selbst nach den konservativsten Schätzungen um zehn Prozent gesunken ist. Betroffen sind die Armen zudem von massiven Preiserhöhungen bei Grundmitteln des täglichen Bedarfs, während die organisierte Arbeitnehmerschaft von Massenentlassungen – vor allem im öffentlichen Sektor – betroffen ist. Letzteres ist auch in weiteren Ländern Lateinamerikas nach der Linkswende zu erwarten, da mit dem Rechtsruck eine Rückkehr zu neoliberalen Politiken verbunden ist.

Bisher stand in dieser Betrachtung die Positionierung der Geldaristokratie im politischen Feld im Vordergrund. Doch sozialstrukturell ist bisher argumentiert worden, dass es sich hier nur um das reichste ein bis zehn Prozent der Gesamtbevölkerung handelt. Insofern stellt sich die Frage: Wer unterstützt warum die herrschende Klasse, das 1-10 Prozent?

Die historische Konjunkturkrise der Linksregierungen in Lateinamerika wird vielfach mit dem Preisverfall für Rohstoffe begründet. Mit den aus den extraktivistisch ausgerichteten Wirtschaftsmodellen erzielten direkten und indirekten Einkünften hatten die Linksregierungen Programme zur sozialen Integration und Armutsbekämpfung finanziert. Deshalb wird in der gegenwärtigen Diskussion zumeist eine ökonomische Erklärung der politischen Krise der Linksregierungen bevorzugt: Fallende Rohstoffpreise sorgten dafür, dass die Sozialprogramme nicht mehr finanziert werden können. So einleuchtend diese Erklärung auf den ersten Blick sein mag, so stellt sich die ökonomische Situation doch weitaus komplexer dar. Wenngleich der Preisverfall für Rohstoffe, vor allem Erdöl, sicherlich nicht von der Hand zu weisen ist, so eröffnet jedoch der Blick auf die ökonomischen Wachstumsraten eine differenziertere Perspektive. Von 2010 bis 2014 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Südamerika gestiegen. Erst 2015 ist das BIP um 0,8 Prozent geschrumpft. Dabei drückte vor allem die -3,5 Prozent von Brasilien, der größten Volkswirtschaft der Region und der siebtgrößten weltweit, die Bilanz. (Cepal 2016). Ohne die Schrumpfung der brasilianischen Wirtschaft hätte Südamerika auch 2015 noch ein leicht positives Wirtschaftswachstum aufweisen können. Entsprechend rechnete die Cepal 2016 für Bolivien mit einem Anstieg des BIP um 4,5 Prozent und für Peru mit 3,9 Prozent. Noch besser waren die wirtschaftlichen

Aussichten in Mittelamerika, wo in Nicaragua (4,5), Guatemala (3,5) und Honduras (3,4) hohe Wachstumsraten des BIP erwartet wurden. Diese Länder lagen damit deutlich über der weltweit erwarteten Wachstumsrate von 2,4 Prozent. (Cepal 2016) Um die Verbindung von wirtschaftlicher Stagnation und politischem Legitimationsverlust zu erkunden, ist somit ein differenzierter Blick auf spezifische Länderstudien notwendig, der in dieser Arbeit nicht geleistet werden kann.

Ähnlich differenziert ist auch für die in diesem Kapitel aufgestellte These von der besonderen Relevanz identitätspolitischer Konfliktstellungen für die Krise der politischen Legitimität der Linksregierungen zu argumentieren. Ein weiterführendes Erklärungsmodell in diese Richtung zeichnet sich in Brasilien ab. Die der Arbeiterpartei (PT) nahestehende Stiftung Fundação Perseu Abramo führte eine Studie durch, um den Verlust von Akzeptanz unter der arbeitenden Bevölkerung in der Peripherie von Sao Paulo zu erklären. Ein Ergebnis bestand darin, dass es gerade die »neuere untere Mittelschicht« ist, die von den Sozialprogrammen und Inklusionsprogrammen am meisten profitiert hatte, die sich nun von der PT abwendet. (Nozaki und Souza 2017) Diese neuen unteren Mittelschichtsangehörigen suchen nach individueller Anerkennung und sind dabei empfänglich für das Leistungs- und Konkurrenzdenken der neoliberalen Rechten sowie der konservativen evangelikalen Kirchen. Dieser Analyseansatz kann mit Rückgriff auf die Überlegungen des Soziologen Zygmunt Bauman zeitdiagnostisch weitergeführt werden. Bauman macht in der gegenwärtigen globalen Konsumgesellschaft einen neuen Narzissmus aus, der letztlich angstgetrieben und in einer entideologisierten Gesellschaft auf der permanenten Suche nach dem Sinn im Leben ist. Mit Christopher Lasch argumentiert Bauman, dass dieser neue Narzisst mit weltanschaulichen Dogmen wenig anzufangen weiß, damit aber geht er »zugleich jedoch der Sicherheit von Gruppenloyalitäten verlustig und faßt jedermann als Rivalen um die Vergünstigungen auf, die ein paternalistischer Staat zu vergeben hat« (2018: 153) Hier wird deutlich, wie das auf Distinktion abzielende Prinzip des neidvollen Vergleichs, das Veblen noch für die leisure class diagnostiziert hat, nun die Alltagswelt sämtlicher sozialer Segmente penetriert hat.

Dies geht gerade bei den kurzfristig in die Mittelklasse aufgestiegenen Segmenten mit einer sozialen Amnesie einher. Sie »vergessen« ihre Klassenherkunft, oder die ihrer Eltern, und sehen den eigenen sozialen Aufstieg, den sie der integrativen Sozialpolitik der Mitte-links-Regierungen zu verdanken haben, als individuellen Aufstieg. Nicht die Gesellschaftspolitik war ausschlaggebend, sondern – narzisstisch gedacht – die eigenen Fähigkeiten. Deshalb ist der soziale Aufsteiger auch weder der Gesellschaft, verkörpert im Staat, verpflichtet noch muss er Solidarität mit den unteren Klassen üben. Denn letztere sind nun einmal im Vergleich zur eigenen »Leistung« weniger erfolgreich gewesen und somit am eigenen Elend selber Schuld. Und – um wieder auf die Studie zurückzukommen – so fühlen sich die neuen narzisstischen Mittelschichtler auch von der Armutsorientierung der PT nicht mehr angesprochen. Mehr noch, sie fühlen sich von stigmatisierenden Begriffen, die sie in Verbindung zu Armut, Arbeiterklasse, einfacher Arbeit, etc. setzen, abgestoßen, und suchen gerade die soziale Distanz zu diesen Segmenten. Sie wollen ihr gerade gewonnenes ökonomisches Kapital nun in identitätspolitisches Kapital – Weißsein – umsetzen, um sich von Rassismus und Stigmatisierung zu lösen. Dabei reproduzieren sie paradoxerweise die soziale Logik der Stigmatisierung. Die Kinder fresen ihre Revolution.

Während dieses Modell sicherlich auch über Brasilien hinaus für Teile der neuen Mittelschichten eine gewisse Plausibilität hat, die in weiterführenden empirischen Studien noch belegt werden müsste, so kann aber auch jetzt schon festgehalten werden, dass es keinen allein-erklärenden Charakter hat. Dies offenbart der Blick nach Ecuador. Hier hatten sich Teile der linken indigenen Bewegung mit dem Kandidaten der Rechten, dem Millionärsbanker Guillermo Lasso, verbündet, um eine neue Präsidentschaft der Partei von Rafael Correa zu verhindern. Entsprechend begründete die indigene Organisation Ecuarrunari, dass sie den Kandidaten von Alianza País nicht unterstützten würde wie folgt: »Lieber ein Banker als ein Diktator!«. Im ecuadorianischen Fall sind die identitätspolitischen Bruchlinien eben nicht allein an einfachen links-rechts-Positionen festzumachen. Hier hatte Rafael Correa schon früh eine »revolución ciudadana«, eine staatsbürgerliche Revolu-

tion, verkündet, die vor allem die Interessen der mestizischen Mittelschicht vertrat und schon früh mit der indigenen Bewegung gebrochen hatte. Paradoxerweise waren Correistas und indigene Bewegung dann 2019, zehn Jahre später, auf der Straße im Protest gegen das von Lenín Moreno, dem nunmehr mit Correa zerstrittenen Nachfolger im Präsidentenamt, mit dem IWF verhandelte Strukturanpassungsprogramm wieder vereint. Fraglich ist jedoch ob sich das Rad der Geschichte hier wieder auf den Anfang der *Revolución Ciudadana* zurückdrehen lässt, als beide Akteure noch ein innovatives Projekt sozialen und kulturellen Wandels unter dem Banner von *Buen Vivir* ausgearbeitet hatten.

Mit Rückgriff auf die im Kapitel über die Sozialstruktur aufgestellte These der Refeudalisierung stellt sich noch eine andere Frage. Wenn es sich nun abzeichnet, dass die »Stände auf dem Papier« eine deutliche Absetzung des 1 Prozents von den restlichen 99 Prozent ergeben, so ist diese Situation in dem Bewusstsein der Klassen- bzw. Ständezugehörigkeit noch längst nicht angekommen. Allenfalls die theoretisch-spekulativen Überlegungen von Toni Negri und Michael Hardt zur Multitude haben Möglichkeiten aufgezeigt, wie eine ethnisch, kulturell, und sozio-ökonomisch fragmentierte Menge zu denken sein könnte, die trotz der Vielfalt gemeinsam handelt. Letztlich stützt sich die Hoffnung Negris und Hardts vor allem auf den Erfahrungen der globalisierungskritischen Bewegungen und den neuen Formen weltweiten Austauschs unter verschiedenen sozialen Bewegungen. Doch mit der Krise der Linksregierungen werden auch die Möglichkeiten transnationalen Austauschs geringer. So fand allein das Weltsozialforum viermal in Brasilien statt (2001, 2003, 2005 und 2009). Unter der gegenwärtigen Bolsonaro-Regierung wäre dies kaum denkbar.

7. Von der Refeudalisierung zum neuen Kommunismus?

Die lateinamerikanische Feudalismus-Kapitalismus Debatte der 1970er Jahre wurde nicht allein im und für den akademischen Elfenbeinturm geführt. Vielmehr hatte sie weitreichende Implikationen für die Ausarbeitung von politischen Positionen und Strategien. Traditionelle Vertreter der Feudalismus-These argumentierten vor allem im gedanklichen Universum von westlichen Entwicklungstheorien, die marxistischen Stadienmodelle eingeschlossen. Demnach konnte der Feudalismus nur durch eine bürgerliche Revolution abgelöst werden. Eine sozialistische Alternative konnte dann erst nach diesem Etappenschritt verwirklicht werden. Das Problem bestand jedoch nach Ansicht vieler Dependenztheoretiker darin, dass die lateinamerikanische Bourgeoisie von den imperialistischen Interessen Nordamerikas und Westeuropas durchsetzt war und so ihre historische Aufgabe, die einer nationalen bürgerlichen Revolution, nicht erfüllt hatte. Bei der kritischen Bestandsaufnahme der politischen Rolle der Bourgeoisie gingen Weltsystemtheoretiker, wie André Gunder Frank, dann noch weiter. Ihnen zufolge ist eine bürgerliche oder auch sozialistische Revolution in einem Lande, vor allem einem der Peripherie, auf Grund der Interdependenzen im kapitalistischen Weltsystem kaum möglich.

Vor einer durchaus ähnlichen Ausgangslage stehen die lateinamerikanischen Gesellschaften auch angesichts der aktuellen Konjunktur der Refeudalisierung. Zweifel gibt es sowohl in Hinblick auf nationale Sonderwege angesichts der tiefen Einbettung in ein globales kapitalistisches System, als auch in Hinblick auf eine mögliche emanzipative Rol-

le der verbliebenen Fraktionen der Bourgeoisie in Lateinamerika. Die Schwierigkeit von nationalen Sonderwegen lässt sich an dem Erdöl-finanzierten Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela ablesen, der hochgradig abhängig von Preisschwankungen auf dem Weltmarkt ist. Den weitreichendsten Versuch, die vermeintliche historische Rolle der Bourgeoisie im Prozess der Nationenbildung auszufüllen, hat es sicherlich im Rahmen der »Revolución ciudadana«, »der Bürger-Revolution«, in Ecuador gegeben. Hier konnte über die Inklusion in den Staatsapparat zeitweilig eine neue bürgerliche Fraktion aufgebaut werden, allerdings hat diese sich zunehmend abgekoppelt von den Bedürfnissen der ländlichen, indigenen unteren Klassen. Eine abschließende Bilanz beider Projekte, die sich aktuell in tiefen multiplen Krisen befinden, steht noch aus, während ansonsten in Lateinamerika vielerorts die Konjunktur der Refeudalisierung boomt.

Und trotz dieser Einsichten aus dem Weltsystemansatz, hat der Blick auf die Französische Revolution, der immer wieder auch in den Arbeiten von Piketty und Crouch als Leuchtturm durchscheint, noch immer eine hohe Strahlkraft. Mit Rückgriff auf die Lehren der Geschichte könnte doch nun einfach argumentiert werden, dass wir nun angesichts der neuen Refeudalisierung eine neue bürgerliche Revolution bräuchten. Wenngleich historische Analogien immer nur eine begrenzte Erklärungstiefe haben, so ist doch auf die problematischen Aspekte des Übergangs von Feudalismus zu Kapitalismus in Westeuropa hinzuweisen. Letztlich wurde die soziale Polarisierung im Rahmen der bürgerlichen Revolution kaum überwunden. Eine politische und soziale Besserstellung gab es nicht für alle Segmente des Dritten Standes. Insofern ist darauf hinzuweisen, dass der »citoyen«, der demokratische Staatsbürger, hier nicht ohne den »Bourgeois«, den Kapitalisten, zu haben ist. Und aus Letzteren ist in einem Prozess der »Aristokratisierung der Bourgeoisie« (Wallerstein 1988) die heutige Geldaristokratie hervorgegangen. Insofern ist – gerade auch in Hinblick auf die Rolle der lateinamerikanischen Bourgeoisie im 19. und 20. Jahrhundert – eine historische Skepsis in Hinblick auf eine mögliche Erneuerung einer bürgerlichen Revolution angebracht.

Statt auf eine neue bürgerliche Revolution zu setzen, erscheint es mir anregend, sich anderen historischen Konfliktlagen des Feudalismus zuzuwenden. So kann jenseits der Ausbeutung unfreier Arbeitskraft, und der fehlenden Freiheit ein anderes großes Konfliktfeld ausgemacht werden. Zu denken ist an die Feudalisierung und Kolonialisierung von Gemeinschaftsgütern, wie die Allmende. Zwar war die Allmende zeitweise durchaus in das Feudalsystem eingebunden, aber ihrem Ursprung nach handelt es sich bei den verschiedenen Formen von Allmende zumeist um indigene Rechtssysteme der Ressourcennutzung, die dem Feudalismus vorausgehen. In Deutschland ist die Allmende altgermanischen Ursprungs, während sie in Lateinamerika zumeist auf die kommunitären Nutzungspraktiken der dortigen indigenen Kulturen zurückgeht.

In der Frühen Neuzeit ist dann ein zunehmender Druck auf die Allmende zu beobachten. Bereits im frühen 16. Jahrhundert war der Allmende-Raub ein wesentlicher Grund für den Ausbruch des Deutschen Bauernkriegs. Im 18. Jahrhundert richteten sich die Inclosure Acts in England gegen die Allmende und führte zu einer Pauperisierung weiter Bevölkerungsteile. Und im Zuge der europäischen Expansion führte die sogenannte fortgeschrittene ursprüngliche Akkumulation in den Kolonialgebieten zu Landraub u. a. auch von gemeinschaftlich genutzten Ländereien.

Heute wird das Konzept der Allmende nicht nur für die rechtlich geregelte Nutzung gemeinschaftlichen Eigentums (Weide, Wasser, Wald) verwendet, sondern allgemein für alle Formen der Nutzung öffentlicher Güter, vor allem auch in der Informationstechnologie. Dabei rückten gemeinschaftliche Nutzungsformen jenseits der Regulation von Markt und Staat auch wieder in den Blickpunkt ökonomischer Arbeiten, so dass Elinor Ostrom 2009 den Wirtschaftsnobelpreis für ihre Arbeit zum »Regieren der Allmende« erhielt, während Antonio Negri und Michael Hardt »Commonwealth« (2009) als Alternative im »Empire« anführen. Im Zuge der hier angeführten Prozesse der Refeudalisierung kommt der Frage der Commons eine zentrale Bedeutung zu, da sie es vermag, sich gegen »die weitere Privatisierung und Kommerzialisierung von Naturwissen, öffentlichem Raum und für eine andere Form der in-

stitutionellen Organisation« (Unmüßig 2012: 13) einzusetzen. In Lateinamerika sind vor allem in der aktuellen Buen Vivir-Debatte Ansätze für solche alternative Nutzungsformen, die zudem eingebettet sind in verschiedene indigene Kosmovisionen, zu finden.

Jenseits der Frage der Nutzung steht mit den Commons aber auch ein anderes philosophisches Konzept, das das kurze 20. Jahrhundert entscheidend geprägt hat, zur Disposition. Gemeint ist der Kommunismus. Dabei geht es nicht um die Rückkehr zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin, sondern vielmehr um eine Denkbewegung die sich, eng verflochten mit den spezifischen historischen Kontexten gegen die aktuellen Tendenzen der refeudalisierenden Privataneignung stellt und die Frage des Gemeinsamen in den Mittelpunkt rückt. In dieser Konzeption wäre der Kommunismus eben nicht allein durch den – heute ja durchaus »von oben« forcierten – Klassenkampf bestimmt, sondern gerade auch durch bereits bestehende, ausbaubare anti-hegemoniale Räume und Praktiken. Für eine solche Neuausrichtung von Kommunismus sei auf die Debatten zwischen u. a. Alain Badiou, Jean-Luc Nancy, Slavoj Žižek sowie Michael Hardt und Toni Negri verwiesen, wie sie 2009 in London und im Folgejahr in der Berliner Volksbühne geführt wurde. (Douzinas und Žižek 2012)

An diese Debatten anknüpfend und auf Grundlage der geleisteten Analyse der Refeudalisierung soll der vorliegende politische Langessay nun mit der Skizzierung möglicher Horizonte zur Eindämmung bzw. Überwindung der gegenwärtigen Konjunktur der Refeudalisierung beendet werden. In Hinblick auf die Sozialstruktur ist in vielen lateinamerikanischen Ländern eine Vertiefung der historisch ohnehin stark ausgeprägten sozialen Polarisierung festzustellen, die vor allem mit Blick auf die neuesten Entwicklungen der Vererbung innerhalb der Geldaristokratie deutliche Anzeichen einer ständischen Verfestigung mit geringer intergenerationaler Mobilität zeigt. Während die herrschende Geldaristokratie es seit den 1980er Jahren vermocht hatte, ihre Interessen politisch durchzusetzen, bleibt die Multitude fragmentiert. Hier ist eine deutliche Diskrepanz zwischen den theoretisch, auf Grundlage der sozialstrukturellen Daten konstruierten »Klassen auf dem Papier« (Bourdieu) und dem Klassenbewusstsein. Eine soziale Polarisie-

rung von 1 zu 99 Prozent mag zwar statistisch feststellbar sein, doch in den Köpfen der Menschen ist dieser Sachverhalt noch längst nicht angekommen. Insofern werden mögliche staatliche oder suprastaatliche Maßnahmen der Umverteilung paradoxerweise gerade von jenen Segmenten der aufstiegswilligen Mittel- und oberen Unterschicht verteuert, die davon real kaum betroffen wären. Zu denken wäre an Umverteilungsmechanismen wie eine Erbschaftssteuer, eine höhere Vermögenssteuer oder eine nationale und internationale Besteuerung von Finanztransaktionen (Tobin-Steuer) bzw. der daraus erzielten Gewinne. In Lateinamerika kommt hinzu, dass ohne Agrarreform, man erinnere sich an die seit der Kolonialzeit durchgängig extreme hohe Ungleichverteilung der Agrarfläche, die Refeudalisierungstendenzen kaum aufzuhalten sein werden. In diesem Sinne ist es erstrebenswert, wieder ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem das Projekt der Agrarreform hegemonial wird. Ähnlich wie die Hacienda in den 1970er Jahren, beispielsweise in Ecuador, als »feudales Überbleibsel« bezeichnet wurde, dass es zu überwinden galt, müsste auch der extreme Großgrundbesitz der Agro-Barone als amoralisch und Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt betrachtet werden. Doch ist der Schritt zur Agrarreform keineswegs einfach. Historisch betrachtet ging jede auch nur ansatzweise erfolgreiche Agrarreform in Lateinamerika mit einer sozialen Revolution einher, so wie in Mexiko 1910, in Kuba 1959, in Bolivien 1952 und in Chile 1970. Zudem wären hier die verschiedenen Formen der Vergemeinschaftung von Land in den Blick zu nehmen. Zu denken sei hier an die Zuweisung bzw. Rückgabe von Landtiteln an indigene und afro-amerikanische Völker aber auch an staatliche Naturschutzgebiete, die – zum Teil auch im Konflikt mit Kleinbauern – Land der extraktivistischen Nutzung entziehen und generationenübergreifend schützen.

Im ökonomischen Feld scheint ein Grundwiderspruch darin zu liegen, dass die gegenwärtige Refeudalisierung auf einer umfassenden Akkumulation durch Enteignung beruht. Gemeinschaftliche Güter wurden – sei es durch neoliberale Privatisierungspolitiken und die Regeln des Marktes, sei es durch direkte Gewalt und Vertreibung – in Privateigentum der Geldaristokratie überführt wurden. Neben

dieser direkten Enteignung gibt es eine versteckte Enteignung durch Steuerhinterziehung bzw. die Nutzung oder der Verbrauch öffentlicher Güter ohne reziproke Zahlungen vorzunehmen. Entgegen diesen Tendenzen der Kostenexternalisierung und der Akkumulation durch Raub erscheint es eine sinnvolle Perspektive zu sein, die öffentlichen Güter auszuweiten. Gerade in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Infrastruktur sind kostenfreie, steuerfinanzierte Modelle für alle Bürger denkbar.

Einen besonderen Bereich stellt hier der Ausbau der Wissensallmende dar, wie er über Software-Projekte wie Ubuntu oder Open/Libre Office oder über die Creative Commons-Lizenzen sichergestellt wird. Gerade über Ausweitung der Wissensallmende im IT-Bereich wird den Silicon Valley-Milliardären, die auf Unternehmen wie Microsoft, Facebook oder Google ihren Reichtum gemacht haben, die materielle Grundlage entzogen.

Generell wurde die gegenwärtige Konjunktur der Refeudalisierung in ihren ökonomischen Dimensionen durch die neoliberale Welle der Deregulierung bestimmt, die à la Jurassic-Park den T-Rex und die kleinen Pflanzenfresser im freien Wettbewerb aufeinandertreffen lässt. Doch in einigen Wirtschaftszweigen profitiert die heutige Geldaristokratie gerade auch von gesetzlichen Restriktionen. Dies betrifft vor allem das dark web des Kapitalismus. So würde mit einer Legalisierung und kontrollierten Abgabe von Drogen ein illegaler Geschäftszweig ausgetrocknet werden, der nicht nur die Bildung krimineller Vereinigungen provoziert, sondern auch eine nicht zu vernachlässigende Strömung in der generellen Tendenz zur Refeudalisierung darstellt.

Ein kultur-politisches Hauptproblem für die Zurückdrängung von Refeudalisierungsprozessen ist die tiefe Verankerung der Konsum-(Un-)Kultur in weiten Teilen der Bevölkerung. Dabei ist diese – wie auch die gesamte refeudalisierte Gesellschaft – tief gespalten. So steht dem distinktiven ostentativen Luxuskonsum der Geldaristokratie ein immer mehr auf Exklusivität und Zielgruppenspezifisch setzender Massenkonsum entgegen, der große Teile der Bevölkerung in eine neue Schuldknechtschaft durch Privatverschuldung treibt. Um diese Tendenz aushebeln zu können, ist eine wahre Kulturrevolution notwendig. Eine Per-

spektive bestünde darin, Konsum durch Care zu ersetzen. Dies schließt an feministische Debatten zu decent work, zur – oftmals unbezahlten – Pflegearbeit ebenso an, wie an die aus der Umweltbewegung kommenden Forderungen zur nachhaltigen Pflege (z.B. stewardship) unseres Planeten. Tiefergreifende philosophische Konzepte der Sorge ließen sich in Anschluss an Heideggers Deutung der Sorge um das Sein, die weit über individualistische Nutzenmaximierung hinausreicht und auf die ontologische Tatsache einen gemeinsamen Mit-Seins in der Welt verweist.

Paradoxerweise ist ein Keim einer umsetzbaren Care-Economy durchaus in der gegenwärtigen Wertschöpfungsdebatte der Refeudalisierung enthalten. So hatten Boltanski und Esquerre mit der von ihnen diagnostizierten »Bereicherungsökonomie« auch betont, dass Wertschöpfung gerade auch in Hinblick auf Heritage-Produkte durch Anreicherung erfolgt, wenn hochwertige Produkte durch die investierte Arbeitskraft gepflegt und veredelt werden. Insofern kann Pflege – durch Reparaturen, Restaurationen, Ausbesserung – durchaus auch den Wert von Gegenständen erhöhen, Ressourcen schonen und der gegenwärtigen Instant-To-Go-Konsumkultur ein alternatives Leitmotiv entgegensetzen.

Standesgrenzen – gerade auch an ethnischen Markern festgemacht – waren in Lateinamerika bis weit in das 20. Jahrhundert hinein relevant zur Partizipation im öffentlichen Raum. Diese Tendenz hat – paradoxerweise – in einer historischen Periode de facto wieder an Bedeutung gewonnen, die wie die 1990er Jahre in Lateinamerika, de jure für den Abbau von Rassismus und plurikultureller Anerkennung geprägt war. Mit dem schleichenden Ende der »Linkswende« in Lateinamerika scheint es nun kaum eine staatlich regulierte Politik zur Demokratisierung öffentlicher Räume zu geben. Der Trend weist auf eine weitere, forcierte Refeudalisierung von Raum hin.

Vergemeinschaftung ist gerade auch in Bezug auf Raumnutzung die zentrale Strategie, um die Mauern und Zitadellen im Zuge der Refeudalisierung zu verhindern und abzubauen. Gefragt ist ein konsequentes Eintreten für öffentlichen Raum. In diesem Sinne bleibt die Appellation an eine staatlich-verwaltungstechnisch garantierte Öffent-

lichkeit gerade auch in Zeiten der konservativen Wende ein wesentlicher Baustein. Parallel dazu sind privat und kommunitär organisierte Öffentlichkeiten zu stärken. Dabei ist gerade auch an die Verteidigung alltagsweltlicher öffentlicher Orte zu denken, so erfüllt gerade die »plaza« in vielen lateinamerikanischen Städten die Funktion eines öffentlichen Orts der durch das Aufeinandertreffen unterschiedlicher sozialer Gruppen gekennzeichnet ist.

Im politischen Feld ist mit der Verdoppelung ökonomischer Macht in politische Macht eine Tendenz zum Despotismus auszumachen. Hier hat der Aufstieg der Linksregierungen, die allesamt nur mit massiver populärer Unterstützung aus dem »Dritten Stand« der 99 Prozent an die Macht gekommen sind, gezeigt, dass es durchaus möglich ist, die Geldaristokratie mit ihren Lobbygruppen, Spin-Doctors, und Medienmogulen in die Schranken zu weisen. Gerade die hier erkämpfte populäre, aber gerade auch plurikulturelle und plurinationale demokratische Beteiligung am politischen Prozess ist eine Errungenschaft die es, gerade auch angesichts einer massiven Erosion der politischen Moral und des Aufstiegs von Whiteness und Rassismus, zu verteidigen gilt.

Gleichzeitig hat die Erfahrung des Aufstiegs und des nun folgenden schleichenden Falls der Regierungen des »pink tides« auch deutlich gemacht, dass nicht allein auf hegemoniale Kämpfe gesetzt werden kann. Autoren aus dem Umfeld der globalisierungskritischen Bewegungen haben zu Recht die »Hegemonie der Hegemonie« im Denken der Linken kritisiert, und darauf verwiesen, dass es ebenso notwendig ist, eine Politik der Affinität zu verfolgen. Hier ging es darum, eigene auf Affinität basierende Räume und Netzwerke aufzubauen, die Alternativen bereits im Hier und Jetzt leben.

8. Literatur

- Agamben, Giorgio. (2012): Interview mit Peppe Salvá, 10.09.2012, Partido Pirata. Online verfügbar unter <http://partidopirata.com.ar/2012/09/10/dios-no-murio-se-transformo-en-dinero-entrevista-a-giorgio-agamben/>.
- Altvater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (1996): Grenzen der Globalisierung: Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster.
- Bastos, Santiago (2014): Multicultural Projects in Guatemala: Identity Tensions and Everyday Ideologies. In: Olaf Kaltmeier, Sebastian Thies und Josef Raab (Hg.): The new dynamics of identity politics in the Americas: Multiculturalism and beyond. London, S. 78-95.
- Bauman, Zygmunt (1998): Das Jahrhundert der Lager? In: Mihran Dabag und Kristin Platt (Hg.): Genozid und Moderne: Strukturen kollektiver Gewalt im 20. Jahrhundert. Opladen, S. 81-99.
- Bauman, Zygmunt (2005): Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne. Bonn.
- Bauman, Zygmunt (2007): Consuming Life. Cambridge.
- Bauman, Zygmunt (2017): Retrotopia. Frankfurt a.M.
- Beaverstock, Jonathan (2012): The Privileged World City: Private Banking, Wealth Management and the Bespoke Servicing of the Global Super-rich. In: Ben Derudder, Michael Hoyler, Peter J. Taylor und Frank Witlox (Hg.): International Handbook of Globalization and World Cities. Northampton, S. 378-389.
- Biroli, Flávia (2016): Political violence against women in Brazil: expressions and definitions. In: *Direito & Práxis* 07 (15), S. 557-589.

- Blakely, Edward J; Snyder, Mary Gail (1999): *Fortress America: Gated Communities in the United States*. Washington.
- Blow, Charles (2016): Trump reflects White Male Fragility. In: *New York Times*, 04.08.2016. Online verfügbar unter www.nytimes.com/2016/08/04/opinion/trump-reflects-white-male-fragility.html.
- Boano, Camillo; Desmaison, Belen (2016): Lima's ›Wall of Shame‹ and the gated communities that build poverty into Peru. In: *The Conversation*, 11.02.2016. Online verfügbar unter <http://theconversation.com/limas-wall-of-shame-and-the-gated-communities-that-build-poverty-into-peru-53356>.
- Bogan, Jesse (2009): Cocaine King. In: *Forbes*, 20.03.2009. Online verfügbar unter <http://forbes.com/forbes/2009/0330/102-cocaine-king.html#509ace33c812>.
- Bogliacino, Francesco; Rojas Lozarno, Daniel (2017): The evolution of inequality in Latin America in the 21st century: What are the patterns, drivers and causes?. In: *GLO Discussion Paper 57*. Online verfügbar unter <http://hdl.handle.net/10419/156723>.
- Boltanski, Luc, Esquerre, Arnaud (2016): The Economic Life of Things. In: *New Left Review* 98, S. 31-54.
- Boltanski, Luc, Esquerre, Arnaud (2017): Enrichement, Profit, Critique. A Rejoinder to Nancy Fraser. In: *New Left Review* 106, S. 67-76.
- Boris, Dieter et al. (2008): *Sozialstrukturen in Lateinamerika: Ein Überblick*. Wiesbaden.
- Boym, Svetlana (2001): *Future of Nostalgia*. New York.
- Brand, Ulrich (2016): Neo-Extraktivismus, Aufstieg und Krise eines Entwicklungsmodells. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39/2016, S. 21-26.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2016): Zeitenwende? Lateinamerikas neue Krisen und Chancen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39/2016, S. 4-9.
- Büschges, Christian (1996): *Familie, Ehre und Macht: Konzept und soziale Wirklichkeit des Adels in der Stadt Quito (Ecuador) während der späten Kolonialzeit, 1765-1822*. Stuttgart.
- Bussolo, Maurizio; Maliszewska, Maryla; Murard, Elie (2014): *The Long-Awaited Rise of the Middle Class in Latin America is Finally Happen-*

- ing. In: Policy Research Working Paper 6912. Washington, DC. Online verfügbar unter <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/18767> License: CC BY 3.0 IGO
- Butler, Judith (2005): Gewalt, Trauer, Politik. In: Judith Butler (Hg.): *Gefährdetes Leben: politische Essays*. Frankfurt a.M., S. 36-68.
- Cappgemini (2017): World Wealth Report. Latin America. Online verfügbar unter www.worldwealthreport.com/reports/population/latin_america.
- Castells, Manuel (2001): *The rise of the network society*. Oxford.
- CEPAL (2016): Estudio Económico de América Latina y el Caribe 2016: La Agenda 2030 para el Desarrollo Sostenible y los desafíos del financiamiento para el desarrollo. Online verfügbar unter <https://www.cepal.org/en/publications/40327-economic-survey-latin-america-and-caribbean-2016-2030-agenda-sustainable>.
- Chavkin, Sasha; Díaz-Struck, Emilia (2017): The Offshore Connections of Latin American Presidents, Ministers and Business Leaders Revealed. In: ICIJ. Online verfügbar unter <https://www.icij.org/investigations/paradise-papers/paradise-papers-offshore-connections-latin-american-presidents-ministers-business-leaders-revealed/>.
- CIA (2018): World Factbook. Online verfügbar unter <https://www.cia.gov/library/publications/resources/the-world-factbook/>
- Ciudad Cayala (2018): Online verfügbar unter <https://cayala.com.gt/nosotros/historia/>
- Clement, Raquel; Grant, Jill. L. (2012): Enclosing Paradise: The Design of Gated Communities in Barbados. In: *Journal of Urban Design* 17 (1), S. 43-60. Online verfügbar unter <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13574809.2011.646249?needAccess=true>.
- Conadecus (2011): Trajetas de crédito: La esclavitud moderna. Online verfügbar unter www.conadecus.cl/conadecus/?p=1864.
- Continental Citizenship. Online verfügbar unter <https://continental-citizenship.com/citizenship-by-investment/>
- Costa Da Silva; Henrique, Carlos (2015): Characteristics and Trends of Luxury Commerce in Sao Paulo (Brazil). In: *Études caribéennes*. Online verfügbar unter <https://journals.openedition.org/etudes-caribeennes/7378>.

- Credit Suisse Research Institute (2016): Global Wealth Databook. Zürich. Online verfügbar unter <http://publications.credit-suisse.com/tasks/render/file/index.cfm?fileid=AD6F2B43-B17B-345E-E20A1A254A3E24A5>.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a.M.
- Davis, Mike (2007): Planet der Slums. Hamburg.
- De Ferranti, David et al. (2004): Inequality in Latin America. Breaking with History? Washington DC.
- Debord, Guy (1967): Die Gesellschaft des Spektakels. Paris.
- Deininger, Klaus; Squire, Lyn (1996): A New Data Set Measuring Income Inequality. In: The World Bank Economic Review 10 (3), S. 565-591.
- Del Cueto, Carla; Luzzi, Mariana (2010): Betrachtungen über eine fragmentierte Gesellschaft. Veränderungen der argentinischen Sozialstruktur (1983-2008). In: Peter Birle, Klaus Bodemer, Andrea Pagni (Hg.): Argentinien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt a.M., S. 33-54. Frankfurt a.M.
- Douzinas, Costas; Žižek Slavoj (2012): Die Idee des Kommunismus. Band 1. Hamburg.
- Dunker, C. (2015): Mal-estar, sofrimento e sintoma. São Paulo.
- Edwards, Alberto (1928): La fronda. Aristocrática en Chile. Santiago de Chile.
- Elwert, Georg (1999): Markets of Violence. In: Georg Elwert, Stephan Feuchtwang und Dieter Neubert (Hg.): Dynamics of Violence. Processes of Escalation and De-Escalation in Violent Group Conflicts. Berlin, S. 85-102.
- Erdmann, Gero (2002): Neopatrimoniale Herrschaft – oder: Warum es in Afrika so viele Hybridregime gibt. In: Petra Bendel, Aurel Croissant und Friedbert W. Rüb (Hg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Wiesbaden, S. 323-342.
- Escobar, Germán (2016): La relevancia de la agricultura en América Latina y el Caribe. In: Revista Nueva Sociedad. Buenos Aires, Argentina. Online verfügbar unter <http://nuso.org/media/documents/agricultura.pdf>.

- Espinoza, Fran (2013): Bolivia, élite sectorial chola y élite política: las ambivalencias de su relación. In: Anuario de Acción Humanitaria y de Derechos Humanos 1. Bilbao, S. 141-160.
- Estrada Mejía, Rafael; Guerrón Montero, Carla (2016): Brazilian Elitist Gated Communities as the New Version of the Colonial Portuguese Fort. In: Panoramas, 04.10.2016. Online verfügbar unter www.panoramas.pitt.edu/health-and-society/brazilian-elitist-gated-communities-new-version-colonial-portuguese-fort.
- Evans, Michelle (2014): Arrival of Financial Cards to Latin America Led to Credit Binge. Online verfügbar unter <https://blog.euro-monitor.com/2014/08/arrival-of-financial-cards-to-latin-america-led-to-credit-binge.html>.
- Evers, H.-D. (1987): Subsistenzproduktion, Markt und Staat. Der sog. Bielefelder Verflechtungsansatz. In: Geographische Rundschau 39, S. 136-140.
- Fabian, Johannes (1983): Time and the Other. How Anthropology Makes Its Object. New York.
- FAO (2017): América Latina y el Caribe es la region con la mayor desigualdad en la distribución de la tierra. Online verfügbar unter www.fao.org/americas/noticias/ver/es/c/879000/.
- Fischer, Karin (2011): Eine Klasse für sich. Besitz, Herrschaft und ungleiche Entwicklung in Chile 1830-2010. Baden Baden.
- Forbes (2009): Online verfügbar unter https://www.forbes.com/consent/?toURL=https://www.forbes.com/business/lists/2009/10/billionaires-2009-richest-people_Joaquin-Guzman-Loera_FS0Y.html.
- Frank, André Gunder (1969): Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika. Frankfurt a.M.
- Gamboa, José; Dextre, Julián (2016): Estudio Inicial y Plan Maestro del Proyecto de Playa de »Las Calas«. Abschlussarbeit, Universidad Católica del Perú.
- GCC. (2014): Wealth Insight Report. Online verfügbar unter https://www.eibank.com/assets/pdf/GCC_Wealth_Insight_Report.pdf.
- Gottdiener, Mark (1995): Postmodern Semiotics: Material Culture and the Forms of Postmodern Life. New York.

- Gottdiener, Mark (2001): *The Theming of America: Dreams, Visions, and Commercial Spaces*. Boulder.
- Grain (2016): *The global farmland grab in 2016: how big? how bad?* Online verfügbar unter <https://www.grain.org/article/entries/5492-the-global-farmland-grab-in-2016-how-big-how-bad>.
- Greenpeace (2005): *Eklat bei der Verleihung der Goldenen Kettensäge: Preisträger auf der Flucht*. Online verfügbar unter <https://www.greenpeace.de/themen/waelder/eklat-bei-der-verleihung-der-goldenen-kettensaege-preistraeger-auf-der-flucht>.
- Grosfoguel, Ramón (2008): *Developmentalism, Modernity, and Dependency Theory in Latin America*. In: Moraña, Mabel, Enrique Dussel und Carlos C. Jáuregui (Hg.): *Coloniality at large*. Durham, S. 307-333.
- Gudynas, Eduardo (2009): *Diez tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano*. In: Schuldt, Jürgen et al. (Hg.): *Extractivismo, política y sociedad*. Quito, S. 187-225.
- Habermas, Jürgen (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2000): *Empire*. Cambridge.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2009): *Commonwealth*. Cambridge.
- Harvey, David (2001): *Spaces of Capital. Towards a Critical Geography*. London.
- Heeren, Anne (2016): *Commercialization of Biodiversity: The Regulation of Bioprospecting in Ecuador*. In: *Forum for Interamerican Research* 9.2. Online verfügbar unter http://interamerica.de/wp-content/uploads/2016/09/06_fiar-Vol.-9.2-Heeren-94-117.pdf.
- Htun, Mala; Piscopo, Jennifer (2014): *Women in Politics and Policy in Latin America and the Caribbean*. In: *CPPF Working Papers on Women in Politics* 2. Online verfügbar unter http://webarchive.ssrc.org/working-papers/CPPF_WomenInPolitics_02_Htun_Piscopo.pdf.

- ICIJ (2017): Explore the Politicians in the Paradise Papers. Online verfügbar unter <https://www.icij.org/investigations/paradise-papers/explore-politicians-paradise-papers/>.
- IPEA: Retrato das Desigualdades de Gênero e Raça. Online verfügbar unter www.ipea.gov.br/retrato/indicadores_populacao.html.
- Irazábal, Clara (2009): Revisiting Urban Planning in Latin America and the Caribbean. Regional study prepared for Revisiting Urban Planning: Global Report on Human Settlements 2009. Online verfügbar unter www.unhabitat.org/grhs/2009.
- Jaramillo, Pedro (2010): The Sustainability of Urban Heritage Preservation. The Case of Quito. New York.
- Jijón, Víctor H. (2013): The Ecuadorian Indigenous Movement and the Challenges of Plurinational State Construction. In: Marc Becker (Hg.): Indigenous and Afro-Ecuadorians Facing the Twenty-First Century. Newcastle, S. 34-70.
- Johnson, Cade (2017): About 70 protest UC Berkeley professor Judith Butler's conference in Brazil. Online verfügbar unter www.daily-cal.org/2017/11/08/protesters-gather-at-conference-organized-by-campus-professor-judith-butler-in-brazil/.
- Kaltmeier, Olaf (2009): Das Land neu gründen: Gesellschaftliche Kontexte, politische Kulturen und indigene Bewegungen in Südamerika. In: Mittag, Jürgen und Georg Ismar (Hg.): El pueblo unido? Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas, Münster, S. 339-363.
- Kaltmeier, Olaf (2011): Urban Landscapes of Mall-ticulturality. (Retro-) Coloniality and Identity Politics in Quito: The Case of the San Luis Shopping Center. In: Olaf Kaltmeier (Hg.): Selling EthniCity: Urban Cultural Politics in the Americas. Farnham, S. 93-114.
- Kaltmeier, Olaf (2013): Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika: Historische Kontinuitäten im sozialen Wandel. In: Olaf Kaltmeier (Hg.): Soziale Ungleichheit in den Americas: Historische Kontinuitäten und sozialer Wandel von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute. KLA Working Paper Series 9.
- Kaltmeier, Olaf (2015): Die Retro-Kolonialisierung der Stadt: Kulturerbepolitiken und Vertreibung im historischen Stadtzentrum von Li-

- ma. In: Hans-Jürgen Burchardt, Olaf Kaltmeier und Rainer Öhlschläger (Hg.): *Urbane (T)Räume: Städte zwischen Kultur, Kommerz und Konflikt*. Baden-Baden: S. 71-88.
- Kaltmeier, Olaf (2015a): *En búsqueda de la ciudad perdida. Género, erotismo y nostalgia en el paisaje urbano de Quito*. In: Sebastian Thies, Luzelena Gutiérrez de Velasco und Gabriele Pisarz Ramírez (Hg.): *De Patrias y Matrias: Gender and Nation in the Americas*. Trier, S. 187-200.
- Kaltmeier, Olaf (2016): *Konjunkturen der (De-)Kolonialisierung. Indigene Gemeinschaften, Hacienda und Staat in den ecuadorianischen Anden von der Kolonialzeit bis heute*. Bielefeld.
- Kaltmeier, Olaf (2017): *On the Advantage and Disadvantage of Heritage for Latin America. Heritage Politics and Nostalgia between Coloniality and Indigeneity*. In: Olaf Kaltmeier und Mario Rufer (Hg.): *Entangled Heritages. Postcolonial Perspectives on the Uses of the Past in Latin America*. London, S. 13-35.
- Kantorowicz, Ernst (1957): *The King's Two Bodies. A Study in Mediaeval Political Theology*. Princeton.
- Kingman, Eduardo (2004): *Patrimonio, políticas de la memoria e institucionalización de la cultura*. In: *ICONOS: Revista de Ciencias Sociales* 20, S. 26-34.
- Koselleck, Reinhart (1989): *Vergangene Zukunft: Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt a.M.
- Kotek, Joel; Rigoulot, Pierre (2001): *Das Jahrhundert der Lager. Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung*. Berlin/München.
- Kron, Stefanie (2004): *Guatemala: Paramilitarismus und sozialer Widerstand*. In: Olaf Kaltmeier, Jens Kastner und Elisabeth Tuidter (Hg.): *Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika*. Münster, S. 101-119.
- Krysmanski, Hans Jürgen (2015): *0,1 Prozent – Das Imperium der Milliardäre*. Frankfurt a.M.
- Laclau, Ernesto (1971): *Feudalism and Capitalism in Latin America*. In: *New Left Review* 67, S. 19-38.
- Larrañaga, O.; Rodríguez, M. E. (2015): *Desigualdad de Ingresos y Pobreza en Chile 1990 a 2013*. In: Osvaldo Larrañaga und Dante Con-

- treras (Hg.): *Las Nuevas políticas de protección social en Chile*. Santiago.
- Le Bot, Yvon (1995): *La guerra en tierras mayas – Comunidad, violencia y modernidad en Guatemala (1970-1992)*. Mexiko City/San Diego.
- Levine-Rasky, Cynthia (2002): *Working through Whiteness*. New York.
- Luxemburg, Rosa (1923). *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*. Berlin.
- Marcuse, Peter (1997): *The Enclave, the Citadel, and the Ghetto: What has changed in the Post-Fordist U. S. City?* In: *Urban Affairs Review* 33 (2). Online verfügbar unter <http://journals.sagepub.com/doi/10.1177/107808749703300206>.
- Mariátegui, José Carlos (2007): *7 Ensayos de interpretación de la realidad peruana*. Online verfügbar unter http://resistir.info/livros/mariategui_7_ensayos.pdf.
- Martens, Helmut (2016): *Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus. Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik*. Hamburg.
- Martínez, Inés del Pino (2009): *Centro Histórico de Quito. Una centralidad urbana en transformación hacia el turismo. 2001-2008*. Quito.
- Marx, Karl (1978 [1852]): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. In *Karl Marx/Friedrich Engels – Werke* 8. Berlin.
- Mato, Daniel (2008): *All industries are cultural. A critique of the idea of »cultural industries« and new possibilities for research*. In: *Cultural Studies* 23 (1), S. 70-87.
- MDMQ (2010): *Invierta en Quito. Perfil de Turismo*. Quito.
- Mignolo, Walter D. (2000): *Local Histories/Global Designs: Coloniality, Subaltern Knowledges, and Border Thinking*. Princeton, NJ.
- Moraña, Mabel; Dussel, Enrique; Jáuregui, Carlos C. (2008): *Coloniality at large*. Durham.
- Moulian, Tomás (1997): *Chile actual. Anatomía de un mito*. Santiago de Chile.
- Moulian, Tomás (1998). *El consumo me consume*. Santiago de Chile.
- Murmis, Miguel; Portantiero, Juan Carlos (2004): *Estudios sobre los Orígenes del Peronismo*. Buenos Aires.

- Murray, Warwick E. (2006): Neo-Feudalism in Latin America? Globalisation, Agribusiness, and land re-concentration in Chile. In: *The Journal of Peasant Studies* 33 (4), S. 646-677.
- Neckel, Sighard (2010): Refeudalisierung der Ökonomie: Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft. In: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. MPIfG Working Paper 10 (6), Köln. Online verfügbar unter www.mpifg.de/pu/workpap/wp10-6.pdf.
- Neckel, Sighard (2013): Refeudalisierung. Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse. In: *Leviathan* 41 (1), S. 39-56.
- Neckel, Sighard (2013a): Zukunft der Vergangenheit. Zur Refeudalisierung der modernen Gesellschaft In: *Polar. Zeitschrift für politische Philosophie und Kultur*, 15 (Herbst 2013). Online verfügbar unter www.polar-zeitschrift.de/position_kommentare.php?id=713
- Nozaki, William; de Souza, Jessé (2017): O Brasil não conhece o Brasil. Online verfügbar unter <https://fpabramo.org.br/2017/04/20/o-brasil-nao-conhece-o-brasil/>.
- Nugent, José Guillermo (1992): *El laberinto de la choledad*. Lima.
- Obermayer, Bastian; Obermaier, Frederik (2016): *Panama Papers. Die Geschichte einer weltweiten Enthüllung*. Köln.
- Oxfam (2017): *An Economy for the 99 %*. Oxfam Briefing Paper. Online verfügbar unter https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp-economy-for-99-percent-160117-en.pdf.
- Pierson, Paul (2004): *Politics in Time. History, Institutions, and Social Analysis*. Princeton.
- Piketty, Thomas (2014): *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge.
- Planas, Roque (2016): We're Starting To Get A Bad Feeling About Brazil's New Interim President. In: *Huffington Post*, 19.05.2016. Online verfügbar unter www.huffingtonpost.com/entry/michel-temer-brazil-president_us_573d99eee4boae7b8e91132.
- PNUD (2016): *Human Development Report 2016*. Online verfügbar unter www.undp.org/content/undp/en/home/librarypage/hdr/2016-human-development-report.html.
- Ponce Maldonado, Modesto (2005): *El palacio del diablo*. Quito.

- Portes, Alejandro (1985): Latin American Class Structures: Their Composition and Change during the last Decades. In: *Latin American Research Review* 20 (3), S. 7-39.
- Portes, Alejandro; Hoffman, Kelly (2003): Latin American Class Structures: Their Composition and Change during the Neoliberal Era. In: *Latin American Research Review* 38 (1), S. 41-82.
- Portocarrero, Gonzalo (2007): *Racismo y mestizaje. Y otros ensayos*. Lima.
- Quijano, Aníbal (2008): Coloniality of Power: Eurocentrism and Social Classification. In: Mabel Moraña, Enrique Dussel, und Carlos A. Jáuregui (Hg.): *Coloniality at Large: Latin America and the Postcolonial Debate*. Durham, NC, S. 181-224.
- Rajeev, Syal (2009): Drug money saved banks in global crisis, claims UN advisor. In: *The Guardian*. Online verfügbar unter <https://www.theguardian.com/global/2009/dec/13/drug-money-banks-saved-uncfief-claims>.
- Rivero Villaverde, Polette (2017): Territorialer Vertreibungskrieg und Landgrabbing. Online verfügbar unter <https://amerika21.de/analyse/187047/territorialer-vertreibungskrieg>.
- Rovira Kaltwasser, Cristobál (2009): Towards a Historical Analysis of Elites in Latin America. In *21st World Congress of Political Science*, Santiago de Chile, 12.-16. 07.2009. Online verfügbar unter http://paperroom.ipsa.org/papers/paper_744.pdf.
- Ruf, Werner (ed.) (2003): *Politische Ökonomie der Gewalt*. Opladen.
- Schetter, Conrad (2004): Kriegsfürstentum und Bürgerkriegsökonomien in Afghanistan. In: AIPA – Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik 3. Online verfügbar unter https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/21845/ssoar-2004-schetter-kriegsfurstentum_und_burgerkriegsoekonomien_in_afghanistan.pdf?sequence=1.
- Sennett, Richard (2000): *Der flexible Mensch*. München.
- Seppänen, Maaria (2003): Historia local y patrimonio mundial. Ciudad letrada, arcadia colonial y el centro histórico de Lima. In: *Anuario Americanista Europeo* 1, S. 107-120.

- Smith, Peter. (1979): *Labyrinths of Power. Political Recruitment in Twentieth-Century Mexico*. Princeton.
- Sokoloff Kenneth L.; Engerman Stanley L. (2000): History lessons: institutions, factor endowments, and paths of development in the new world. In: *Journal of Economic Perspective* 14 (3), S. 217-232.
- Stecchi, Diego (2015): El perfil del nuevo consumidor del mercado de lujo en América Latina. Online verfügbar unter <https://www.america-economia.com/analisis-opinion/el-perfil-del-nuevo-consumidor-del-mercado-de-lujo-en-america-latina>.
- Stern, Steve J. (1988): Feudalism, Capitalism, and the World-System in the Perspective of Latin America and the Caribbean. In: *The American Historical Review* 93 (4), S. 829-872.
- Süddeutsche Zeitung (2017): Panama Papers. Die Geheimnisse des schmutzigen Geldes. Online verfügbar unter <http://panamapapers.sueddeutsche.de>.
- Supiot, Alain (2013): The public-private relation in the context of today's refeudalization. In: *International Journal of Constitutional Law* 11 (1), S. 129-145.
- Svampa, Maristella (2001): *Los que ganaron. La vida en los countries y barrios privados*. Buenos Aires.
- Svampa, Maristella (2008): Kontinuitäten und Brüche in den herrschenden Sektoren. In: Dieter Boris (Hg.): *Sozialstrukturen in Lateinamerika: Ein Überblick*. Wiesbaden, S. 45-71.
- Tanner, Jakob (2015): Refeudalisierung, Neofeudalismus, Geldaristokratie: die Wiederkehr des Vergangenen als Farce? In: Giovanni Biaggini, Oliver Diggelmann und Christine Kaufmann (Hg.): *Festschrift für Daniel Thürer*. Zürich, S. 733-748.
- The Guardian (2017): Land defenders call on UN to act against violence by state-funded and corporate groups. Online verfügbar unter <https://www.theguardian.com/environment/2017/sep/21/land-defenders-call-on-un-to-act-against-violence-by-state-funded-and-corporate-groups>.
- Thorp, Rosemary (1998): *Progress, Poverty and Exclusion. An Economic History of Latin America in the 20th Century*. New York.

- Torche, Florencia (2014): Intergenerational Mobility and Inequality: The Latin American Case. In: *Annual Review of Sociology* 40, S. 30-24.
- UBS (2016): Billionaire Insights. Online verfügbar unter https://www.ubs.com/microsites/billionaires-report/en/feeling-the-pressure/_jcr_content/mainpar/gridcontrol_2077236744/col1/link-list/link.1943461265.file/bGluay9wYXRoPS9jb250ZW50L2Rhbs91-YnMvbWljcm9zaXRlcy9iaWxsaW9uZXItcmVwb3JoLnBkZi9iaWxsa-W9uYWlyZXMtcmVwb3JoLnBkZg==/billionaires-report.pdf
- UNHCR (2018): Colombia. www.unhcr.org/colombia.html.
- Unmüßig, Barbara (2012): Einleitung. In: Silke Helfrich und Heinrich Böll Stiftung (Hg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld, S. 1-13.
- Vasella, Reto; Beutelsbacher, Stefan (2013): Brasiliens Ikarus vernichtet sein Vermögen. In: *Handelszeitung*, 08.08.2013. Online verfügbar unter www.handelszeitung.ch/unternehmen/brasiliens-ikarus-vernichtet-sein-vermoegen-480177.
- Veblen, Thorstein (1986): *Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*. Frankfurt a.M.
- Vicuña, Manuel (2001): *La belle époque chilena. Alta sociedad y mujeres de elite en el cambio de siglo*. Santiago de Chile.
- Wacquant, Loïc (2007): *Los condenados de la ciudad. Gueto, periferias y Estado*. Buenos Aires.
- Wallace, Arturo (2013): Extorsión en Colombia: un negocio de más de US\$1.000 millones al año. In: *BBC*. Online verfügbar unter www.bbc.com/mundo/noticias/2013/12/131101_colombia_extorsion_negocio_gaula_aw.
- Wallerstein, Immanuel (1988): The Bourgeois (ie) as Concept and Reality: From the Eleventh Century to the Twenty-First. In: *New Left Review* 167, S. 91-106.
- Wealth-X (2013): World Ultra Wealth Report. Online verfügbar unter <http://wuwr.wealthx.com/Wealth-X%20and%20UBS%20World-%20Ultra%20Wealth%20Report%202013.pdf>.
- Wealth-X (2014): The Wealth-X and UBS Billionaire Census. Online verfügbar unter http://inequalities.ch/wp-content/uploads/2014/10/BCensus-2014_latest.pdf.

- Wealth-X (2016): Billionaire Census Highlights 2015-2016. Online verfügbar unter www.agefi.fr/sites/agefi.fr/files/fichiers/2016/08/billionaire_census_2015-2016_highlights.pdf.
- Weber, Max (1979): Die Protestantische Ethik I. Eine Aufsatzsammlung. Gütersloh.
- Weber, Max (2006): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Paderborn.
- Wichmann, Stefan (1992): *Wirtschaftsmacht Rauschgift*. Frankfurt a.M.
- Zarazúa Villaseñor, Ulises (2011) No-Go Areas and Chic Places: Socio-Spatial Segregation and Stigma in Guadalajara. In: Olaf Kaltmeier (Hg.): *Selling EthniCity. Urban Cultural Politics in the Americas*. Farnham, S. 261-274.
- Zeller, Christian (2004): Die globale Enteignungsökonomie. In: Christian Zeller (Hg.): *Die globale Enteignungsökonomie*, Münster, S. 9-20.
- Zitzmann, Marc (2015): Wird Denken jetzt Mode? Unternehmen wie Hermès, Louis Vuitton oder Chanel leisten sich Hausphilosophen – in verschiedenen Funktionen. Sie sind für das gewisse Etwas der Marken zuständig. In: *Neue Züricher Zeitung*, 14.08.2015. Online verfügbar unter <https://www.nzz.ch/feuilleton/wird-denken-jetzt-mode-1.1859572>

